Raus aus der Isolation, raus aus dem kleinbürgerlichen Mief, rein in die Stadt! Gegen die Reaktion hier ist sowieso nichts zu machen, die Stammtisch-Seeligkeit kleistert immer wieder alle Widersprüche zu – jedes Engagement ist vergebliche Liebesmüh. Ich halt das nicht mehr aus, diese ewigen Gespräche über die letzte Dorf-Disco, die tödliche Langeweile – und das bißchen Natur hier hilft mir auch nicht weiter. Ich brauche Genossen/innen, mit denen ich reden kann, eine Scene, die mich stützt, eine Bewegung, in der ich aufgehen kann. Ich will da sein, wo sich was tut. – Raus aus der Kommune, Schluss mit dem Landtrip, rein in die Stadt-Scene! Gegen die Chemie hier ist sowieso nichts zu machen, das nächste Werk liegt 35 km weiter, das AKW 60 km dahinter – und wenn der Bauer nebenan „spritzt", reicht das, um uns alle mitzuversorgen. Ich halt das nicht mehr aus, das ewige Rüben-Hacken, den Gestank unserer biologisch-dynamischen Schweine, die Diskussionen, wo unsere Ansprüche bezüglich des Landlebens abgeblieben sind. Ich brauche Freiheit, die Unverbindlichkeit der Scene und ein bißchen Politik.

„TRAUMSTÄDTER SEID GEGRÜSST"



Informations-Dienst

zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten

ID

ERSCHEINT WÖCHENTLICH Nr. 323 29.Februar 1980 2,50 DM incl. 6,5% Mwst. D 1870 CX

Die "schelle" in Überlingen

Die schelle ist eine neue Zeitung für Überlingen und Umgebung. Sie erschien das erste Mal Anfang Februar '80 und dann in monatlicher Folge.
Die schelle möchte über ein Szeneblatt hinausgehen und größere Bevölkerungsteile ansprechen. Die Leser sollen die Zeitung durch jede Form der Mitarbeit mitgestalten: Artikel — vor allem aber auch — Zeichnungen, Briefe, Fotos, Veranstaltungshinweise, u.v. andere Mehr. Monatlich gibt es eine Lesersitzung. Die Zeitung kostet eine Mark (evt. + 0,50 DM Porto.

Kontakt: schelle, Postfach 1166, 7770 Überlingen

" Antifaschistisches Wochenende "

Die Antifaschistische Initiative Beckum veranstaltet vom 7. — 9. März ein "Antifa—Wochenende". Neben einer Fotoausstellung findet am 8. März eine "Rock gegen Rechts" — Veranstaltung statt. Außerdem wird am 9. März der Film "Kennen sie Keppler" mit anschließender Diskussion gezeigt.

Kontakt: Th. Stutenbäumer, Oelder Str. 27, 4720 Beckum

Strauß — Motive

Die satirische Zeitschrift DER METZGER hat Anti-Strauß-Motive als Plakat und Postkarte herausgegeben und bietet es allen Gruppen, Initiativen und Einzelpersonen zur Verbreitung an.
Preise: 5 Postkarten: 2,50 DM, Plakat einzeln: 1,50 DM, 10 Stück 8,-DM, 20 Stück 13,-DM. (Bitte in Briefmarken oder als Scheck, Preise für größere Mengen auf Anfrage).

Bezugsadresse:
Helmut Loeven, Finkenstraße 56, 4100 Duisburg 1

" Wildwux—Kongress" beschnitten

Im ID 321 druckten wir einen Aufruf ab, daß Ostern in Westberlin ein Kongreß stattfindet. Mittlerweile flatterte bei uns ein Brief auf dem Tisch. daß der Kongress nun doch nicht stattfindet. Ein kleiner Rat an Organisatoren des geplanten Wildwux—Kongresses: Bevor man den Mund aufmacht und groß einen Kongress ankündigt, sollte man sich doch erkundigen, ob geeignete Räume zur Verfügung stehen. Auch wenn Ostern schon drei andere linke Kongresse stattfinden, sollte es doch möglich sein, es schon vorher zu wissen. Was bleibt ist, daß das Alternativzeitungstreffen mit zwei Veranstaltungen trotz alledem an Ostern (3. — 7. April) in Westberlin stattfindet!

Kontakt: "Radikal", Eisenbahnstr. 4, 1000 Berlin
Tel.: 030/6127093

Hallo Männer!

Wie wärs denn, wenn jeder von Euch, der einen Wehrpaß besitzt, denselben in einen Briefumschlag (DIN A 6 genügt) steckt, diesen wiederum zuklebt, mit 60 Pfg. frankiert und irgendwohin schickt, zum Beispiel an

Herrn Hans Egon Apel
(Bundesverteidigungsminister — ungedient)
53 Bonn

oder die jeweils zuständige Wehrbereichsverwaltung bzw. das zuständige Kreiswehrersatzamt...

Vor allen Dingen sollten die Kriegsdienstverweigerer unter uns dadurch klarstellen, daß sie auf dieses militaristische Dokument keinerlei Wert legen. Alle anderen könnten so mal ausdrucksvoll dokumentieren, wie stark ihre Wehrbereitschaft überhaupt ist.

" Grosse Freiheit " umgezogen

Die Hamburger Stadtzeitung "Grosse Freiheit" hat Anfang Januar einen Ortwechsel vorgenommen. Die neue Anschrift lautet: Nernstweg 32-34, 2 Hamburg 50, Tel. 040/3902875

Bedrohlicher Gesundheitszustand von Gert Albartus

Köln, 28.2.80
Mitgefangene von Gert Albartus schreiben über den lebensgefährdenden Gesundheitszustand von Gert Albartus:
Gert befindet sich schon seit Januar 77 in Haft. Er hat schon mehr als 2/3 seiner Strafe verbüßt. Zur Zeit liegt ein Antrag auf vorzeitige Haftentlassung beim Oberlandesgericht (OLG) 4. Strafsenat vor. Seit genau 14.2.80 liegt Gert erneut mit schwerem Nierenversagen in der JVA Köln.

Eine intensive Behandlung ist jedoch in der JVA Köln nicht möglich. Auch ein Herzfehler konnte bisher nicht behandlt werden, weil kein Krankenhaus gefunden wurde, das Gert aufnimmt.

Wir fordern deshalb die sofortige Freilassung von Gert Albartus und rufen zu Solidaritätserklärungen an das Oberlandesgericht, 4 Düsseldorf, 4. Strafsenat, auf.

Mitgefangene in der JVA Köln



BUNDSCHUH—FEST in Frankfurt

Der ID hat bereits mehrfach über die BUNDSCHUH-Genossenschaft berichtet, in der Bauern aus dem Frankenland zusammengeschlossen haben, um sich gemeinsam gegen Pläne der Daimler-Benz AG, auf bestem Ackerland eine riesige Auto-Teststrecke zu bauen, zur Wehr zu setzen.

Am 7. März gibt es um 19.30 in Frankfurt, Koselstr. 15 (Nordend) ein Fest, bei dem einige der betroffenen Bauern anwesend sein werden. Außerdem werden Mitglieder der TAT-Truppe Lieder aus der Bauernoper singen; auch die Frankfurter Straßenmusiker und die Amorbacher Bundschuh-Gruppe "Slack Season" werden Musik machen.

Kontakt: Bundschuh-Freundeskreis Frankfurt, Umweltladen und Ypsilon-Buchladen, Tel. 44 87 38

ZWEITES NO FUN FESTIVAL

Hannover, 26.2.80
Am 7. und 8. März findet im UJZ Glocksee Hannover das zweite NO FUN-Festival statt. Wie schon beim ersten Mal im November '78 erhalten hiermit bislang unbekannte Gruppen der Neuen Welle die Gelegenheit, sich einer größeren Öffentlichkeit vorzustellen.
Hans-a-Plast,
Rotzkotz,
Kaltwetterfront,
Der Moderne Man,
Splizz,
Cretins,
Phosphor,
39 Clocks,
Rosa,
Daily Terror.
Einlaß ist am Freitag um 18 Uhr, am Samstag um 17 h. Der Eintritt beträgt DM 6,- pro Tag bzw. 10,- DM für beide Tage.



Lehrer gesucht! ?

Die Prozeßgruppe Münster sucht Lehrer, vor allem in NRW, die wegen Diebstahlsdelikten verurteilt worden sind und aufgrund dessen berufliche Schwierigkeiten oder eben keine bekommen haben. Wir sind daran interessiert, da in NRW ein Lehrer als AKW–Gegner Berufsverbot bekommen hat, das mit "charakterliche Nichteignung" (geringfügiger Diebstahl, d.h. keine Aufnahme in das polizeiliche Führungszeugnis) verschleiert worden ist. Der Lehrer hat Klage beim Arbeitsgericht eingereicht, der Termin wird voraussichtlich im April stattfinden.

Wir suchen Lehrer, bei denen der Diebstahl 5 Jahre und mehr zurückliegt (Verjährungsfrist), die nach einem Diebstahl verbeamtet worden sind, angestellte Lehrer, mit einem Diebstahlsdelikt.

Wir sichern völlige Verschwiegenheit zu. Eventuell zugestellte Dokumente erhält unser Rechtsanwalt und werden nur nach Rücksprache eingesetzt.

Eine Broschüre über den Fall ist über die Kontaktadresse zu erhalten.

Kontakt: **Prozeßgruppe Münster**
c/o Gisela Heimsath
Schuter 10
4401 Everswinkel
02582/270

Zwei Prozeße gegen Totalverweigerer:

1. Prozeß – Ansgar Gebhard

Eschbach, 26.2.1980

Im ID 317 und 319 berichteten wir über den Totalverweigerer Ansgar Gebhard. Am 7.2.80 fand Ansgars Prozeß vor dem Amtsgericht in Sigmaringen statt. Anklagepunkt war Gehorsamsverweigerung im Wiederholungsfall. Im überfüllten Gerichtssaal (ca. 100 Teilnehmer) versuchte Ansgar seine Totalverweigerung zu begründen. Neben einem Zeugen der Bundeswehr wurde ein ehemaliger Arbeitgeber Ansgars vernommen. Dieser, Leiter eines Behindertenheimes, bescheinigte Ansgar eine starke Persönlichkeit, die sich u.a. in der Entscheidung Ansgars ausdrückte, das Heim zu verlassen, weil die Institution Heim an sich seine Möglichkeiten in der Behindertenarbeit zu stark einschränkte, und dafür Nachteile (Ausbildungsabbruch, gesichertes Einkommen etc.) in Kauf nimmt. Der Staatsanwalt faßte Ansgars Verhalten so zusammen: "Wenn ihm etwas nicht in den Kram paßt, schmeißt er es hin und zieht sich zurück."

Der Psychiater von der Klinik Tübingen verlas die beiden getrennten Gutachten, die über Ansgars Schuld- und Wehrfähigkeit erstellt worden waren. Der Divisionsarzt erkannte das Gutachten über die Wehrunfähigkeit nicht an.

Nach den beiden Plädoyers sprach der Richter das Urteil:
6 Monate Freiheitsentzug ohne Bewährung.

Gegen das Verfahren wird Berufung eingelegt und in ca. 2 – 3 Monaten wird bei dem zweiten Zivilprozeß, wahrscheinlich vor dem Landgericht Hechingen, erneut gegen Ansgars Totalverweigerung gerichtet, Bis zu diesem Termin ist Ansgar " frei ", d.h. e r ist von der Bundeswehr entlassen und kann sich so lange frei bewegen, bis er sich vor dem Zivilgericht wieder verantworten muß.

Kontakt: Ingrid Fehle, Fenkenmühle, 7891 Horgenzell, Tel. 07504-598

2. Prozeß – Jürgen Spindler

Harxheim, 26.2.80

Der Totalverweigerer Jürgen Spindler wurde am Freitag, den 1.2.1980 vom Amtsgericht Köln wegen "Fahnenflucht" zu acht Monaten Gefängnis ohne Bewährung verurteilt; der Richter entsprach damit dem Antrag des Staatsanwaltes und folgte auch dessen Antrag, Haftbefehl zu erlassen.; Jürgen wurde gleich im Gerichtsgebäude festgenommen und abgeführt.

Das eigentlich Skandalöse an diesem Urteil ist die Begründung. Es war, als ob außer dem Staatsanwalt niemand gesprochen hätte, die Urteilsbegründung war identisch mit dessen Plädoyer. Das Gericht zog sich vollständig auf eine formale Ebene zurück: Es gehe bei diesem Prozeß keineswegs um die Frage der militärischen Gewalt und ihre Abschaffung (das war u.a. Jürgens Argumentation gewesen);es gehe auch nicht um die Kritikwürdigkeit des Prüfungsverfahrens für Kriegsdienstverweigerer, die durchaus zugegeben werde (!) : nein, es gehe einzig und allein um die Frage, ob die Paragraphen des Wehrstrafrechts verletzt worden seien (....) .

Jürgen ist nicht als passives Opfer in diesen Prozeß hineingegangen. Er hat sich mehr als 1 1/2 Jahre darauf vorbereitet und jeden Schritt seines Widerstandes immer wieder in Briefen an die Behörden und an die Öffentlichkeit erklärt. (s. auch ID Nr. 319)

Kontakt: Jürgen Spindler, JVA
Rochusstr. 350, 5 Köln–Ossendorf

HUNGERSTREIK

Wiesbaden, 27.2.80

Aus Briefen von Gefangenen der JVA Wiesbaden und Materialien der Knastgruppe Frankfurt/Offenbach haben wir folgenden Bericht zusammengestellt:

Am Montag sind ungefähr 80 jugendliche Gefangene der Justizvollzugsanstalt Wiesbaden in einen unbefristeten Hungerstreik getreten, mit dem sie eine Verbesserung ihrer Haftbedingungen erreichen wollen.

Zum zweitenmal versuchen inhaftierte Jugendliche in Hessen, endlich Menschenrechte im Knast zu erzwingen, die ihnen ein Überleben im Knast erlauben. Letztes Jahr traten Jugendliche in der JVA Frankfurt-Höchst (Jugendknast) mit ähnlichen Forderungen in einen Hungerstreik. Die Reaktion des Hessischen Justizministeriums: Vertrösten und Abwiegeln — und rund fünf Monate später wurde zwei Drittel der gefangenen Jugendlichen von Frankfurt-Höchst nach Wiesbaden verlegt.

Doch zurück nach Wiesbaden. Im Wiesbadener Knast herrscen untragbare Zustände. Der Knast ist unterteilt in vier Hauser a 50 Zellen. Die Gefangenen werden nach den Häusern sortiert, z.B. nach Untersuchungshäftlingen, Kurzstrafen, Langstrafen und Schüler. Durch die Verlegung der Höchster Gefangenen ist der Betonklotz total überfüllt.

Zur Zeit befinden sich im Wiesbadener Jugendknast ca. 320 Gefangene, obwohl dieser nur für 250 zulässig ist. Diese Überbelegung bedeutet für fast 1/3 der Jugendlichen, daß sie zu zweit eine 6 qm kleine Zelle benutzen müssen. Dadurch entstand in Wiesbaden eine Situation, die das Faß zum Überlaufen brachte.

Auf welchem Hintergrund der Hungerstreik der Jugendlichen auch noch entstand, zeigen Briefe und Aussagen von Wiesbadener Gefangenen, die wir im folgenden dokumentieren:

Der Zellenalltag: "Klogelb, Klogrün, Kloblau"

Nach der Arbeit (15.30 h) eine Stunde Hofgang auf einem 15 x 30 Meter kleinen Platz (30 - 40 mal in einer Runde laufen). Die diensttuenden Beamten entscheiden über Dauer und Stattfinden der Freistunde. Häufig fällt sie wegen schlechten Wetters aus oder wird um 10 - 15 Minuten gekürzt.

Ein gefangener über den Zellenalltag:

"Man wird in eine Zelle gewiesen. Das Inventar, Klosett, Waschbecken mit Spiegel. Pritsche mit Schaumstoffmatratze und Kopfkeil. Lautsprecher mit drei Möglichkeiten. Die Farben an den Wänden sind klogelb, klogrün, kloblau und scheißbraun. Solch eine Zelle ist das Heim eines Inhaftierten, spöttisch mit Wohnklo tituliert. Man will sich die Zelle wohnlicher machen und man wird sofort mit "Verordnungen" konfrontiert (um die Zellenkontrollen zu erleichtern). Poster und Bilder dürfen nur an den Seitenwänden und nur an der oberen Kante an der Wand befestigt werden. An Fensterscheibe, Tür und Spind ist jegliche Art von Dekoration untersagt. Glas ist auf der Zelle verboten. (...) Es ist keine Seltenheit, wenn bei der Zellenkontrolle schon mal eine Zeichnung oder ein Poster von der Wand gerissen und zerstört wird. Bis 19.30 h findet die Freizeit statt. Man hat die Möglichkeit, sich das in dieser Zeit meist niveaulose Fernsehprogramm anzuschauen, auf einem Plattenspieler, der eher als Schallplattenzerstörer zu bezeichnen ist, Schallplatten abspielen zu lassen, Kartenspiele oder andere Gesellschaftsspiele zu spielen.

Der Großteil der Gefangenen sitzt vor dem Fernsehen und läßt sich berieseln. Ein weiterer Teil, der von draußen Schallplatten geschickt bekam (bis zu 10 Stück werden in der Regel genehmigt), hört sich Schallplatten an."

Eine Anfrage von Gefangenen bezüglich neuer Gemeinschaftsplattenspieler wurde vom Anstaltsleiter dauernd abgelehnt, da er selbst seit einiger Zeit bemüht ist, diese zu erneuern. Natürlich hat sich diesbezüglich nichts geändert; — aber die Knastmauer wurde Ende letzten Jahres um einen Meter erhöht (Nato-Stacheldraht, der so konstruiert ist, daß er sich bei der kleinsten Berührung von seinen Enden löst und sich um das Opfer zusammenrollt. Bevor die Feuerwehr eingetroffen ist, um das Opfer herauszuschneiden, ist es sehr wahrscheinlich schon verblutet.)

Die Möglichkeit, Sport zu treiben, ist meist gar nicht vorhanden:

"Während des Hofgangs wird von Herbst bis Frühjahr ungefähr 6 Monate lang kaum Gelegenheit zu sportlicher Betätigung gegeben. Momentan ist überhaupt kein Sport. Auch während der Freizeit gibt es außer Tischtennis (zwei Platten für sechzig Leute) keine Möglichkeit, Sport zu treiben. Hier sehen wir durch die begrenzte Freizeit immer nur Kinderprogramm. Ausländer können kaum ausländische Sendungen im Radio hören. Die Bücherei bietet zu wenig Auswahl, besonders für Ausländer. Es werden sehr wenig (zwei- oder dreimal im Jahr) Filme gezeigt, die kein Niveau haben."

Ein anderer Gefangener über die U-Haft:

"Die U-Haft ist zur Zeit mit ca. 66 Personen stark überfüllt, und es kommen weitere hinzu. Die Folgen sehen dann so aus: Diejenigen, die den Vollzug antreten, bleiben länger in der Zugangszelle. Wodurch eine totale Isolation eintritt: Fenster aus Glasbausteienn, kein persönlicher Kontakt zu Mithäftlingen und vieles mehr ...

Medizinische Versorgung, Essen und hygienische Situation: "Medikamente am Wühltisch"

"Da ich seit längerer Zeit am kleinen Finger Schmerzen hatte, suchte ich den Anstaltsarzt auf. Der Arzt schaute flüchtig darauf und meinte, da könne man nichts machen. Ich fragte nach einer Salbe, da ich eine Verstauchung vermutete. Er schaute, wie er es immer macht, nur in mein Gesicht und sagte, das würde nichts nützen. Er verabschiedete sich von mir, obwohl ich noch gar nicht zu Ende gesprochen hatte. Da die Vitamintabletten, die mir sein Assistent eine Woche vorher verordnet hatte, verbraucht waren, fragte ich ihn, ob ich neue bekommen könnte. Darauf packte er mich gewaltsam am Arm und stieß mich zur Tür hinaus mit den Worten: "Vitamine gibt's hier nicht." Leider konnte ich meine Frustration nicht mehr verbergen und nannte ihn: "Kuhdoktor".

Für diese meiner Meinung nach richtige Titulierung, denn er ist absolut keine Vertrauensperson, saß ich drei Tage im Arrest. Und die Schmerzen an meinen Fingern habe ich immer noch!!

Ein anderer Gefangener über seine Erfahrungen mit dem Anstaltsarzt:

"Am 1. März 1979 wurde ich in Wiesbaden verhaftet und in U-Haft genommen. Da ich erst montags nach Ffm-Höchst gebracht werden konnte, mußte ich die ersten vier Tage hier in der JVA verbringen.

Da ich drogenabhängig war, hatte ich sehr starke Entzugserscheinungen. Infolge einer dreimaligen Gehirnhautentzündung kamen noch starke Kopfschmerzen hinzu. Teilweise verlor ich das Bewußtsein und mußte mich dauernd erbrechen.

Am 3. März erschien dann endlich der von mir verlangte Anstaltsarzt. ich machte ihn auf meine starken Schmerzen aufmerksam. Ferner erzählte ich ihm von meiner dreimaligen Meningitis und daß ich bei dieser letzten Erkrankung 1978 vier Tage im Koma gelegen habe und die Ärzte der Städtischen Kliniken schon die Hoffnung auf ein Überleben aufgegeben hatten. Herr Dr. Gläser (Anstaltsarzt) entgegnete mir daraufhin, ich wäre Drogenkonsument und die neuen Richtlinien wären trockener Entzug ohne Medikamente, und da ich ja schon einmal vier Tage in Koma gelegen hätte, wären weitere vier Tage Bewußtlosigkeit gar nicht so schlimm. Bei diesem Gespräch waren nur Dr. Gläser und ich zugegen. Am 23.1.80

IM JUGEND-KNAST

Über den Werdegang einer Krankschreibung schreibt ein Gefangener:

Wenn ich mich morgens um sechs Uhr, wenn die Stimme eines Bediensteten aus dem Lautsprecher dröhnt: "Sechs Uhr, meine Herren, aufstehen", krank fühle, muß ich auch aufstehen. Ich muß mich laut Vorschrift reinigen und ordnungsgemäß bekleiden, andernfalls bekomme ich kein Frühstück. Nachdem der Wagen mit der "Morgenpost" vorbei ist, kommt ein Bediensteter und schließt meine Zellentür zu. Ich kann ihm Briefe geben und ihn informieren, daß ich krank sei und zum Arzt will. Er wird mich fragen, warum und wenn ich ihn nicht informieren werde, wird er böse sein. Den Bediensteten in schlechte Laune zu versetzen, davor fürchten sich die meisten Insassen. Sie werden den Bediensteten eine eigene Diagnose mitteilen, und er wird sie auf ein Zettelchen notieren. (...) Bevor ich zum Arzt vorgelassen werde, wird ein Sanitäter auf meiner Zelle erscheinen. Er ist der Doktoren-Assistent. Wenn ich ihm meine Diagnose und die Symptome meiner Beschwerden mitteile, wird er mir Medikamente bringen. Auch ist er dazu befugt, mich offiziell arbeitsunfähig zu schreiben. Ich werde also aus der Ferne behandelt. Komme ich doch zum Arzt, dann spreche ich nicht länger als zehn Minuten mit ihm. Er weiß auf jeden Fall, was mir fehlt und wird mir Medikamente geben. (...) Fast alle Medikamente, die hier zu haben sind, stammen meiner Meinung nach vom Wühltisch aus dem Kaufhaus. (...) Als ich den Arzt einmal aufforderte, bei mir eine Hirnstrommessung vorzunehmen, sagte er, es sei unbegründet, obwohl er genau wußte, daß dem nicht so war. Als ich hartnäckig blieb, gab er mir zu verstehen, daß die Anstaltsleitung sowas nicht bezahle und ich mir einen Kostenträger suchen müsse."

Jeder Gefangene erhält pro Woche 2 Unterhosen, 2 Unterhemden, 2 Paar Socken, 1 Jacke, 1 Hemd. Auf der Zelle befindet sich kein heißes Wasser, sodaß eine gründliche Reinigung weder von der Wäsche noch vom Geschirr u.a. möglich ist. Zweimal in der Woche können die Gefangenen sich duschen. Duschräume: abgeblätterter Putz an den Wänden, viel Dreck, undichte Fenster, was zur Folge hat, daß sich viele Gefangene starke Erkältungen und Pilzerkrankungen holen. Die Schlafwolldecken sind in den letzten 10 Monaten noch kein einziges Mal gewechselt, gereinigt worden. Etliche Gefangene haben dadurch Hautausschläge und Entzündungen zwischen den Beinen und an anderen Körperteilen, was jedoch von Dr. Gläser ignoriert wird. Aufgrund einiger Beschwerden diesbezüglich erhielten die Betroffenen jetzt die Zusage, daß die Decken voraussichtlich Ende März – Anfang April gereinigt werden. Ungeziefer/Kakerlaken in der Küche und in den Lebensmittelvorratsräumen.

Häufige Ursache von Erkrankungen ist der Zustand des Essens, das an den Gefangenen ausgegeben wird:

"Die Anstaltskost setzt sich häufig aus Ausschußware zusammen, entspricht nicht den vorgeschriebenen Ernährungsvorschriften und steht in keinster Weise unter ärztlicher Kontrolle. Die hygienischen Mißstände haben sich mittlerweile darin eskaliert, daß zahlreiche Gefangene Pilz- und andere Hauterkrankungen haben, was sowohl vom Anstaltsarzt als auch von der Anstaltsleitung ignoriert wird.

6 x in der Woche gibt es morgens Dreieckskäse (50 % Fett), innerhalb von zwei Wochen gab es fünfmal schimmligen Käse. Die Kartoffeln sind entweder angefault oder erfroren (Lebergeschädigte bekommen davon Magenkrämpfe). Der Salat ist laut Aussage des Anstaltsleiters: "Marke Krotzkopf". Zuwenig

wurde ich wieder in die hiesige JVA verlegt. Zur Verbüßung meiner Reststrafe. Vom 24.1. an ging ich dann hier zur Arbeit, die ich aber am 2.2. wieder niederlegte, da ich zeitweise unerträgliche Kopfschmerzen hatte.

Zur Zeit läuft gegen mich ein Disziplinarverfahren wegen Arbeitsverweigerung. Dr. Gläser beabsichtigt, mich nicht krankzuschreiben. Er sagte wörtlich zu mir: ".... Du bist bei allen guten Sachen dabei. Also kannst Du auch arbeiten." Obwohl ich ihn wiederholt darauf aufmerksam gemacht habe, daß ich dreimal Meningitis gehabt habe und ich am Kopf operiert werden sollte, da Verdacht auf einen Tumor besteht."

Milch, Vitamine etc. Hauptsächlich Dampfkost. Obst-Ration nur einmal in der Woche. Mohamedanern und Vegetariern wird keine entsprechende Kost gewährt. Ausweichmöglichkeiten zum Schweinefleisch gibt es nicht. Folge des Vitaminmangels: Haarausfall, Zahnfleischrückgang, Brechen der Fingenägel, Haare werden spröde. Aufgrund der schlechten Ernährung sind die Gefangenen gezwungen, sich beim Einkauf mit Zusatznahrung zu versorgen."

Von der Arbeit und dem Zwang, arbeiten zu müssen: Fünf Mark achtundsechzig pro Tag

Ein sehr verschwindend geringer Teil hat in der JVA Wiesbaden die Möglichkeit, einen Mitlere-Reife-Abschluß nachzuholen. Interessenten, die wegen Vollbesetzung nicht mehr an der Schule teilnehmen können, haben die Möglichkeit, an irgendwelchen Stützkursen und Lehrgängen teilzunehmen. Jedoch ohne Aussicht auf Weiterbildung. Ausbildungsähnliche Verhältnisse (z.B. Schreinerlehre) existieren, jedoch mit zuwenig fachtheoretischem Unterricht, sodaß einige Gefangene ihre Ausbildung gefährdet sehen, da sie befürchten, die externe Prüfung nicht zu bestehen.

In Folge der mangelnden Ausbildungsmöglichkeiten sind ungefähr zwei Drittel aller Gefangenen gezwungen, für die Firma Adler/Papierwerke Akkordarbeit zu verrichten. Art der Arbeit: Leichen-, Oster-, Weihnachts-, Geburtstags- und sonstige Karten falten, stecken, bekleben, verpacken (natürlich mit Arbeitsteilung). Vorgeschriebene Pensen pro Tag, die allerdings schwer zu erreichen sind, ergeben für den Gefangenen je nach Arbeit eine entsprechende Entlohnung, ungefähr 5,68 DM. Bei Nichterreichen der Pensen erfolgt eine Zurückstufung auf 4,66 bis 3,54 DM. Man beachte: die Entlohnung bezieht sich nicht etwa auf eine Stunde, sondern auf einen ganzen Tag. Arbeitsverweigerung wird mit Freizeit-, Urlaubs-, Besuchs-, und Ausgangssperre bis hin zum Bunker bestraft.

Der konkrete Arbeitsalltag der Jugendlichen sieht dann so aus:

"Der jugendliche Gefangene ist als Arbeitskraft noch billige zu haben als die fremdländischen, jugendlichen oder weiblichen Hilfskräfte 'draußen'. (...) Er arbeitet meistens wie eine Maschine. Und weil er viel arbeitet, hat er keine Zeit für Kommunikation. Wenn der Arbeitstag für den Gefangenen beendet ist, kann er am Hofgang teilnehmen. Da er aber meist zu müde ist, begibt er sich auf seine Zelle, um sich auszuruhen. Er beendet seine Arbeit in der Regel zwischen 15 und 15.30 Uhr. Um 16.30 nimmt er seine Abendkost vom Wagen in Empfang und darf die Zelle dann um 17.30 Uhr wieder verlassen."

Der Arbeitsaufseher Demel:

"An meinem Arbeitsplatz muß ich täglich ein Soll in Höhe von einem Pensum (4,62 DM), das bei unserer Bandarbeit gleich 3 Paletten ist, absolvieren. Nun machten wir aber aufgrund der mangelhaften Bezahlung aus freien Stücken 3 1/2 Paletten täglich; was auf die Dauer eh schon ein enormes Stück Durchhaltevermögen von uns abverlangt.

Jetzt, wo unser Band sich gerade so eingearbeitet hat, daß wir halbwegs reibungslos das von uns vorgesetzte Pensum, nämlich 3 1/2 Paletten schaffen, kommt neuerdings Herr Demel (Arbeitsaufseher) und versucht, uns in Form von Nötigungen auf einen Tagessatz in Höhe von 4 Paletten hochzudrücken. Die Arbeitsplätze am Fließband von Adler I sind so hergerichtet, daß jeweils 2 Personen an einem Tisch plaziert sind.

Nach langem probieren und Hetzen mußten mein Arbeitskollege und ich uns eingestehen, daß wir nicht in der Lage sind, diese an uns gerichtete Forderung zu absolvieren. Herr Demel, der von seinem Büroplatz aus unseren Tisch genau im Auge hat, rief uns daraufhin zu sich und eröffnete uns wörtlich: "Horcht, wenn ihr keine vier Paletten macht, streiche ich euch den Besuchsausgang und erteile euch Freizeitsperre!" Da ich von dieser Drohung dermaßen verschreckt war, vermochte ich Herrn Demel nur zu erwidern, daß ich halt keine Maschine sei und aufgrund dessen auch nicht bereit sei, eine solche Hetze mit meiner Arbeitskraft zu unterstützen. Mein Arbeitskollege traute sich nicht, nach dieser offensichtlichen Drohung noch etwas zu sagen, und wir begaben uns zurück an unseren Arbeitsplatz (...)".



§ 1 Absatz 3 der Untersuchungshaftvollzugsordnung: "Die Persönlichkeit des Gefangenen ist zu achten und sein Ehrgefühl zu schonen. Im Umgang mit ihm muß selbst der Anschein vermieden werden, als ob er zur Strafe festgehalten werde."

Ein Untersuchungshäftling:

"Wir werden hier zur Arbeit regelrecht ausgenutzt, da wir hier nur Massenproduktion machen und zu wenig dafür bezahlt bekommen. Man bekommt ja gesagt, man bräuchte nicht zu arbeiten (laut Gesetz dürfen U-Häftlinge nicht zur Arbeit gezwungen werden, Anmerk. d,. Red.), aber was will man tun, wenn man kein Geld von zu Hause geschickt bekommt, wel da auch keines ist. Man muß ja irgendwie an Geld kommen, daß man hier etwas zu Rauchen bekommt oder sonstiges für 4,39 DM den ganzen Tag arbeiten. Dann kann man erst auch einem Monat später einkaufen."

Pädagogische Maßnahmen: "Wirst du schon merken"

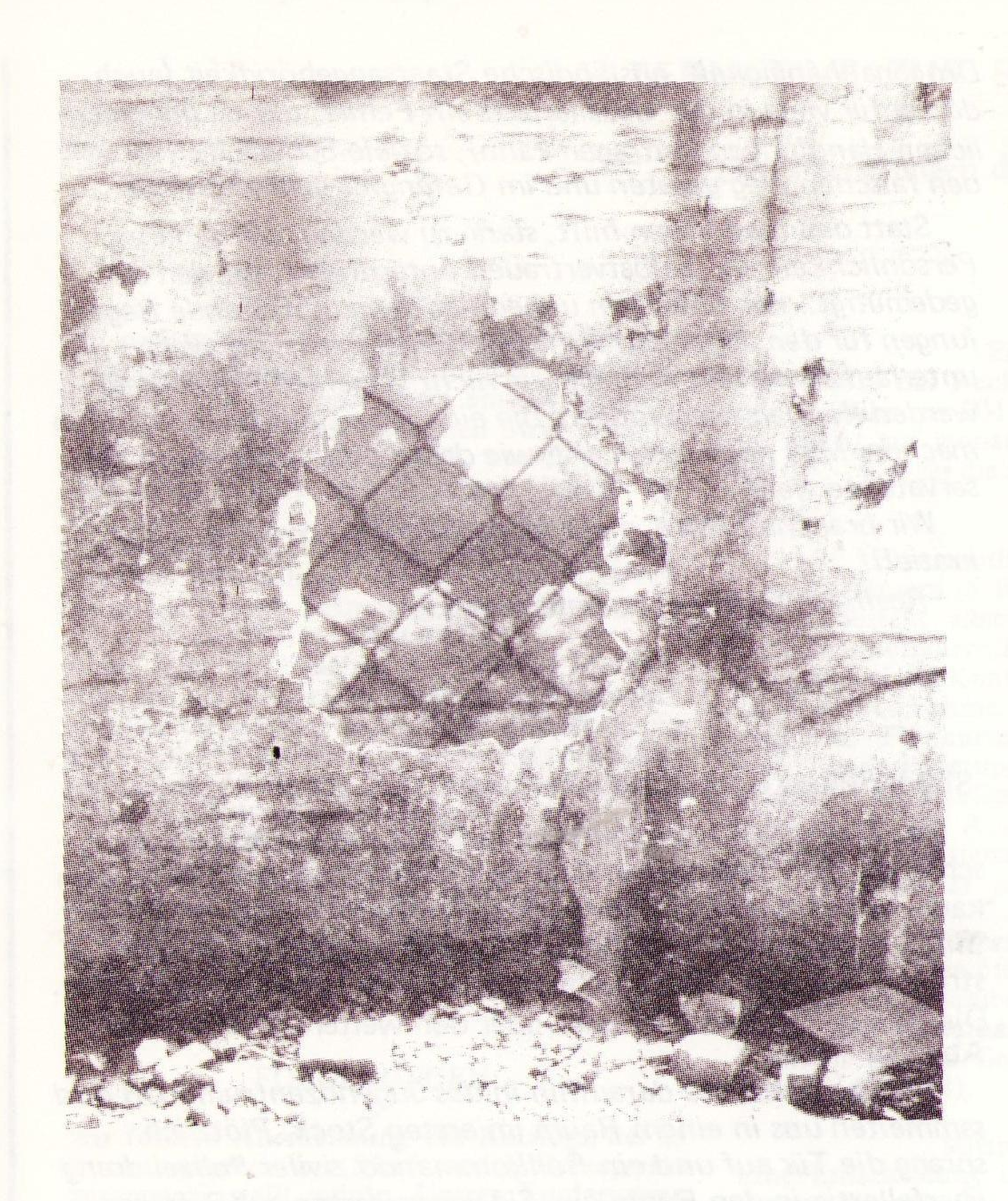
Für alle Gefangenen stehen ein katholischer und 1 evangelischer Seelsorger, 2 Psychologen, 1 Arzt und 1 Gehilfe und pro Haus 2 Sozialarbeiter zur Verfügung.

Erziehungsmaßnahmen sind u.a.: Zellendurchsuchungen, wobei es häufig dazu kommt, daß persönliche Gegenstände der Gefangenen zu Bruch gehen (z.B. ein aus Streichhölzern selbstgebasteltes Kästchen/Bilder von der Freundin, die zerrissen auf dem Bett liegen). Auf Fragen von Gefangenen reagieren die Beamten häufig damit, daß sie die Zellentüren einfach zuschlagen und absperren, mit dem Kommentar: "Wirst du schon merken."

Bei Ungehorsam muß der Häftling in der Regel mit Sperre von Freizeit, Ausgang, Besuch, Urlaub rechnen und vor allem mit Bunker.

Ein Jugendlicher über Sozialarbeiter:

"Hier in der Anstalt gibt es einen Sozialarbeiter, den ich während den Monaten, die ich hier verbracht habe, höchstens fünfmal gesehen habe. Wenn ich ihn sah, diskutierte er mit Aufsichtsbeamten. Gefangene, die er zu betreuen hat, erzählten mir einmütig, er befasse sich nicht einmal mit ihren wichtigsten Formalitäten. (...) Wenn ein Sozialarbeiter sich zu sehr für das Wohl der Gefangenen einsetzt, wird er versetzt. Herr Olschewasky, Sozialarbeiter, wurde 1979 nach Frankfurt-Höchst versetzt, weil er anscheinend einen unangenehmen Eindruck auf die Anstaltsdirektion hinterlassen hatte."



Eine ehrenamtliche Mitarbeiterin berichtet im "Sonntag" (Kirchenzeitung für das Bistum Limburg) vom 13. Januar unter der Überschrift: Gefangen — vergessen — abgeschrieben.

"Zwei Jahre bin ich nun als pastorale Mitarbeiterin des katholischen Anstaltspfarrers Schwab in der JVA Wiesbaden tätig. (...) Die in der Dienstanweisung für evangelische und katholische Seelsorger aufgeführten Arbeitsbereiche übersteigen völlig die Möglichkeiten eines Einzelnen. Deshalb mußte auch ich gleich Schwerpunkte wählen. Da ist vorrangig der Gottesdienst zu nennen. (...) Nicht nur die Gefangenen erwarten von mir ein freundliches Wort. Ebenso auch die Beamten und der Sozialdienst und alle Mitarbeiter. Sie alle stehen tagtäglich auf ihrem Platz. (...) Ich sehe auch hier eine Aufgabe für mich.

An diesem, so 'nebelbehangenen' Arbeitsplatz möchte ich ein froher Mensch sein. Es ist oft sehr schwer. Ich möchte hier zeigen, daß der Christ trotzdem hoffen kann. Nur als frohe und hoffender Mensch kann ich Zeuge sein für die gute Nachricht, Zeuge sein für Jesu Auferstehung, Zeuge sein, damit unsere Jugend wieder glauben kann ... glauben an eine bessere und wahrere Welt."

Unterdrückung und Bambule: Das Ministerium und die Kakerlaken

"Weil ich vier Tage meinen Urlaub überzogen habe, wurde ich zu 14 Tagen Arrest verurteilt. Nun habe ich sie hinter mir. Es waren so ziemlich die grausamsten Tage meines bisherigen Lebens. Die erdrückenden, mit der Zeit beängstigenden Glasbausteine trieben mich schier zum Wahnsinn. Die tägliche einstündige Freistunde findet nur statt, wenn man nicht duscht oder wenn das Wetter gut ist. In dem Bunker selbst hat man kein fließendes Wasser, keinen Spiegel etc. ...

Die Wäsche kann man auch nur alle 7 Tage wechseln, sowie ein Handtuch. Man ist vollkommen isoliert und von der Außenwelt abgeschnitten. Außer der Bibel und ähnlichen Lektüren hat man keinerlei Lesestoff. Wie soll man also die Zeit totschlagen?

Man vereinsamt immer mehr und innerlich staut sich eine Aggression, die irgendwann, vielleicht in einem ungünstigen Augenblick zum Ausbruch kommt. Ist das der Sinn des Arrestes?"

Der Bunker, in dem der Jugendliche 14 Tage verbrachte, sieht folgendermaßen aus:

Kein fließendes Wasser, kein Spiegel, Wechsel der Wäsche alle 7 Tage, das Fenster besteht aus Glasbausteinen, keine Tageszeitung, keine Nachrichten, außer der Bibel kein Lesestoff, Freistunde nur bei gutem Wetter und auch nur, wenn man nicht duscht. Französische Toilette ohne Abdeckung, penetranter Kotgeruch. Gefangene, die nach derartigen Strafen, den Bunker wieder verlassen können, sind aufgrund der dortigen Hygiene mit Pickeln und Ausschlägen nur so übersät.

Was passiert, wenn Beschwerden über die Situation im Jugendknast laut werden, beschreiben anschaulich folgende Beispiele:

Aufgrund einer Gemeinschaftsbeschwerde gegen die Anstaltskost wurden zwei Gefangene, die in der Küche arbeiteten, von ihrem Job entbunden und dürfen nun Bandarbeit für Adle machen. Es folgten Zellendurchsuchungen, wobei man grobgekörnten Zucker entdeckte, den der Gefangene aus der Anstaltsküche entwendet hatte. Dafür erhielt er zusätzlich 3 Tage Bunker.

Ebenfalls wegen der miserablen Ernährung reagierte ein Gefangener spontan darauf, indem er sein Tablett einfach wieder verkehrt auf den Tisch klatschte. Als er diesen spontanen Protest am darauffolgenden Tage wiederholte und sich ihm ungefähr 10 weitere Gefangene anschlossen, wurde er von der Anstaltsleitung wegen "Aufwiegelung zur Meuterei" angezeigt.

Wegen der Beschwerdeschwemme mußte das Justizministerium nun doch einmal reagieren. Entsandte Vertreter ließen sich wie üblich durch die Musteranstalt führen; — jedoch wurde dieses Spielchen von Anstaltsleitung und Ministerium erheblich unterbrochen, als ein Gefangener sich während der Führung massiv einschaltete und die Vertreter aufforderte, nicht nur die Vorzeigeräume zu "beschauen", sondern sich auch einmal z.B.. die Lagerräume der Kartoffeln, die Küchenräume, in denen es von Kakerlaken nur so wimmelt, die Duschen und vor allem den Bunker anzusehen. Wohl oder übel mußten die Vertreter des Ministeriums dieser Aufforderung folgen und sich auch die dortigen Mängel notieren. Die Beamten konnten nichts anderes

machen als lange Gesichter, jedoch wurde dieser Gefangene, der das Imagespielchen so massiv gestört hatte, am nächsten Tag aus irgendeinem Grund mit zwei Wochen Bunker bestraft.

Schwierigkeiten, einen Brief zu bekommen: "Kein geeigneter Umgang für Sie"

Bevor man einen Briefwechsel starten kann, muß man zuerst mal einen Antrag auf Schriftverkehrserlaubnis stellen. "In der Regel wird Angehörigen des Inhaftierten Schriftwechsel genehmigt. Der Briefwechsel mit sonstigen Individuen wird nur dann genehmigt, wenn berechtigtes Interesse vorliegt". Ich sage deshalb Individuen, weil die Anstaltsleitung eine Leumundsnachfrage bei der Polizei macht.

(...) Wenn die Polizei über diesen überprüften "Kriminellensympatisanten" etwas Negatives in Erfahrung gebracht hat, wird dem Gefangenen der Briefwechsel rundweg untersagt. Als Ablehnungsbegründung können auch Lapalien herhalten. Eine Freundin von mir wurde vor einigen Jahren verdächtigt, einen Ladendiebstahl in einem Lebensmittelladen verübt zu haben. Es kam damals zu keiner Anzeige. Die Polizei mußte diese Tatsache aus verstaubten Akten gekramt haben und antwortete der Anstaltsleitung folgendermaßen: Frau ... ist zum Zeitpunkt ... durch Ladendiebstahl in Erscheinung getreten. Mit wurde daraufhin der Schriftverkehr mit meiner Freundin untersagt mit der Begründung: Sie sei nicht der geeignete Umgang für mich."

Briefe von drinnen nach draußen - von unten nach oben: "Wie Indianer in Reservate stecken?"

'Wieder in Freiheit nimmt sich wohl jeder vor, ein neues Leben zu beginnen! Jedoch, der Kontakt zur Familie wie zur Freundin, Verlobten oder Ehefrau war entweder schon vorher oder ist erst durch die lange Haftstrafe meistens abgerissen. Man hat im Gefängnis nicht genug Geld verdient und so kein ausreichendes 'Startkapital'.

Es langt meist nicht einmal, um eine Wohnung zu mieten. Dazu hat fast jeder noch Schulden, Regressforderungen von Versicherungen, abzutragen. Man steht ganz allein auf sich gestellt mit sechs- oder siebenhundert Mark Überbrückungsgeld, seinen alten Klamotten, noch weniger Selbstvertrauen, noch weniger Selbständigkeit, seit langer Zeit nicht mehr Menschen. ohne Hilfe.

Mit einem aufgestauten Haß.

Und Bewährungshelfer können einem meiner Erfahrung nach auch keine echte Hilfe leisten. Sie halten sich größtenteils nur an die Vorschriften oder machen Vorschriften. Bei Nichteinhaltung wird Bewährungswiderruf beantragt."

Ein anderer Gefangener schreibt:

"Nur wer wirklich stark, hart gegen sich selbst ist und wer echte Hilfe von der Familie, Frau oder Freunden erwarten kann, schafft es vielleicht, nach der Entlassung einen rechtschaffenden und verantwortungsbewußten Lebenswandel zu führen. Nicht aber, weil er dazu erzogen worden wäre, sondern durch eigene Überlegungen, Erfahrungen und mit einem festen Willen und Hilfe kommt er auf den richtigen Weg!

Kann man Härte gegen sich selbst von denen verlangen, die ja gerade durch ihre Schwächen und Fehler wie mangelndes Selbstvertrauen, Unentschlossenheit, Verantwortungslosigkeit, Drogenabhängigkeit, ausländische Staatsangehörigkeit (auch das ist für viele in der Gesellschaft ein Fehler, der zu ungesetzlichen Handlungen beitragen kann), soziale Schwäche usw. auf den falschen Weg geraten und im Gefängnis gelandet sind?

Statt daß man ihnen hilft, stark zu werden, werden ihre Persönlichkeit, ihr Selbstvertrauen unterdrückt, werden sie gedemütigt.. Wir brauchen unbedingt neue umfassende Regelungen für den Jugendstrafvollzug. Regelungen, die nicht unterlaufen werden können, die nicht verschieden ausgelegt werden können. Regelungen, die eine Resozialisierung möglich machen. Man kann uns nicht, wie damals die Indianer, in Reservate stecken!

Wir brauchen Hilfe, mehr Menschlichkeit, weniger Bürokratie!!!

Realisierung der Resozialisierung.



Solidaritätsaktionen mit den hungerstreikenden Jugendlichen

Am Dienstag demonstrierten in Wiesbaden siebzig Menschen für die Forderungen der inhaftierten Jugendlichen. Doch kaum vor dem Knast angekommen, wurden sie von der Polizei in Empfang genommen. Sie gingen brutal gegen die Demonstranten vor und beschädigten bewußt den Lautsprecherwagen. Die Demonstranten schreiben über den weiteren Verlauf des Abends:

'Wir begaben uns daraufhin in das Jugendzentrum PUB und sammelten uns in einem Raum im ersten Stock. Plötzlich sprang die Tür auf und ein Rollkommando ziviler Polizei drang überfallartig in den Raum ein. Sie verweigerten auf Befragen, ihre Identität anzugeben, sowie einen Hausdurchsuchungsbefehl vorzuzeigen. Sie begannen zu schlagen und chemical mace gezielt den Anwesenden in die Augen zu sprühen. Sie gaben an, Anti-Carstens-Plakate zu suchen. Sie beschlagnahmten Flugblätter zum Hungerstreik.

Einige der Anwesenden mußten sich nach diesem Einsatz in ärztliche Behandlung begeben.

Wir sehen dieses faschistische Vorgehen in Zusammenhang mit dem immer schärfer werdenden Vorgehen der Staatsschutzbehörden gegen jegliche Opposition in diesem Staat.

Der Überfall auf das Jugendzentrum steht nicht allein. Das Vorgehen gegen die Gefangenen in den Knästen und gegen die, die ihre Solidarität zeigen, nimmt immer brutalere Züge an.

Wir solidarisieren uns mit den Demonstranten, die heute gegen den Altnazi Carstens Flugblätter verteilten. Wir solidarisieren uns mit denen, die dabei von der Polizei zusammengeschlagen wurden. Ein Genosse liegt noch im Krankenhaus.

SOLIDARITÄT MIT DEM WIDERSTAND IN DEN KNÄSTEN!

WIDERSTAND GEGEN DEN NEUEN FASCHISMUS!

Die anwesenden im ersten Stock des PUB

Der Stadtschülerrat Frankfurt erklärte inzwischen seine Solidarität mit den Forderungen der inhaftierten Jugendlichen.

Protestschreiben können an folgende Adresse geschickt werden:

Anstaltsleiter der JVA Wiesbaden, Herr Metz, Holzstr. 29, 62 Wiesbaden.

Solidaritätsarbeit für die inhaftierten Jugendlichen macht die Knastgruppe Frankfurt/Offenbach:

Schäfer, Grempstr. 16, 6 Frankfurt 90

ALTERNATIVE ZUR RESOZIALISIERUNG:

Die Forderungen der Jungendlichen

Die prekäre Lage der Wiesbadener Strafanstalt, jetzt auch U-Haft, gibt den Grund zur Beanstandung. Dies ist in erster Linie ein ausführlicher Katalog. Unterschiede zwischen Straf- und U-Haft sehen wir nur gerichtlich, was die eventuellen oder bereits rechtskräftigen Urteile betrifft.
Ausschlaggebend für Menschlichkeit sind: pädagogische Behandlung, Arbeit, Freizeit, Sport, Sozialdienst und Betreuung durch ehrenamtliche und hauptamtliche Mitarbeiter.
Eine Entlassung baut auf der Zeit der Inhaftierung auf. So wie der Strafvollzug bisher praktiziert wurde, kann es nicht länger bleiben, denn wir sehen die Ursache für weitere Kriminalisierung in jenem System, das sich Justiz nennt. Durch maßgebende Eigeninitiative fordern wir eine Realisierung der Resozialisierung.
Wir fordern die Abschaffung von Sicherheitstrakten, die Solidarität aller Einsitzenden sowie die Unterstützung durch den ASTA und den DGB. Die Freie Presse, Funk und Fernsehen werden aufgefordert, sich der Aktion "Alternative" anzunehmen.

FORDERUNGEN:

1

Wir fordern Anerkennung des Katalogs, der in Zusammenarbeit mit Straf- und U-Gefangenen zusammengestellt wurde. Unsere Forderungen beziehen sich einheitlich auf die Wiesbadener Haftanstalt insgesamt.
Wir fordern die Zusammenkunft mit leitenden Vertretern des Ministeriums und der Anstalt, um, entsprechend den Forderungen, praktische Möglichkeiten für eine Veränderung zu unterbreiten.

2

Zur Durchsetzung unserer Forderungen setzen wir 2 Ultimaten:

a) Arbeitsniederlegung
b) Hungerstreik

Die Anwendung von Gewalt verabscheuen wir aufs Äußerste!

3

Überprüfung der Verpflegung

Wir fordern größere und mehr Obstrationen. Der Vitaminbedarf kann von einmal Obst pro Woche nicht gedeckt werden. Wir wollen keine Ausschußverpflegung mehr, wie dies bei Kartoffeln und teilweise auch bei Gemüse der Fall ist. (UVollzO Nr. 50, Nr. 1) - (StVollG Nr. 21)

4

Neueinsetzung eines Arztes / Einsetzung von ehrenamtlichen Ärzten

Dr. Gläser bezieht sich bei seinen Behandlungen auf seine vorherige Tätigkeit als Sportarzt. So ist Muskelpulver Resozialisierungssalbe und besseres Durchkauen seine Behandlungsmethode. Wir fordern Vertrauen zum Arzt, was bei Dr. Gläser in keiner Weise gegeben ist.

5

Abschaffung des Kleiderzwangs

Wir fordern das Recht auf Privatkleidung und freie Entscheidung über die Art der Bekleidung (UVollzO Nr. 52, Satz 1, 2, 3, 4) (StVollzG Nr. 20, Satz 1)

6

Zum Eintritt in die Haft

Das Privateigentum ist nur im Beisein des Gefangenen anzulasten. Verblombung muß gewährleistet werden. Der Intimbereich ist unantastbar! (UVollzO Nr. 1, Satz 3) StVollzG Nr. 3, Satz 1, 2)

7

Anstaltsbeirat

Die Inaktivität des Anstaltsbeirats ist aufzuheben. Es sollte eine Neuwahl stattfinden. (StVollzG Nr. 162 - 165)

8

Gefangenenmitverantwortung

Seit jeher wurde die Gefangenenmitverantwortung unterdrückt. Wir fordern die sofortige Einsetzung der Mitbestimmung sowie größeres Informationsmaterial von seiten der Anstalt. (StVollzG Nr. 160) UVollzO Nr. 21)

9

Einkauf

Wir fordern das Recht auf wöchentlichen Einkauf in Höhe von DM 50.– für die U-Haft sowie das Recht auf monatlichen Obstkauf in Höhe von 15.– DM für die Strafhaft (UVollzO Nr. 51 Satz 2)

10

Ehrenamtliche Mitarbeiter

In allen Häusern (5 Häuser mit je 50-60 Gefangenen) besteht allgemeiner Mangel an ehrenamtlichen Betreuern/innen. Wir fordern Erleichterungen bei der Kontaktaufnahme und unbürokratische Aufnahme. Wir fordern die Einrichtung von Filmkursen, Zeichengruppen, Ton- und Handwerksgruppen, politischen Arbeitskreisen und häufigere Sportveranstaltungen. Anwerbung und Auswahl der Ehrenamtlichen sollte in Zusammenarbeit erfolgen. (StVollzG Nr. 143, Satz 1, 2)

11

Strafversetzte Beamte

Strafversetzte Beamte sollten keine Betreuungsfunktion mehr ausüben dürfen. Dies ist pädagogisch nicht vertretbar, da die Aggressionen der Beamten an den Gefangenen ausgelassen werden (UVollzO 84).

12

Mitspracherecht

Eine Entscheidung über eine Strafe (Freizeitsperre, Einzelhaft!) darf und soll nicht von Hilfskräften und Beamten, deren pädagogische Ausbildung ohnehin auf der untersten Stufe steht, abhängen. Wir fordern Mitsprachrecht bei Konferenzen mit Verteidigern der Rechtspflege. (UVollzO 84; StVollzG 89, Satz 1, 2; StVollzG 155, Satz 1, 2; StVollzG 160, UVollzO 1, Satz 3; UVollzO 9, Satz 1, 2,; UVollzO 18, Satz 1, 2).

13

Arbeit

Jedem Gefangenen soll eine ihm angemessene, lehrreiche und pädagogisch wertvolle Arbeit angeboten werden. Bei Ausbildung ist auf die Ausbildungsvergütung zu achten (UVollzO Nr. 42, 43; StVollzG Nr. 37, 38, 39, 41, 47, 44)

14

Belegung

In der U-Haft werden ständig Einzelzellen in Doppelzellen umgewandelt. Die stark beengten Räumlichkeiten verhindern eine persönliche Entfaltung des Einzelnen und bedeuten einen Eingriff in seinen Intimbereich. Wir fordern darum menschliche Unterbringungsverhältnisse und geeignete Möglichkeiten zur kreativen Entfaltung (StVollzG 145, 146, Satz 1, 2; UVollzO 23, Satz 1, 3; StVollzG 144, 145, 146).

15

Erziehung

Erziehung und Selbstbeschäftigung sollten gefördert werden. Im Hinblick auf Selbstbeschäftigung fordern wir weniger bürokratische Umstände. Jeder Gefangene soll das Recht haben, gerade bei politischer Literatur entsprechend seiner Meinung und seiner Einstellung auszuwählen. Einfaches Ablehnen von politischer Literatur und Zeitungen kann von seiten der Gefangenen nicht gebilligt werden, da das Grundgesetz in Artikel 3 eine Benachteiligung ausschließt. Wir fordern uneingeschränkten Zeitungs- und Bücherempfang, Mitsprachrecht bei Erziehungsmaßregeln und mehr Verantwortung zur selbständigen Betätigung (UVollzO 80, Satz 1, 2, 3, 4, 5; UVollzO 84, 85; UVollzO 45, Satz 1, 2, 3, 4,; UVollzO 23, Satz 1; UVollzO 19; StVollzG 160; StVollzG 154, 155).

16

Sozialarbeiter/Psychologen

Zur effektiven Betreuung und Beratung fordern wir die Einstellung von weiteren Sozialarbeitern und Psychologen. Da z.Zt. für 280 Gefangene nur 2 Psychologen da sind und jedes Haus (ca. 60 Gefangene) nur von 2 Sozialarbeitern betreut wird, kann von einer angemessenen Betreuung nicht die Rede sein (StVollzG 71; UVollzO 16, Satz 5).

17

Radio

Zur Zeit können Ausländer kaum Sendungen ihrer Landessprache hören. Wir fordern eine einheitliche Änderung des Radioprogramms: mehr Ausländersendungen sowie mehr kulturelle und politische Sendungen (StVollzG 69).

18

Besuche

Wir fordern weitere Besuchszeiten, um Außenkontakte aufrecht erhalten zu können. Regelung nach der Hausordnung.

19

Wir fordern Mitspracherechte in den Hausteams (StVollzO 160)

20

Strafmaßnahmen

Wir fordern die Abschaffung von Einzelhaft und die Herabsetzung der willkürlichen Freizeitsperren. Zwangsmaßnahmen destruktiver Art stehen dem Vollzugsziel entgegen.

21

Lohnerhöhung

Fast alle Insassen haben draußen Schulden und müssen hier arbeiten, während ihr Soll, zweifelsohne nicht nur wegen der Strafhaft kontinuierlich steigt.

22

Freizeit

Wir – U-Haft – fordern weiterhin normale Freizeit. Eine weitere Klassifizierung lassen wir nicht zu, da sie der Möglichkeit zur pädagogischen Entfaltung entgegensteht.

23

Freistunde

Wir fordern freie Entscheidung darüber, was wir während der Freistunde tun.

24

Korrespondenz

Wir fordern freie Entscheidung über unsere Korrespondenz. Die Überprüfungen durch die Justiz stellen eine Anmaßung dar für alle Aussenstehenden.

25

Zur Durchsetzung unserer Forderungen verlangen wir ein klares Verständigungsfeld. Zur Diskussion werden zweimal 2 Stunden innerhalb kürzester Zeit gefordert, da bei bloßer Einwilligung zur Diskussion das gestellte Ultimatum nicht aufgehoben wird.

Forderungen für ausländische Gefangene

Für alle Gefangenen steht vordergründig der Forderungskatalog "Alternative zur Resozialisierung" zur Diskussion. Folgende Forderungen sind zusätzlich für ausländische Inhaftierte gedacht:

1) Wir fordern für alle Gruppierungen der Ausländer spezifische Gesprächsgruppen, die von Sozialarbeitern der verschiedenen Sprachen durchgeführt werden sollen. Die derzeit bestehenden Gruppen reichen in keiner Weise aus. Viele Ausländer sind ohne Betreuung, und von seiten der Anstalt wird nichts unternommen, um dies zu ändern. Die Ausländer sollen sich rege an den Gruppen beteiligen können.

2) Wir fordern den uneingeschränkten Empfang von Zeitungen und Büchern. Politische Zeitungen und Bücher sollen nicht, wie bisher, in permanenter Zensur den Gefangenen vorenthalten werden. Um den ausländischen Gefangenen einen geregelten Empfang zu ermöglichen, müssen die bürokratischen Anforderungen abgeschafft werdebn.

3) Wir fordern die sofortige Einsetzung eines Radioprogramms, das täglich für die verschiedenen Nationalitäten in der jeweiligen Landessprache Nachrichten und Kulturberichte ausstrahlt. Der Anstalt hätte es in den nunmehr fast drei Monaten seit Einrichtung der U-Haft in Wiesbaden längst möglich sein können, die zu gewährleisten.

4) Wir fordern die zuständigen Ministerien dazu auf, Halbstrafe für die Ausländer durchzusetzen. Ausländer, die sowieso abgeschoben werden, sollen die Möglichkeit haben, Halbstrafe zu ihren Ginsten beantragen und durchsetzen zu können.

5) Ausländer, deren Eltern in der BRD leben, sollen genauso Hafturlaub beantragen können, wie dies bei Deutschen der Fall ist. Die ausländischen Gefangenen haben zur Zeit das Gefühl. wie extrem Ausgestoßene behandelt zu werden. Wenn die Eltern im Ausland wohnen, soll es ehrenamtlichen Mitarbeitern im einzelnen überlassen werden, ob sie ausländische Gefangene während der Zeit ihres Urlaubs bei sich aufnehmen.

6) Wir fordern Überwachung des Essens durch das Gesundheitsamt, da das hiesige Essen für Mohammedaner ohne Rücksicht auf deren Religion mit dem nicht zugelassenen Schweinefleisch durchsetzt ist. Es ist eine Zumutung, daß die islamischen Gläubigen derart belogen ubd verschaukelt werdn.

7) Wir fordern die Bereitstellung von Dolmetschern, damit eine Verständigung bei Problemen oder eventuellen Mißverständnissen möglich ist.

8) Wir, die Ausländer, die am Hungerstreik teilnehmen, fordern von Allen die Solidarität und Einsetzung für die aufgeführten Forderungen. Ebenso unterstützen wir unsere deutschen, italienschen, malaysischen, amerikanischen, türkischen und griechischen Freunde.



Warum auch „Juden" Patienten sind und wer das Heil zum Ausbruch bringt

Zu der Diskussion über „Arzt und Revolution" (ID 319,321) hier der Artikel „Warum auch ‚Juden' Patienten sind und wer das Heil zum Ausbruch bringt" aus der Karlsruher Stadtzeitung Nr. 21. In ihm werden Fragen aufgegriffen und Argumente angeführt, die den anderen Artikel ergänzen.

Tag F.!

Du hast uns in Deinem Leserbrief zu unserem Artikel „Die Ärzte müssen ganz verschwinden, das Kapital wird's nicht verwinden, dann wird sich alles weitere finden" (Stadtzeitung Nr. 19 und ID 319) gefragt, warum im Dritten Reich Juden als Patienten umgebracht wurden.

Wenn nach Krankheit gefragt wird, sind alle Antworten ausgelöscht. Jede Antwort schreibt das Sosein fest, bestätigt und verstärkt die gewöhnliche, d.h. in jedem Fall die ärztlich genormte und ärztlich abgesegnete Wirklichkeit. Prinzip Krankheit bleibt in der Frage, fragt von Krankheit aus und durch Krankheit hindurch. Das In-der-Frage-bleiben zielt auf Veränderung, auf eine neu zu schaffende arztfreie Wirklichkeit, fragt und bohrt und fördert dort Krankheit zu Tage, wo sie von Ärzten aus der Welt gelogen wird. Das pathopraktische Experiment, probeändernd, ist als solches revolutionierte Wirklichkeit, wirkliche Revolution, Fundament immer neuer, Vielheiten durch Krankheit (und sonst erst mal gar nichts!) zusammenfassender Verwirklichungen; kein Menschen-, kein Tier-, kein Reagenzglasexperiment, deren Zweck es immer nur sein kann, verkalkte Vorurteile, d.h. die Vorurteile der ärztlich Genormten zu bestätigen, zum Heil verkalkter Verhältnisse.

Wie wir in unserem Artikel ausführten, waren die Ausrottungsaktionen in den KZs und Vernichtungslagern nur der (vorläufige) Endpunkt einer Gesundheitskampagne, die die Ärzte lange vor den Nazis begonnen hatten. Die Hölle der Verbrennungsöfen kommt aus der Stimme. Sprache ist universales Heilmittel: Sprechkur gegen Millionen. Die Heilssprache der Ärzteschaft zwingt die Linke wie die Rechte in die Einheitsfront des gesunden Menschenverstands samt Volksempfindens gegen Krankheit. Was, — von den Rassehygienikern der medizinisch aufgeklärten Romantik ausgeheckt — von der parlamentarischen Linken der Weimarer Republik als Gesetzesvorlage zur Sterilisation und Euthanasie gegen Patienten eingebracht wurde (bestellte Dreckarbeit), das haben die Dr. Mengeles ein paar Jahre später exekutierend human- und naturwissenschaftlich durchexperimentiert, souveräner als die Imperatoren der fernsten Urzeit seit dem Beginn ihrer Gesundheitskampagne: lange vor dem III. Reich.

Inzwischen hatten die Iatrokraten über Bücher und Zeitungen, Filme und Radio die Angst vor Krankheit und Ansteckung hochgepeitscht. Ständige und eindringliche Wiederholung und Eintönigkeit der Argumentation waren die Mittel, um jeden ihre Lügen über die Ursachen von Krankheit glauben zu machen. Der Massenmord an 275 000 Patienten nach was (Krankheit) und wie (Hunger, Gas, Radiologie, Spritze, Kugel) hat den Boden bereitet:

Als „Geschwür", „Schädlinge" und „Parasiten" wurden auch Juden diagnostiziert, Judesein erzeuge Krankheit und sei verantwortlich für Krankheiten aller Art: eine Bedrohung für die Volksgesundheit. Das Ärzteblatt schreibt 1935: „Nahe liegt der Vergleich der Juden mit Tuberkelbazillen."

Der „Weltjude" Karl Marx und der „Kommunismus als jüdische Weltpest" und das „krankhafte und entartete" Denken und Handeln der Kommunisten mußten den Heilsschreiern als gesundheitsschädlich gelten.

Anatomieprofessoren ließen eigens zu diesem Zweck KZ-Häftlingen den Kopf abschlagen für eine Schädelsammlung von „jüdisch-bolschewistischen Kommissaren, die ein widerliches aber charakteristisches Untermenschentum verkörpern". Als Untermenschen und Entartete wurden auch Zigeuner, Schwule und „Kriminelle" etikettiert.

Die schrankenlose Gewalt der Ärzte zielte auf alles was entartet-entARZTet ist, was dem Arzt aus dem Griff zu geraten droht und sich seinem Gesundheitsbefehl entzieht.

Wo's ums schnelle Umbringen geht, da ist allein Krankheit das Raster. Das ärztliche Mordmonopol läßt Unterschiede wie Arier-Jude, rechts-links, homosexuell-heterosexuell, Farbiger-Weißer, unterschiedliche Rollen- und Klassenzugehörigkeit in der höchst einseitigen Agonie des Arzt/Patientenverhältnisses verschwinden. Einseitig, denn das Sterben ist nur den Patienten verschrieben.

Einmal Opfer der ärztlichen Selektion wurden die so Gebrandmarkten zu Tode gespritzt oder ins Gas geschickt. Zuletzt in die einzig zur Tötung errichteten Vernichtungs**kliniken** und Vollzugskrankenhäuser Sobibor, Treblinka, Belzec und Chelmo. Hier steuerten dieselben Ärzte die Ausrottungsaktionen, die sich zuvor in den Kliniken Sonnenstein, Hadamar, Hartheim, Grafeneck in 275 000 Patientenmorden heilsfronttauglich getrimmt hatten. Auch die Folterinstrumente und Mordwerkzeuge hatten die Ärzte zuvor durch Experimente an Patienten (!Menschen--experimente) verfeinert. Soweit, daß ihnen die Ermordung Tausender von Entarteten=EntARZTeten pro Tag nur noch Pra:isroutine bedeutete.

Das ist das ärztliche **Mordmonopol**. Ihren Anspruch auf das **Produktionsmonopol**, den Menschen nach ihrem Bild zu formen, organisieren die Ärzte in den Heimen des „Lebensborn e.V.". Dort wurden, nach dem damaligen Stand der Biotechnik, sog. „Schwestern" von SS-Männern befruchtet, um gesunde, arische Kinder planmäßig zu züchten.

Auf die Rasse (!) kam es nicht an.

Allein ärztliche Zuchtkriterien wie „gutes Blut" und „biologisch wertvoll" waren maßgebend. Dies konnte laut Dr. Ebner, dem Leiter der Lebensbornheime, ausdrücklich jüdisches oder chinesisches Blut sein (Jawohl: jüdisches, aber gutes). Dr. Ebner machte nach dem Nürnberger Ärzteprozessen sogar kurze Bekanntschaft mit dem Zuchthaus. Kaum wieder draussen, eröffnete er erneut eine Praxis. Das Rote Kreuz zeichnete ihn, denn Arzt bleibt Arzt, mit einem Verdienstorden aus.

Wenn sich ärztliches Mordmonopol und ärztliches Menschenproduktionsmonopol durchsetzen konnten im Dritten Reich ungebremst, als was stellt sich das Dritte Reich dann dar?

Der Nationalsozialismus war eine gesundheitspolitische Großveranstaltung und sonst nichts.

Das gesunde Heil ist Basis und Katalysator eines jeden Faschismus. **Jeder Faschismus ist Iatrofaschismus.**

Planmäßige Ausrottung der EntARZTeten und Gesundheit über alles in der Welt die Ziele der Ärzte. Zweck: Erhaltung, Ausdehnung und Steigerung ihrer Allmacht zugleich beispielgebendes Grundmuster jeder Art Macht als imperativer Norm, **vermittelt** durch Eigentum (-ist-Diebstahl) und wen und was auch immer --. Mittels „Massenaufklärung" und „Vorsorge" verteufeln die Ärzte die Krankheit genauso wie sie die ideologisch-illusionäre Hoffnung auf Gesundheit schürten, um die Vielen bei der Stange zu halten.

Ein Ärztesprecher im Namen der Ärzteschaft mit ihrem Erbarzt Adolf Hitler über das richtige Vorgehen:„Wenn ich eine Wunde schlage - dann muß ich gleich die Watte zur Hand haben, um sie über die Wunde zu breiten....Wenn ich in der Propaganda zum Ausdruck bringe: Die Juden haben überhaupt nichts mehr zu verlieren, dann dürfen Sie sich nicht wundern, wenn sie kämpfen. Wenn sie ihnen aber eine Chance geben, eine geringe Lebensmöglichkeit, dann sagen sich die Juden:....seid doch mal still, vielleicht geht's doch."

Juden und Patienten gegeneinander auszuspielen, das schaffte schon damals der medizinische Laie, Klumpfuß frei Schnauze sogar. Ist aber das Spiel erst einmal durchschaut, dann bricht die Ausnahme die Spielregel: Patienten-Front!

Die Hoffnung auf's „Davonkommen", die ärztlich verordnete Täuschung über das, was jeder objektiv ist, nämlich Patient, machte die allermeisten zu willigen Mitarbeitern an ihrer eigenen Ermordung. Gefesselt unter dem Bann der Iatrokratie lernten Patienten sich selbst zu hassen und akzeptierten willig den Tod durch Spritze, Verhungern usw. als Strafe für vermeintlich selbstverschuldete Krankheit und als Beitrag zu künftigem Ärzte- und Arierglück.

Der Arzt setzt Heil und Gesundheit gegen aufkommende Solidarität in der Krankheit. Immer dann, wenn Krankheit arztfrei entfesselt wird, schmilzt sie die Vereinzelten zu Kollektiven. Immer dann, wenn der Arzt eingreift, will er Solidarität aus der Krankheit in solidarisches Sterben verwandeln. Der Arzt kehrt das einzig zur wirklichen Einheit verbindbare Kränken gegen das entstehende Kollektiv und trennt und vereinzelt, verwandelt die aktive Krankheit in Rückschlag und Reaktion, in Scham, Ekel und Angst, kurz: Zivilhygiene. Aber zum Patientenwiderstand gehören nicht nur Zivilcourage und Unverschämtheit. Wer die Anstrengung des Krankheitsbegriffs nicht riskiert und zwar bis weit über den gesunden (!) Realitätsbezug hinaus — unverzichtbares und nahezu unfehlbares Druckmittel der ärztlichen Eichnorm — gehört zu den unzähligen Glückspilzen, denen die Erfindung (immer aufs Neue --) der Waffe der Krankheit als Mittel der Erkenntnis und Veränderung noch bevorsteht. Aber Weile schafft Eile.

Warum ist die Frage — wurden Juden als Patienten getötet — heute noch wichtig? Wozu überhaupt Fragen an die Vergangenheit? Aus der Vergangenheit für die Zukunft, aus der Zukunft für die Gegenwart lernen. Welche Zukunft zeichnet sich ab, wenn man die Blutspur des Gesundheitswesens weiterverfolgt?

Das tausendjährige Reich, in dem die Ärzte ihre Mord- und Machtgier unverdünnt genießen konnten, wurde gewaltsam beendet. Was von den Menschenexperimenten „brauchbar" war, haben die Ärzte der Siegermächte eingeheimst. Aber ihr Klassenziel, Ausrottung des Widerstands als Krankheit und der Krankheit als Widerstand, hat die Ärzteklasse samt ihren Anhangsgebilden in Wirtschaft und Staat nicht erreicht.

Umso heimtückischer streben sie heute einer weltweiten Blütezeit entgegen. Sie lassen eine Euthanasiekampagne nach der anderen vom Stapel. Bisher noch „freiwillig", demnächst zwangsweise gegen jeden, der sein Hirn und Herz noch nicht vollständig der Iatrokratie übereignet hat.

Zwangssterilisation von Patienten sieht auch die Psychiatrie-Enquête vor. Genetische Beratungsstellen und neomalthusianische Organisationen zur Familienplanung (Indien 8 Millionen sterilisiert, und das diesbezügliche Rasen der ALBERT SCHWEITZER-Gesellschaft in Mexiko) schießen wie Pilze aus dem Boden. Und in den biotechnischen Labors basteln die Iatrokraten am genetischen Code herum. Ihr Ziel: der Welt-GenRat als zentrales Kontroll- und Steuerungsorgan. Der neue Mensch: das unmenschliche Geschlecht, Kunstprodukt aus Zellen und anorganischem Material, wirklicher KZ-Herr aller Gefängnisse aus Zellkörper und Stahlbeton: der Arzt schon lange.

Einzig und Allein das Zurückschrecken und die Flucht der Kranken, die es nicht sein wollen, vor der jedem „eigenen" Krank-

• •

„Sterbehilfe ist Lebenshilfe"

Professor spricht sich für Verkürzung des Todeskampfes aus

Die zentrale Frage, die auf einer Fachtagung der Humanistischen Union (HU) am Wochenende in Bremen zum Thema „menschenwürdiges Sterben" immer wieder gestellt wurde, war: „Wird der Sterbende allein und im Stich gelassen?" Die Antwort hieß während der gesamten Tagung: Ja. Die Bundesregierung soll deshalb nach dem Vorbild der Schweiz Richtlinien erlassen, die geeignet sind ... heit auf dem ...

„Endlich über menschenwürdiges Sterben reden"

Beschäftigung mit Sterben und Tod nahezu ausschließe. „Zu einem menschen... Leben gehört das ... Sterben"

können, fordert die HU, ...schenwürdige Räume für d... und seine Angehörigen

Zu Sterbehilfe bekannt

STOCKHOLM, 6. Okt.

Tuberkulose – ein Weltproblem

Auch in der Bundesrepublik nicht ausgemerzt / Wissenschaftler tagen in ...

Hauptquartier im Kampf gegen den Krebs

Tumor-Zentrum im Großklinikum Großhadern gegründet / Mildred Scheel warnt vor „Verunsicherungswelle"

Erb- u. Rassenpflege in Frankfurt a.M.

Zu wenig genetische Beratungsst...

Um hilfesuchenden Beratungsstellen" eingerich...

Brustkrebs bedroht Ehen

Psychologin betont Bedeutung der Partnerschaft

FR 2.4.77

Nur die tüchtigsten Nervenzellen überleben

Die Gehirnforschung steht erst am Anfang / ...

Aus Angst vor Krankheiten ... Außenwelt isoliert

„Tod in Würde" befürwortet

Millionen leiden unter psychischen Krisen

...treter der klinisch-psychologischen Abteilungen trafen sich in ...

Mehr Humanbiologie in der Lehrer-Ausbildung

Eine Forderung der Gesellschaft für Anthropologie und Humangenetik

Die humanbiologische Ausbild... ...ologielehrer ...

heit gibt den Ärzten die Möglichkeit als Retter und Helfer aufzutreten. In dem Augenblick, wo Krankheit bejaht wird (AUS DER KRANKHEIT EINE WAFFE MACHEN), werden die Ärzte als weiße Bluthunde des guten und daher „gesunden" Blutes bloßgestellt. Den Beweis für diese These hat zum ersten Mal das SPK erbracht. Hier wurde die Krankheitsfrage gestellt und zum ersten Mal (1970) positiv beantwortet: Sozialistisches Patientenkollektiv. Statt Krankheit als „Schuld", „Psychose", „Krebs", usw. dem Iatrokraten auszuliefern, - nicht Arzt, sondern Heimschicker bzw. Marodepink heißt der Iatrokrat schon seit den ältesten Juden-, Zigeuner- und sonstigen -Pogromen — hat das SPK die revolutionäre Krankheit stark gemacht

Wo bisher Patienten von politischen Gruppierungen aller Himmelsrichtungen dazu angehalten wurden „erstmal gesund" zu werden, bevor ihre politische Salonfähigkeit, besser: Stallhasenreinheit auch nur zur Diskussion stehe, da ermöglichte es die revolutionäre Fassung des Begriffs Patient den Patienten, sich von ihrer ärztlich aufgezwungenen Passivität zu befreien (disapathisch x diapathisch = radikaldialektisch, um genau zu sein, wo Trennschärfe dran ist). In der Konsequenz dieses Ansatzes zeigt sich seitdem, daß allein die auf Krankheit gegründete Revolution krisenfest und entzugsstabil ist.

Die Krankheitsfrage greift weiter als die bloße Machtfrage. Wer die Krankheitsfrage negativ beantwortet, ist wenn's hochkommt, Reformist oder Partialrevolutionär, also gar keiner. Und die Heilsgewalt (Iatrarchie) mußte ihren Platz in den Hirnen und Körpern der Patienten räumen. Die Waffen der Ärzte: Diagnostizierung und Etikettierung waren stumpf geworden. Die Pathopraktik der SPK-Patienten: Krankheit für sich und für sich für Krankheit zu verwenden, zwang die Ärzteschaft zur Selbstentlarvung. „Zum Wohle des Patienten" verwandelte sich (noch 1972) in die Forderung der Ärzte nach „Kampfpanzern", um gegen die „zum äußersten entschlossene revolutionäre Kampfgruppe" vorzugehen.

Kein Wunder, denn besagte revolutionäre Kampfgruppe hatte sich unter starkem Polizeischutz, Einzelzellen, Stahlbetontresorbauweise, in 11 Knästen verschanzt, totalverweigernd und hungerstreikend zum Teil, und allem ärztlichen Terror getrotzt: Patientenfront! Das Ärzteblatt rügte darüberhinaus die Gerichte, weil diese es noch für nötig hielten die Verfolgung des SPK juristisch zu „würdigen". Die Staatsschutzkammer wollte diese Zweifel an ihrer Ärztetreue nicht auf sich sitzen lassen und legte den SPK-Prozeß in die Hände der Iatrokratie mit der Suggestivfrage, die Ablehnung der „bestehenden Ordnung" sei doch wohl als entartet und krankhaft anzusehen. Die Presseberichte, unterzeichnet mit Pseudonymen und im Schmuck der bekannten Bullensprecher-Floskeln, kamen aus der Heidelberger Universitätsmedizin mit ihrer Heeres- und Nazipsychiatrie als letztverantwortlicher Chefredaktion.

ABER: DIE GESCHICHTE ERKENNT, WER SIE VOLLBRINGT, ES VOLLBRINGEN DIE GESCHICHTE (DANK DEN PROPHETEN UND ALLEN NÜTZLICHEN IDIOTEN UND UNNÜTZEN FRESSERN!), DIE SIECH ERKANNT GEHABT HABEN WERDEN (FUTUR PLUS QUAM PERFEKT).

Die Patienten in der Jagdscheinknallburg Wiesloch zeigen mit der Medikamentenstreikerklärung (ID 319) exemplarisch, wie gegen den Todbringer und Lebensenteigner Arzt Front zu machen ist.

Zu Deiner zweiten Frage, wie der Medikamentenstreik weitergeht und welche Erfahrungen die Patienten machen, einige Ereignisse aus jüngster Zeit:

Dr. Bechtold klaut Verteidigerunterlagen

Diesmal war es der in der Karlsruher Stadtzeitung (vgl. ID 319) abgedruckte Artikel der Patientenfront

Arzt und Revolution

Aber der Patient, jenseits der Pharisäer und Schriftgelehrten, wie alle, folglich ärztlich geprüfter Analphabet, nichtsdestotrotz aber fündiger Leser der Karlsruher Stadtzeitung, die ihn verteidigt, fand auch den Weg zum Verteidiger dieser Verteidigung und zwar mit folgendem Resultat:

An das Psychiatrische Landeskrankenhaus, Wiesloch, Postfach 1420, 6908 Wiesloch, 9.11.79.

Betr.: Fremde bewegliche Sache — hier: Verteidigerunterlagen

Sie erhalten hiermit Gelegenheit, die Herrn M.V. anläßlich einer sogenannten „Schuberkontrolle" entwendeten Verteidigerunterlagen (Kopien) an diesen bis zum 14. November 1979 zurückzugeben. Andernfalls erfolgt Strafanzeige.*

i.V. Gottfried Klein, Rechtsanwalt

* *(namentlich ARZT und REVOLUTION, s.oben)*

Wie Dr. Bechtold beim ALLMÄCHTIGEN (!) seine Niederlage zu sprachregeln versucht.

Psychiatrisches Landeskrankenhaus, Postfach 1420, 6908 Wiesloch, 13.11.79.

Az.: Dr. Be./Kr.

Betr.: M.V. geboren am ... — Bezug: Schreiben vom 9.11.79 — hier: Unterbringung gemäß § 63 StGB

Sehr geehrter Herr Rechtsanwalt!

Der Obengenannte gibt auf Befragen an, daß er das fragliche Schreiben einem Mitpatienten gegeben habe. Dieser hat das Schreiben vorübergehend dem Unterzeichneten überlassen. Der Mitpatient hat das Schreiben wieder erhalten und berichtet, er habe es im Auftrag von Herrn M.V. an andere Patienten weitergegeben und nicht mehr in seinem Besitz.*

Mit freundlichen Grüßen:

Dr. Bechtold, Leitender Regierungsmedizinaldirektor

* *(namentlich: ARZT und REVOLUTION, s. oben)*

29 Patienten im Kampf gegen die Heilsgewalt

Hungerstreikerklärung vom 16.8.79

Die Patienten des PIK Wiesloch (Kirchgrund) Stationen KI, K II, K III, K IV treten am Montag, den 20.8.79 in den Hungerstreik da wir Patienten hoffen, daß die Öffentlichkeit sowie verschiedene Behörden endlich etwas unternehmen. Grund: Wir kämpfen gegen die Diensthabenden Ärzte im PLK Wiesloch (Kirchgrund), da die Ärzte für Mißstände allgemein verantwortlich sind und seelische und medikamentöse Vergewaltigungen sowie Bedrohungen und Folterungen der Patienten im PLK Wiesloch (Kirchgrund) befürworten und dafür verantwortlich sind.

29 Unterschriften

An die Familie P., 14.12.1979
Sehr geehrte Familie P.,
als Verteidiger von Herrn N.T. möchte ich mich mit Ihnen als seinen erreichbaren Verwandten in Verbindung setzen. Wie mir Herr T. gesagt hat, wollen Sie sich im Rahmen Ihrer Möglichkeiten weiter für ihn einsetzen. Auch für Sie seien, was die Art und Weise der „Behandlung" betrifft, Beton und Stahlgitter, hinter denen die Patienten in Wiesloch weggesperrt sind, nicht gerade vertrauenserweckend gewesen.

Damit Sie informiert sind, wie wir weiter vorgehen wollen, läßt Ihnen Herr T. auf diesem Wege zunächst folgendes mitteilen:

Der gesamte Kontakt von und im Landeskrankenhaus Wiesloch eingesperrten Patienten mit der Außenwelt unterliegt ärztlicher Zensur und Überwachung. Das heißt: Der Arzt bestimmt, wer uns besuchen darf und mit wem wir schreiben dürfen.

Alle dann noch zugelassenen Besuche werden von Pflegern überwacht, die beauftragt sind, alles, was sie dabei sehen und hören, dem Arzt mitzuteilen. Den Besuchern wird, um das zu vertuschen, meist erklärt, man müsse die Besucher vor uns Patienten schützen. Es liegt auf der Hand, daß dies keine Besuche sind, wie das unter zivilisierten Menschen üblich ist. Wegen der ärztlichen Überwachung können wir gar nicht das sagen, was wir wollen und was uns bewegt. Alles, was wir an Freunde, Verwandte und Bekannte schreiben, wird vom Arzt kontrolliert. Aber auch die gesamte Post, die die Leute von draußen an uns schreiben, geht über den Schreibtisch des Arztes. Der kann also nach belieben mitlesen. Persönliches, Intimes, was unsere Freunde und Verwandten schreiben, weil sie sich auf die Unverletzlichkeit des geschriebenen Wortes (Briefgeheimnis) verlassen, hat der Arzt bereits gelesen, bevor wir es überhaupt zu Gesicht bekommen.

Daß der Arzt Briefe von uns mit Randnotizen oder Begleitschreiben versieht, um uns gegenüber den Empfängern als „Irre" abzustempeln, was häufig zur Folge hat, daß wir plötzlich keine Antwort mehr bekommen, ist noch vergleichsweise harmlos. Viel schwerwiegender ist, daß das, was sich der Arzt im Wege der Zensur aneignet, hinterhältig zu Zwecken der Begutachtung — und damit gegen uns — verwendet wird. Denn auf dem Gutachten des Arztes, und auf nichts sonst, beruht unsere z.T. jahrzehntelange Zwangsinternierung in der Klapsmühle. Daß von dieser Begutachtung auch unsere Angehörigen, Bekannten usw. gleich miterfaßt werden, ohne daß sie es wissen, weil sie sich auf das Briefgeheimnis veralssen, das ergibt sich daraus zwangsläufig. Abgesehen davon, was der Arzt mit den Informationen sonst noch alles macht, ohne daß ihn jemand kontrolliert.

Ich werde daher ab sofort und in Zukunft zu meinem Schutz, aber auch zum Schutz meiner Angehörigen und Freunde, keine Post mehr annehmen und auch keine Briefe mehr nach draussen schicken. Den Kontakt werden meine Rechtsanwälte, Jürgen Schifferer und Gottfried Klein aufrechterhalten, zu denen ich, im Gegensatz zu den Ärzten, uneingeschränktes Vertrauen habe und die als Anwälte die einzigen sind, mit denen ich unüberwacht sprechen und schreiben kann. —

N.T.

Lassen Sie mich noch hinzufügen, daß wir in den Jahren unserer Tätigkeit als Anwälte der in Wiesloch internierten Patienten erfahren haben, mit welchem Mut und mit welcher Kraft sich die dort Internierten immer wieder zur Wehr setzen. Und auch trotz aller Betonmauern, die gerade auch Besuchern die „Gefährlichkeit" der Patienten suggerieren sollen.
Wir würden uns mit Herrn T. freuen, wenn Sie zu denen gehören würden, die sich nicht durch „Diagnosen" irre machen lassen, sondern weiter sehen.

Mit freundlichen Grüßen:
(G. Klein) Rechtsanwalt

Kontakt: über Karlruher Stadtzeitung, Postfach 3644, 7500 Karlsruhe 1.





DIE KRITIK AN DER "KRANKHEIT" IST WICHTIGER ALS DAS SEKTIERERTUM DER KRITIKER

Zur Diskussion um die Artikel der "Patientenfront" (ID 319, 321, 323)

Die "Patientenfront" will den ärztlich definierten Begriff Krankheit grundsätzlich in Frage stellen — einen Krankheitsbegriff, sagt sie, der seit Jahrhunderten zur Ausgrenzung von Menschen, zum Quälen, zum Mord an ihnen gedient hat, bis hin zum Völkermord der Nazis an der jüdischen "Seuche". Nicht bessere Krankenversorgung, sondern Schluß mit dieser Ausgrenzung und Selbstheilung durch Interpretation der Krankheit als Protest: das ist ihre Forderung. Die Wohltäter der Menschheit erscheinen plötzlich als ihre Henker, und die psychiatrischen Anstalten als Vorstufe- und Nachfolger - der Konzentrationslager.

Wer sich zu dieser Provokation (das ist es für die meisten von uns) verhalten will, sollte seinen eigenen Erfahrungshintergrund mitteilen, wie knapp auch immer. Ich gehöre zu denen, die die Herrschaft der Medizin nur aus einiger Distanz kennengelernt haben, die weder Therapie noch psychiatrische Anstalten aus eigener Erfahrung kennen. Ich habe zwei wesentliche Erfahrungen mit Krankheit gemacht, wenn auch nicht unmittelbar bei mir selbst: die eine bei der Geburt meiner Tochter, als meine Freundin gegen strikten ärztlichen Rat Antibiotika ausschlug, um das Kind zu stillen: eine lebensgefährliche Weigerung, glaubte man ihrem Gynäkologen. Die andere Erfahrung: ein guter Bekannter wurde auf den Rat eines linken Arztes hin in eine geschlossene Anstalt eingeliefert; er haute dort ab; daraufhin wurden Kontakte zu der als fortschrittlich, ja "heroisch" geltenden Gießener Universitätsklinik mit Horst-Eberhard Richter angeknüpft; er weigerte sich, dorthin zu fahren. Beide Male waren die ärztlichen Anweisungen bedrohlich, beide Male erwies es sich als besser (sicher auch als stärkend), gegen sie zu handeln. Das hat mich nachdenklich gemacht.

Wenn die "Patientenfront" sagt: nicht mehr und bessere Ärzte, Krankenhäuser, Medikamente, sondern gar keine, so stellt sie sich damit frontal gegen den Fortschrittsglauben von Jahrhunderten und auch den der Linken. Soweit gehen viele mit; die Kritik trifft sich mit der Ökologiebewegung. Neben der "Sozialistischen Selbsthilfe Köln" ist sie aber auch die einzige Gruppe, die so etwas wie eine Selbstorganisation der Patienten zu unterstützen versucht. Die radikale Kritik der "Patientenfront" geht gegen die medizinischen Experten und ihre Helfer, vom Pfleger bis zum Klinikdirektor. Das ist eine Kampfposition, wo sich plötzlich Zehntausende von Linken im Gesundheitssektor, die Veränderungen wollen, aber im System gezwungen sind, Herrschaft auszuübern, auf der feindlichen Seite wiederfinden. Doch wie sollte Selbstorganisation anders vonstatten gehen als im Kampf gegen das System der Krankheits-Ausgrenzung? Und wie jedes System tritt auch dieses nur durch Personen in Erscheinung. Die richtigen Unterscheidungen zwischen Schwestern und Klinikchefs zu treffen, ist in der Praxis nicht das Problem der Patienten, sondern das Problem des Gesundheitspersonals.

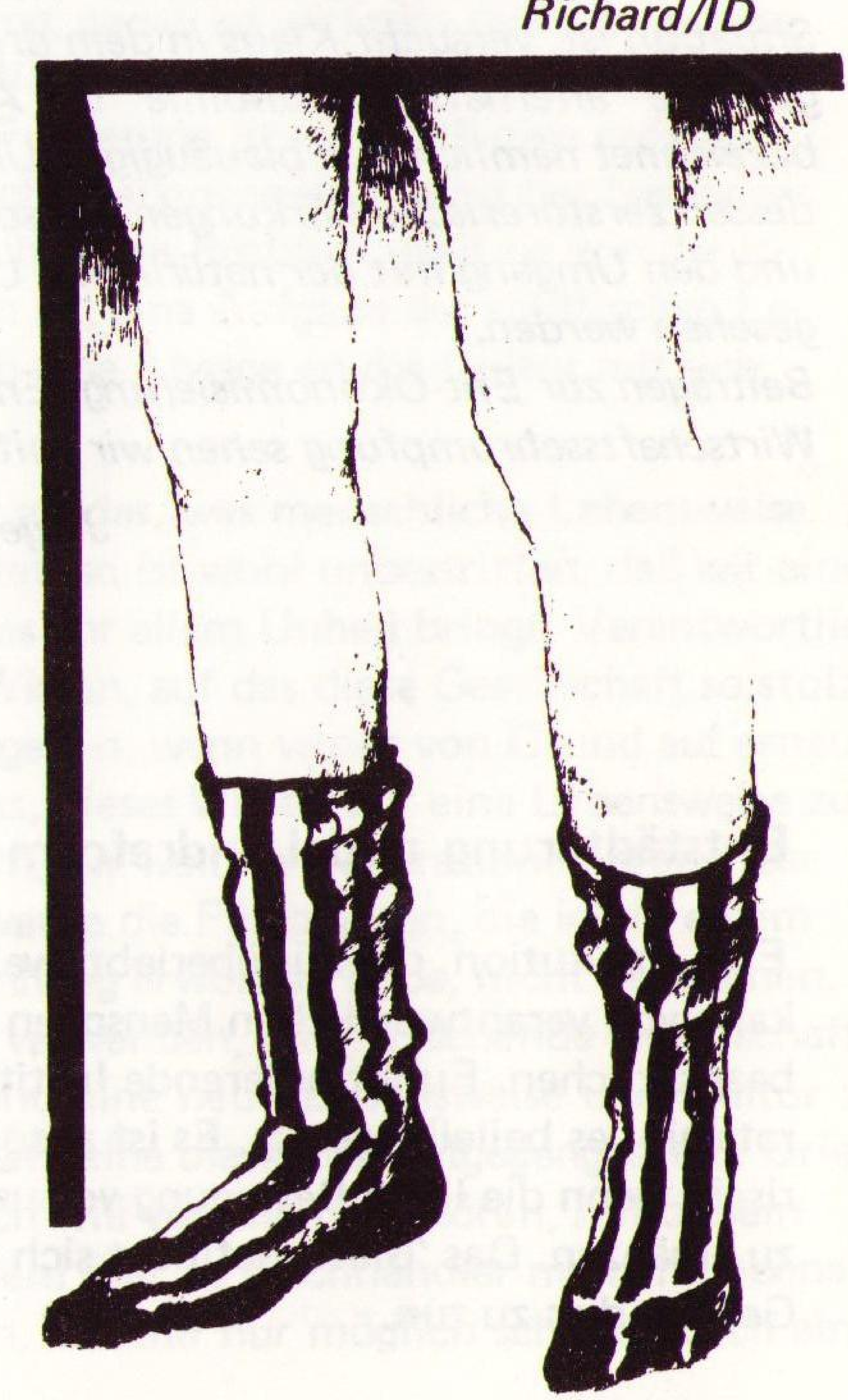
Das System der Gesundheitsversorgung prinzipiell zu kritisieren, etwa wie Ivan Illich es tut, findet viel folgenlosen Beifall. Ernst wird es erst, wenn die Kritik praktisch wird, wenn die selbstorganisierte Durchsetzung der Patientenforderungen versucht wird. Die Kriminalisierung der ersten Gruppe, die das versucht hat, des Heidelberger Sozialistischen Patientenkolllektivs, ist umso bedrückender, wenn man bedenkt, daß Ärzte per Gutachten und Diagnosen an staatlichen Gewaltmaßnahmen teilnehmen, Menschen einsperren lassen können, ohne auch nur den mageren Kontrollen unterworfen zu sein, die im Justiz- und Knastwesen noch existieren. Die Kriminalisierung des SPK und die Angst vor ähnlichen Angriffen haben allerdings bei der "Patientenfront" zu einem solchen Maß von Selbstisolierung und Dogmatisierung beigetragen, daß sich die Texte der Gruppe selbst in extreme Gegen-Ausgrenzungen einigeln. Sie tragen selbst die Spuren dessen, was den als krank Definierten, den Anstaltsinsassen, angetan wird.

Die Sprache ist fürchterlich — sie wimmelt von krausen Wortspielen (da wird das kritisierte "Netzwerk" französisch mit "reseau" übersetzt, dies als "reso" ausgesprochen und auf solche Weise die Verbindung zur "Resozialisierung", dem Knast-Zuckerbrot, hergestellt) und geheimen Runen (da wird "G'sundheit" als "Xundheit" geschrieben, ein alter bayrischer Schmankerlscherz, das "X" steht dann für Geheimnis und Infragestellen und wird mit zwei Balken versehen auf den Weg zum Hakenkreuz geschickt, weil der Nationalsozialismus mit dem Gesundheitsfetisch ideologische Herrschaft ausgeübt hat). Sie wiederholt laufend die gleichen Anklagen, deren Sinn mit der Inflation der Worte dahinschmilzt, sie brüllt Kraftausdrücke, wo die Ansätze politisch-historischer Analysen lauter sprechen als ganze Arsenale von Schimpfwörtern. Sie überschlägt sich in einer Welterklärung von einem einzigen Angelpunkt aus: wenn dogmatische Parteiaufbauer früher alles aus dem Grundwiderspruch erklärten wie Juristen aus Paragraphen, so erklären sie alles unmittelbar aus dem neuen Grundwiderspruch zwischen Ärzteherrschaft und Prinzip Krankheit.

Die Gesundheitsideologie des Faschismus, in der die Juden als "Krankheit am Volkskörper" ausgemerzt wurden, wird dabei kurzschlüssig als Kennzeichen einer Ärzteherrschaft begriffen, und Kapital, Staats- und Militärapparate zappeln als Marionetten an ihren Fäden. Schließlich schweigt die Gruppe über ihren eigenen praktischen Erfahrungshintergrund und ihre Schwierigkeiten (wenn sie solche zugeben kann) im Alltag: der Alltag der Wieslocher Medikamentenverweigerer wird ebensowenig deutlich wie die Arbeit der Genoss(inn)en außerhalb der Anstalt. Selbstorganisation bleibt ein bloßes Schlagwort, wenn die Probleme mit Hierarchien, die sich bilden, nicht einmal erwähnt werden. Das Sektiererische in Sprache und Argumentation spiegelt die Isolation in den Anstalten wider, wo hinter allen Argumenten der Staats-Ärzte-Seite der potentielle Zwang steht, und hinter allen Gegenargumenten der Insassen die verbissenste Verweigerung. Die Genoss(inn)en außerhalb der Anstalten identifizieren sich vollständig mit den Erfahrungen der Eingesperrten, sehen sich selbst bständig als potentiell Eingesperrte. Experimenteller Umgang etwa mit Medikamenten, wie er außerhalb der Anstalten vielleicht noch möglich ist — wenn wir "locker mal 'ne Valium einwerfen" —, ist den Eingesperrten unmöglich: dort schluckst du alles oder nichts.

Sich klarzumachen, woher die Sprache kommt, nimmt von der Kritik an der "Patientenfront" nichts zurück. Aber vielleicht eröffnen sich dann die zentralen Fragen der Artikel leichter. Die radikale Kritik an ärztlich definierter Krankheit wird sich gegen den Dogmatismus ihrer Vertreter durchsetzen - hoffentlich auch bei den ID-Lesern.

Richard/ID



ENTSTÄDTERUNG UND WIRTSCHAFTS-SCHRUMPFUNG

– Drei Diskussionsbeiträge –

Drei Diskussionsschwerpunkte der letzten Zeit zeigen meiner Ansicht nach das Bedürfnis nach einer Neuorientierung der linken Bewegung: die Auseinandersetzung mit Murray Bookchins "ökologischem Anarchismus" anläßlich seines Besuchs im Januar, die durch Karl Heinz Roths Artikel über die Geschäftsführer der Alternativbewegung ausgelöste Debatte um Selbstverständnis und Perspektiven alternativer Projekte (vor allem im Pflasterstrand) und die Diskussion um die Gründung einer bundesweiten grünen Partei.
Gemeinsam ist diesen drei Diskussionsansätzen, daß ihnen bisher eine wichtige Dimension fehlt, die Frage nach den Schritten zu einer gesellschaftlichen Orientierung nämlich, die den Kreislauf zwischen Wirtschaftswachstum und Umweltzerstörung aufbrechen und dem lebensbedrohenden Wahnsinn der Wirtschaftsgesellschaft ein Ende machen kann.

Die folgenden drei Artikel sind Beiträge zu dieser notwendigen Diskussion. Im ersten Artikel "Entstädterung und Landreform" versucht Rädli zu begründen, warum die Kritik an der Umweltzerstörung auch eine praktisch folgenreiche Kritik der städtischen Lebensweise einschließen muß. Seine Forderung nach "Ent-Städterung" hat nach der Veröffentlichung im Blatt 163 in München einigen Wirbel gemacht, hauptsächlich deswegen, weil sein Beitrag als Aufforderung mißverstanden worden ist, die Stadt zu verlassen und aufs Land zu ziehen. Ein Teil der heftigen Reaktionen auf diesen Beitrag läßt sich verstehen, wenn wir uns klarmachen, daß die Linke – also wir – bis tief in die Knochen städtisch geprägt ist. Die heutige städtische Lebensweise wird noch immer eher als Möglichkeit ("Stadtluft macht frei") begriffen denn als organisierte Verantwortungslosigkeit. Daß Verstädterung und Ökonomisierung aller Lebensbereiche dasselbe sind und städtische Alternativprojekte dies reproduzieren, gar der Wirtschaftsgesellschaft neue Wachstumsbereiche erschließen, ist das Fatale.
In einem zweiten Beitrag(der bisher noch nicht im Blatt erschienen ist) räumt Rädli dieses Mißverständnis aus und deutet an, was Ent-Städterung für die Stadt heißt: das Entwickeln von kollektiven Selbstversorgungsstrukturen.
Weshalb "alternative ÖKONOMIE" kein Ausweg aus dieser Situation ist, versucht Klaus in dem dritten Beitrag zu zeigen. Die "alternative Ökonomie" der Alternativbewegung bezeichnet nämlich den blauäugigen Umgang mit dem Geld, dessen zerstörerische Wirkungen auf soziale Beziehungen und den Umgang mit der natürlichen Umwelt nicht mehr gesehen werden.
Beiträgen zur Ent-Ökonomisierung, Ent-Städterung und Wirtschaftsschrumpfung sehen wir mit Freuden entgegen.

Jürgen/ID

Entstädterung und Landreform

Eine Institution, die nur überlebt, weil sie funktioniert, kann von verantwortlichen Menschen keine Unterstützung beanspruchen. Funktionierende Institutionen und Apparate gibt es beileibe genug. Es ist absolut selbstzerstörerisch, wenn die linke Bewegung versucht, diese Garnitur zu ergänzen. Das 'Blatt' befindet sich seit einiger Zeit in Gefahr, dies zu tun.

Natürlich ist es einfacher , ein Projekt zu beginnen, als es zu beenden. Das ist allerdings keine Entschuldigung dafür, es nur mehr funktionieren zu lassen, weil Auflage und Absatz anscheinend nicht zu verwüsten sind. In dieser Situation gilt es meiner Meinung nach die folgende Alternative zu diskutieren: Entweder zuzugeben, daß die Institution ihren Sinn überlebt hat und sie aufzulösen, oder eine Neuorientierung zu finden.
Ich halte eine Neuorientierung für möglich und sinnvoll. Sie erfordert jedoch eine grundsätzliche Diskussion über das, was aus unserer Bewegung, deren Ausdruck das 'Blatt' noch immer teilweise ist, geworden ist, und wohin sie sich weiterentwickeln kann. Für mich ist das ganz wesentlich die Frage nach den persönlichen Schritten, die ich zu gehen versuche. Deshalb verstehe ich meinen Beitrag zu dieser Diskussion so, daß ich versuchen werde, diese meine persönlichen Schritte darzustellen und zu erklären suche, wie sie meiner Meinung nach in einem politischen Zusammenhang stehen.

Ich habe die letzten Jahre in München gelebt und mich hier in den Zusammenhängen bewegt, die durch das Lebascha, den Trampelpfad(Buchladen), den Trikont(Verlag) und das 'Blatt' gebildet wurden. Wichtige Aktionen, an denen ich teilgenommen habe, waren die Radl-Demo und der Alternative Jahrmarkt, die sich beide als Teil der Anti-AKW– und Ökologie-Bewegung verstanden. Wichtige Einsichten sind mir während der Diskussionen der sogenannten Stadtgruppe und durch die Teilnahme an einer Gruppe zuteil geworden, die die Lehren und Techni-



ken von Gurdjieff und Bennett studierte. In dieser Zeit ist mir der Entschluß gereift, die STadt zu verlassen , um auf dem Land eine Lebensweise zu versuchen, die ich als reale Alternative zum Bankrott dieser GEsellschaft sehe. Als nächsten Schritt in diese Richtung werde ich im nächsten Sommer zusammen mit Freunden auf einer Schweizer Alp Kühe hüten, melken und die Milch verkäsen. Längerfristig hoffe ich, daß wir einen Ort in unserem Sprachraum finden werden, um uns niederzulassen. Wir diskutieren dieses Projekt nicht als Rückzug, sondern als eine zukunftweisende, kulturelle Aufgabe, um mit dem zutiefst erkrankten Erbe dieser Gesellschaft weiterleben zu können. Uns bewegt die Hoffnung und Vision einer Lebensweise, die an mehr als eine Generation weitergegeben werden kann, was heute bekanntlich radikal in Frage gestellt ist.

Vor Jahren organisierten Genossen aus der damaligen "Arbeitersache" ein Krisenseminar in München. Anlaß war die Erdölkrise. Der Tenor der Diskussion an diesem Seminar war von der Einschätzung bestimmt: die Krise der wirtschaftlichen Entwicklung ist ein Ergebnis der Kämpfe um mehr Lohn und weniger Arbeit. Damit waren wir zufrieden. Nun gelte es, eine Strategie zu entwickeln, um diese Krise zu vertiefen und in diesem Kampf die Gegenmacht gegen die kapitalistische Entwicklung zu erweitern. Angelpunkte dieser Strategie sei der Widerstand in der Fabrik und die Behauptung eines subversiven Lebenszusammenhangs. Es ist vieles anders gekommen, als wir damals gedacht haben. Vor allem ragt die praktisch vollständige Lostrennung von Arbeiter- und Fabrikzusammenhängen heraus. Die meisten haben diese Lostrennung als Trauma der Ohnmacht erlebt.



Das, was aus unseren Lebenszusammenhängen geworden ist, wird seither als Alternativ-Bewegung bezeichnet. Ich fühle mich in dieser Bewegung zuhause. Aber ich leide daran, daß wir unsere Lebenspraxis nicht mehr auf das beziehen können, was an dem erwähnten "Krisenseminar" als Blockierung der Wirtschafts- und Staatsmacht bezeichnet wurde. Und ich bin nicht gewillt, in einem ohnmächtigen Zuhause unterzugehen.

Der Ausgangspunkt der Frage, wie wir unsere Lebenszusammenhänge entwickeln können, damit sie sich als realer Abbau von Wirtschaftsentwicklung und Staat herausstellen werden, hat sich durch zwei grundlegende Bewußtseinseinbrüche verändert: einmal durch die äußerst problematische Beziehung zwischen Frauen und Männern, die die Frauenbewegung unwiderbringlich ans Tageslicht gerückt hat. Und dann durch die ebenso problematische Beziehung zwischen Gesellschaft und Umwelt, die durch die Bewegung gegen die Atomkraftwerke thematisiert wurde. Beides hat meiner Meinung nach mit einer GEsellschaft zu tun, die durch und durch an Produktivität orientiert ist.

Es hat ziemlich lang gedauert, bis mir klar wurde, daß diese einmalige historische Krise vor allem damit zu tun hat, daß wir durch die ökonomischen Verhältnisse von der Erde losgetrennt wurden und daß Ökonomie im Wesentlichen ein Krieg der Gesellschaft gegen die Natur ist. Praktisch unser gesamtes Leben ist durch Geldzusammenhänge zerrissen und aufgesplittert: Lebensmittel, Wohnen, Erholung, Erziehung, Kindergarten, Altersheim, Medizin, Psychische Beratung, Reisen usw. Zu all dem haben wir nur noch Zugang, insoweit wir über Geld verfügen. Und das, was wir als Gegenwert für Geld erhalten, schädigt uns meistens mehr, als daß es uns hilft. Den Krieg gegen die Umwelt beenden heißt deshalb notwendigerweise die Ökonomisierung des Lebens zu überwinden. Dies wiederum scheint mir nur denkbar, insoweit wir wieder direkten, nicht durch Geld vermittelten Zugang zur Erde haben, da sie noch immer die Grundlage unserer Versorgung ist.

Damit werfe ich eine Frage auf, die für die meisten noch befremdlich ist, von der ich aber hoffe, daß sie in der nächsten Zeit aufgegriffen wird. In die Diskussion gebracht werden muß die Perspektive einer radikalen Landreform.

Diese Landreform hat keine historischen Vorläufer, weil auch eine praktisch vollständige Verstädterung, mit der wir heute leben, eine Neuheit in der menschlichen Geschichte ist. Die Forderung „Wir wollen Zugang zu Land, weil wir nur so auf eine menschliche Art und Weise leben können" muß, ob kurz oder lang, genau so wirksam gestellt werden, wie die Forderung „Wir wollen keine Atomkraftwerke".

Die Kehrseite dieser Forderung ist natürlich eine radikale Absage an die städtische Lebensweise. Damit hat besonders die Linke ein offensichtliches Problem, weil sie von der irrigen Ansicht befallen ist, eine Aufgabe der städtischen Lebensweise würde auch eine Absage an die Kultur mit sich bringen.

Betrachten wir Kultur als das, was menschliche Lebensweise ermöglicht und gestaltet, so ist wohl unbestritten, daß wir eine Kultur beerben, die uns vor allem Unheil bringt. Verantwortlich können wir mit dem Wissen, auf das diese Gesellschaft so stolz verweist, nurmehr umgehen, wenn wir es von Grund auf erneuern. Für mich heißt das, dieses Wissen auf eine Lebensweise zu beziehen, die verspricht, für weitere Generationen brauchbar zu sein. Ich will und werde die Fähigkeiten, die ich in einem städtischen Zusammenhang erworben habe, nicht verleugnen. Aber ich will sie dazu verwenden, die herrschende Gesellschaft auseinanderzubauen und eine neue Lebensweise und Kultur zu entwickeln, die in vielem eine diametral entgegengesetzte Orientierung besitzt. Und ich will vor allem aufhören, mit diesem Kulturbetrieb in meinem Fall als Buchhändler meinen Lebensunterhalt zu verdienen, was mir nur möglich scheint durch einen

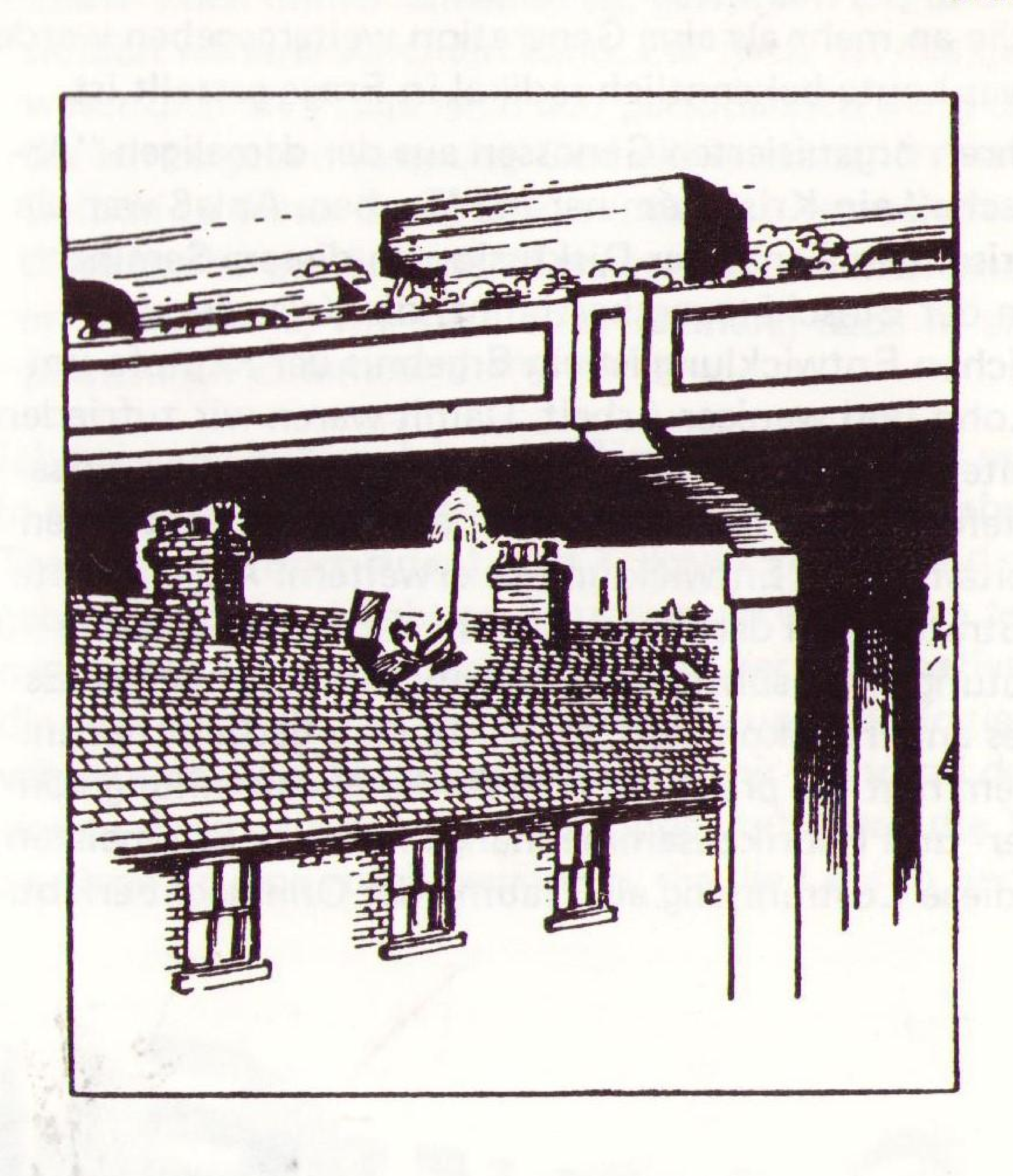
Zugang zum Land, auf dem ich zusammen mit anderen für unsere Existenz mitsorgen kann. Dies sowohl in Hinsicht auf Nahrungsmittel, Wohnung, Kleidung usw., aber auch in kultureller Hinsicht durch die Entwicklung von tragfähigen Bräuchen und durch Weitervermittlung von Wissen und Bewußtsein. Dabei bin ich überzeugt, daß wir auf vieles zurückgreifen können, was im Laufe der menschlichen Geschichte entstanden ist, soweit wir noch Zugang dazu haben. Und genau so vieles, was uns als die heutige Medizin, Technologie, Gesellschaftstheorie usw. begegnet, bedarf einer radikalen Erneuerung. Angesichts einer so gestellten kulturellen Aufgabe kann ich die Angst vor dem Kulturverlust nicht mehr verstehen. Andererseits werden wir bei einer Beibehaltung von Wirtschaftgesellschaft und städtischer Lebensweise praktisch sicher noch viel mehr verlieren als eine kranke Kultur.

Ich halte die Tatsache, daß die Linke traditionellerweise der städtischen Lebensweise verhaftet ist, als eines der größeren Probleme der gesamten Revolutionsgeschichte in diesem Jahrhundert. Ich will nur einige Beispiele von sozialen bzw. revolutionären Bewegungen erwähnen, die entweder direkt vom Land ausgingen oder vom Land stark unterstützt wurden, oder damit zu tun haben, daß Leute aus ländlichen Zusammenhängen herausgereissen wurden: die Machnobewegung in Rußland, die chinesische Revolution, die vietnamesischen Bauern, die Revolten der Süditaliener in Turins Autofabriken, die regionalistischen Bewegungen in Frankreich, die bäurischen Kernkraftwerksgegner in Whyl. Und in all diesen und vielen anderen Fällen hatten diese Bewegungen sehr schnell ein riesiges Problem mit der städtischen Linken, deren vorrangige Orientierung Fortschritt, Industrialisierung und städtische Kultur sind. So haben z.B. die iranischen Linksintellektuellen, die in europäischen Städten „kultiviert“ wurden, anscheinend wenig Vorstellungen, wie die in wenigen Jahren nach Teheran geschwemmten Menschenmassen zu einer Existenzgrundlage zurückfinden können. Es scheint mir keineswegs nebensächlich darüber zu reden, weil die äußerst dramatische Situation in der gesamten Dritten Welt natürlich viel mit der vorherrschenden Orientierung in den entwickelten Ländern zu tun hat. Und darum genau geht es mir, wenn ich von der Notwendigkeit einer Landreform und einer gesellschaftlichen Perspektive rede, die auf die heutigen Stadtgeschwüre weitgehend verzichten will.

Ein genauso wichtiger Grund, in eine solche Richtung zu suchen hat mit dem Verhältnis zwischen Frauen und Männern zu tun, aber auch mit dem Verhältnis zwischen den Generationen. Soweit ich verstehe, hat die Unterdrückung der Frauen wesentlich damit zu tun, daß der Haushalt vom übrigen gesellschaftlichen Leben getrennt ist und zur alleinigen Aufgabe der Frauen geworden ist. Dem Haushalt ist in dieser Gesellschaft die Rolle zugespielt, die Menschen zu Arbeitskräften abzurichten, was heißt, sie zu entmündigen und unterwerfungsfähig zu machen. Die Forderung nach einem Lohn für die Hausarbeit ist deshalb verständlich. Sie drückt einen grundlegenden Unterdrückungszusammenhang aus. Eine wirkliche Veränderung zwischen Haushalt und sozialem Leben kann ich mir allerdings nur vorstellen, wenn die Tätigkeiten im Haushalt in die gemeinschaftliche Selbstversorgung und Kultur integriert sind. In der Stadt sind dem grundsätzlich Grenzen gesetzt. Ich weiß nicht, ob ich einmal eigene Kinder haben werde. Unabhängig davon möchte ich mich auf Verhältnisse hin orientieren, in denen das Leben von Kindern und Erwachsenen nicht getrennt ist, genauso wie mir die Vorstellung ein Greuel ist, daß meine Eltern ihren Lebensabend in einem Altersheim verbringen müssen.

Ich erzähle das alles, weil ich davon überzeugt bin, daß die Schritte, die ich persönlich zusammen mit anderen zu gehen versuche, und die unabhängig davon schon von vielen anderen versucht werden, nur Zukunft haben, wenn sie in einem sozialen und politischen Zusammenhang stehen. Diese Schritte werden fast notwendigerweise mit einem Fiasko enden, wenn sie nicht von der gesamten, noch vorwiegend städtisch orientierten Linken mitgetragen werden. Die Schwierigkeiten heutiger Landkommunen begründen sich zu einem ganzen Teil darin, daß ihnen diese Unterstützung fehlt. Für eine Stadtzeitung wie das Blatt stellt sich deshalb die Frage, wie eine Stadtzeitung sich an der Perspektive der Entstädterung orientieren kann. Darüber weiß ich noch nicht viel. Wir werden darüber diskutieren müssen. Als vorrangig zu klärende Punkte erscheinen mir der Umgang mit staatlichen Geldern, wie vorhin mit der Erwähnung des Lohns für Hausarbeit angedeutet, und die Haltung zu den Grünen.

Rädli



Entstädterung : auch in der Stadt

Es war und ist nicht meine Absicht, andere aufzufordern, die Stadt zu verlassen und aufs Land zu ziehen. Mein Problem ist vielmehr, eine gesellschaftliche Perspektive zu diskutieren, die dem Wahnsinn der Wirtschaftsgesellschaft ein Ende bereitet.

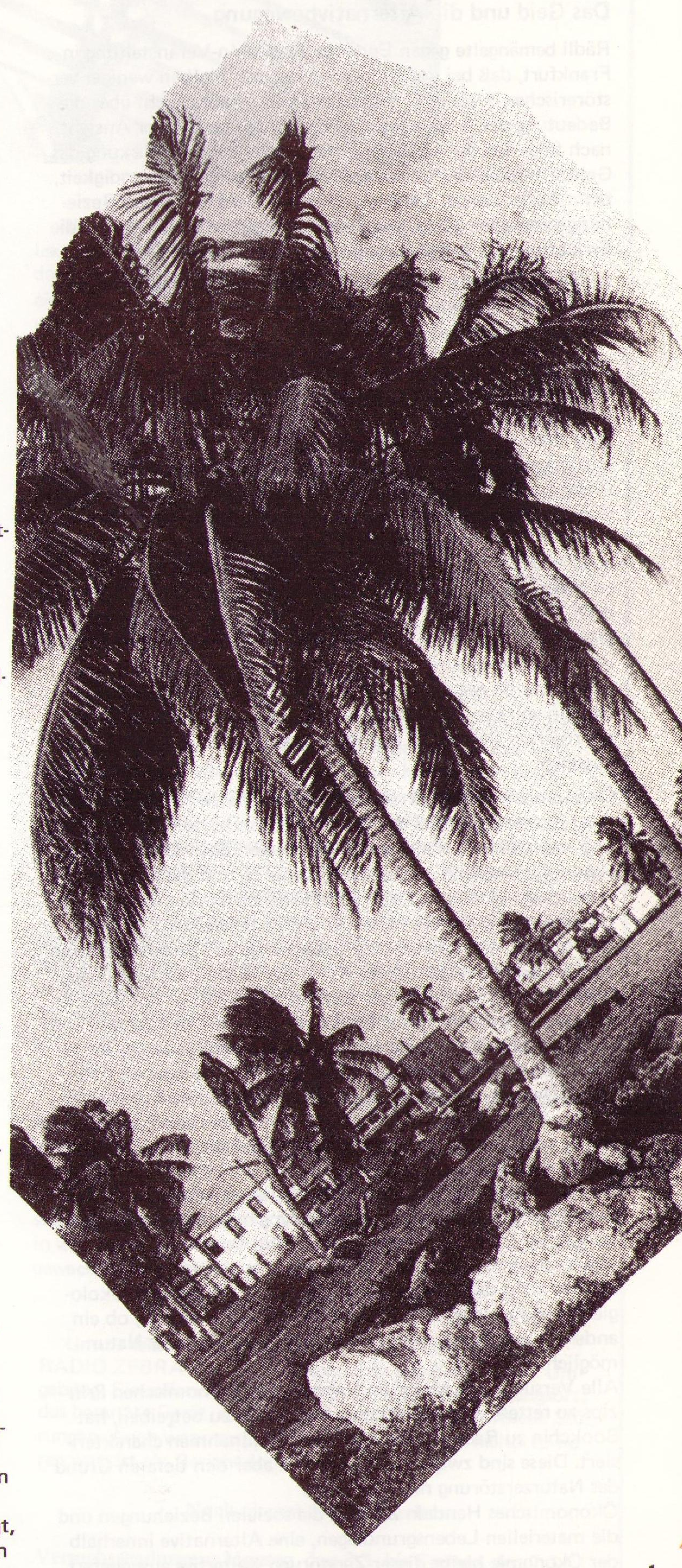
Ökonomisierung des Lebens und Verwandlung der Gesellschaft in eine Stadt sind zwei Seiten derselben Medaille. Dieser Zusammenhang hat sich als grandioses Zerstörungswerk an Mensch und Erde entpuppt. Doch es gibt erschreckend wenig überzeugende Vorstellungen darüber, wie das Wirtschaftswachstum nicht nur gestoppt, sondern in Wirtschaftsschrumpfung umgewandelt werden kann. Dagegen gibt es jede Menge an Überlegungen und Vorschläge darüber, wie der Umweltschutz als neue Wachstumsbranche mißbraucht werden kann. Und auch die Alternativbewegung ist in realer Gefahr , das Bruttosozialprodukt mit bisher nicht vermarkteten Bedürfnissen anzureichern. (Eine Studie in den USA hat den Markt mit dem „einfachen Lebensstil“ als den Wirtschaftszweig mit den zur Zeit größten Zuwachsraten analysiert.) Das Konzept „alternativer Ökonomie“ ist aus solcher Sicht nicht nur gefährlich, sondern falsch. Entweder Ökonomie oder Alternative. Beides zusammen ist genauer betrachtet nur eine Erweiterung der Wirtschaftsgesellschaft und der Beitrag der Linken zur Aufrechterhaltung von Geldverhältnissen.

Wenn uns die Suche nach einer neuen Lebensweise ernst ist, dann müssen wir uns darüber unterhalten, wie wir unsere Lebenszusammenhänge unter Verzicht auf ökonomische Mechanismen gestalten können. Wirtschaft oder Ökonomie ist im Westen wie im Osten die Orientierung an Produktivität (ob sie nun „sozial nützlich“ ist oder „kontraproduktiv“ im Sinne Illichs), an Leistung, am buchhalterischen Erfolg. In den Alter-

nativbetrieben herrscht einfach das Prinzip der Defizitvermeidung, was sich nicht wesentlich unterscheidet. Das müßten eigentlich alle wissen, die mit den heute üblichen Alternativprojekten (Läden, Zeitungen, Verlage, Handwerkerkollektive, Kneipen usw.) zu tun haben. Das Problem ist auch gar nicht so sehr, ob Profite privat oder kollektiv angeeignet werden, sondern die fortgesetzte Gefangennahme der Tätigkeiten in buchhalterische Prinzipien, Erfolgsbilanzierung bzw. Nicht-Verlust-Bilanzierung. Ob wir nun Nahrung anbauen, Wissen vermitteln, Kranke pflegen, töpfern oder was auch immer: sobald diese Tätigkeiten in einem wirtschaftlichen Zusammenhang stehen, beginnt ein Prinzip zu überwiegen, das mit der eigentlichen Angelegenheit nichts mehr zu tun hat. Das wissen Lehrer, die Zeugnisse ausstellen, genausogut wie Verleger, die ein Buch auf dem Markt verkaufen müssen, oder Handwerker die mit ihren Erzeugnissen ihr Einkommen verdienen müssen, anstatt sie zu verschenken. Diese Sachzwänge sind nichts anderes als die Gesetze der Wirtschaftsgesellschaft, psychisch ermöglicht durch die Arbeitsmoral. Genau diese Orientierung muß überwunden werden, wenn wir als Menschen untereinander, aber auch mit der Erde anders umgehen wollen.

Die verstädterte Lebensweise und Kultur ist Ausdruck der Wirtschaftsgesellschaft. Die Entwicklung des Buchhalter-Prinzips bedingt eine fortschreitende Zersplitterung des Lebens in Lohnarbeit, Wohnen und Haushalt, Erziehung, Freizeit, Kulturkonsum, Altersversorgung, Krankenpflege usw. Verstädterung bezeichnet die Herausbildung dieser Bereiche als ökonomisierte und institutionalisierte Elemente der Wirtschaftsgesellschaft. Das Bruttosozialprodukt, die Buchhaltung der Gesamtgesellschaft, wächst in dem Ausmaß wie die tägliche Versorgung nurmehr durch Geldzusammenhänge gesichert ist. Wirtschaftswachstum heißt, daß wir den Tisch kaufen, anstatt ihn selber zu zimmern, daß wir die Kinder im Kindergarten abgeben, anstatt sie selber zu hüten, daß wir das Brot kaufen, anstatt es selber zu backen, daß wir das Gemüse im Laden erstehen, anstatt es im Schrebergarten oder im Hinterhof selber anzubauen, daß wir zum Arzt gehen, anstatt uns unter Mithilfe von Heilkundigen selber zu heilen usw. usf. Wirtschaftswachstum heißt schließlich, daß wir für nichts mehr Zeit haben und selbst der Urlaub stressig wird. Entstädterung meint deshalb das Entwickeln von kollektiven Selbstversorgungsstrukturen auf dem Land wie in der Stadt, auf daß der Gegensatz aufhöre. Selbstversorgung in den Hausgemeinschaften, im Stadtteil, im Dorf und der Region, und zwar sowohl mit den materiellen Dingen des Alltagslebens wie mit Kultur. Sie zeilt ab auf viele Formen gegenseitiger Hilfe, die sich nicht durch einen buchhalterischen Erfolg als gesellschaftsfähig ausweisen müssen. Das mag die Selbstorganisation beim Kinderhüten sein, der gemeinsame Gebrauch von Handwerkzeugen wie von Instrumenten zum Verständnis unserer selbst in dieser Welt, die Hausrenovierung genauso wie das kostenlose Vorstadttheater.

Wie auch immer: in Rede steht ein realer Abbau der Mechanismen, die diese Gesellschaft bestimmen und die eine Kultur der Entpersönlichung, der Verantwortungslosigkeit, der Unverbindlichkeit und der Kompetenzlosigkeit geschaffen hat. Die verstädterte Gesellschaft ist in dem Maße gewachsen, wie sie den Menschen die Fähigkeit entrissen hat, ihre eigenen Angelegenheiten zu regeln, und dadurch den Zwang geschaffen hat, dieselben Angelegenheiten an unpersönliche Institutionen zu delegieren. Fachidioten sind heute beileibe nicht nur die Wissenschaftler. Fachidioten sind wir alle, was sich daran zeigt, daß uns selbst die banalsten Fähigkeiten abhanden gekommen sind, weil die Fabrik die Selbstversorgung ersetzt hat, der Fernseher das Gespräch und die Bücher den eigenständigen Gedanken. Und die Stadt, die Wirtschaft und staatlichen Institutionen werden in dem Ausmaße verschwinden, als wir sie durch zurückgenommene und aus diesen Strukturen befreite Zusammenhänge ersetzen. Eine menschliche Lebensweise und Kultur wird nur weiterbestehen im Befreiungsprozeß von der Zivilisation. Das ist die Aufgabe Entstädterung, nicht zu verwechseln mit Stadtflucht.



Rädli

Das Geld und die Alternativbewegung

Rädli bemängelte gegen Ende der Bookchin-Veranstaltung in Frankfurt, daß bei der Diskussion um den Aufbau weniger zerstörerischer, sozialer Organisationen überhaupt nicht über die Bedeutung des Geldes gesprochen worden sei. Seiner Ansicht nach folge aus der Erkenntnis der zerstörerischen Wirkung des Geldes in sozialen Beziehungen die eindeutige Notwendigkeit, beim Aufbau neuer Lebensformen das Geld aus diesen Beziehungen draußen zu halten. Eine Konsequenz daraus müßte die Errichtung von Selbstversorgungsstrukturen sein.

Dieser Gedanke ist in der Veranstaltung nicht mehr weiter diskutiert worden. Mir erscheint er wesentlich, deshalb will ich ihn hier aufnehmen.

Die westdeutsche linke Bewegung war sich der lebenszerstörenden Wirkung des Geldes bewußt und hat diesem Bewußtsein in ihren Handlungsorientierungen Rechnung getragen. Es galt zum einen, das Geld abzuschaffen und sich Lebens-Mittel direkt anzueignen – die Bezeichnung, die Schuldgefühle und (reale) Angst vor Strafe erwecken soll, ist ‚Diebstahl' –, zum anderen sich das Geld vom Staat vermittelt durch seine Institutionen Graduiertenförderung (Doktorandenfinanzierung) und Bafögamt, Arbeits- und Sozialamt, oder auch anderswoher schenken zu lassen, also einen ‚Lohn ohne Arbeit' = Soziallohn zu fordern.

Diese Tradition, diese sich der zerstörenden Wirkung des Geldes bewußte Haltung ist gegenwärtig in der Alternativbewegung verloren gegangen. Die ‚Alternativen' in Stadt und Land werden von der sie tragenden Bewegung als Bestandteile einer alternativen Ökonomie begriffen. Das ist hirnrissig und fatal zugleich.

Ökonomisches Handeln basiert auf der unsere Kultur prägenden Überzeugung, daß der Natur in einem harten , aufreibenden und mühevollen Lebenskampf die notwendigen Lebensmittel abgerungen werden müssen. Das ist der Grund dafür, daß ökonomisches Handeln auf den verschiedenen Stufen der Produktion bei vorgegebenem Material- und Arbeitseinsatz zu maximieren bzw. eine gewünschte Gütermenge mit einem Minimum an Aufwand zu produzieren. Kurz: das ökonomische Prinzip ist der Versuch, effizient zu handeln. Das Geld ist nun das historische Instrument, diese Effizienz gegenüber den Bauern und Arbeitern durchzusetzen. Der kapitalistische Betrieb in Industrie und Landwirtschaft gewährleistet ein Maximum an Effizienz. Deshalb werden in allen real-sozialistischen Ländern inclusive China, die ja weiterhin dem ökonomischen Prinzip verhaftet sind, zunehmend kapitalistische Betriebspraktiken wieder übernommen.

Meiner Ansicht nach weist nun Bookchin zentral darauf hin, daß über die kapitalistische Ausbeutung hinaus gerade das ökonomische Verhalten gegenüber der Natur unsere Lebensgrundlagen zunehmend zerstört. Wenn das aber stimmt, und ich zweifle nicht daran, dann ist die Aufgabe, die sich der Ökologiebewegung stellt, zu untersuchen und zu versuchen, ob ein anderes , also ein nicht-ökonomisches Verhalten zur Natur möglich ist.

Alle Versuche, die Natur im Rahmen des ökonomischen Prinzips zu retten, quasi alternative Ökonomie zu betreiben, hat Bookchin zu Recht als Umweltschutzmaßnahmen charakterisiert. Diese sind zwar wichtig, können aber den tieferen Grund der Naturzerstörung nicht erfassen.

Ökonomisches Handeln zerstört die sozialen Beziehungen und die materiellen Lebensgrundlagen, eine Alternative innerhalb der Ökonomie bleibt dieser Zerstörung weiterhin ausgeliefert. ‚Alternative Ökonomie' als zukunftsweisende Handlungsorientierung auszugeben, ist zerstörerisch.

Ich sage nicht, man solle die gegenwärtigen alternativen Projekte nicht machen. Man soll sie aber als das benennen und sich dessen bewußt sein, was sie sind: Projekte, in denen man Kompromisse mit den ökonomischen Zwängen und dem sie repräsentierenden Geld gemacht hat, um linke Literatur und Lebensmittel herzustellen und zu verkaufen, um sich gegenüber staatlichen Zwängen zur Wehr zu setzen, um außerhalb von Fabrik und Büro finanziell zu überleben.

Die Orientierung ‚Alternative Ökonomie' verwischt genau diesen Kompromißcharakter. Dadurch sind viele Projekte ohne Rück-Halt immer tiefer in die Geldzwänge reingezogen worden.

Für die Ökologiebewegung ist es ungeheuer wichtig, sich die anfangs beschriebene Tradition der linken Bewegung gegenüber dem Geld zu vergegenwärtigen und sie wieder aufzunehmen.

Es gilt Lebensbereiche zu schaffen, wo unabhängig von ökonomischen Notwendigkeiten neuartige Beziehungen zur Natur und damit auch zu den Mitmenschen ausprobiert und entwickelt werden können.

Der Aufbau von Selbstversorgungsstrukturen im Zusammenhang mit dem Landbau, dem Energie- und dem handwerklichen Bereich, dem Therapiebereich wird dabei einen sehr großen RAum einnehmen.

Auf dieser Basis könnte mensch dann überlegen, wie an Staatsgelder (z.B. auch Forschungsgelder) heranzukommen ist und wieweit Kompromisse gegenüber dem Zwang zum Geldverdienen gemacht werden müssen.

Klaus Keding

Kreis Lüchow wird Modell für Alternativ-Energien

LÜCHOW-DANNENBERG, 18. Februar (dpa). Der Landkreis Lüchow-Dannenberg, möglicher Standort von Atommüllagern, soll nach den Vorstellungen von Bundesforschungsminister Volker Hauff ein Modell für Energieforschung und alternative Energietechnik im ländlichen Bereich werden. Bei einem Besuch sagte Hauff am Wochenende in Lüchow, er sei daran interessiert, an diesem Brennpunkt der Diskussion um die Energiepolitik vor Ort nachzuweisen, daß die Bundesregierung ihre Prioritäten hinsichtlich der Energieersparnis und Erforschung alternativer Energien ernst nehme. Dem Bundesforschungsministerium liegen von Bürgern und Organisationen aus dem Kreis Lüchow-Dannenberg insgesamt sechs Vorschläge für Forschungsprojekte vor, deren Verwirklichung gegenwärtig im Ministerium geprüft wird. Es handelt sich um eine Gemeinschaftsbiogasanlage, die Strom und Wärme aus landwirtschaftlichen Abfällen erzeugen soll, um eine Anlage zur Herstellung von Äthanol, einem Alkoholkraftstoff aus Rüben oder Mais, sowie um Fragen der Nutzung minderwertigen Holzes. Vorgesehen ist auch eine modellhafte Untersuchung über die optimale Energieversorgung eines Dorfes sowie über Energiealternativeinsatz in Glasgärtnereien und einer Kartoffeltrocknerei, die wegen der Heizölverteuerung an den Rand der Unwirtschaftlichkeit gedrängt wurde. Hauff betonte, es gehe bei den Vorstellungen seines Ministeriums nicht um ein Kompensationsgeschäft für die geplanten atomtechnischen Anlagen bei Gorleben.



RADIO ZEBRA meldet sich

Bremen, 25.2.80
"Liebe Freunde,
nun endlich ist es soweit! Nächste Woche geht es los. Nach langen Schwierigekiten haben wir es geschafft. Was war geschehen?

Alle Mitglieder des Radio-Kollektiv waren vollständig Laien auf dem Gebiet der Hochfrequenztechnik. Wir hielten uns an die Bauanleitungen aus der "Autonomie" und des Berliner Piratensenders. Diese Bauanleitungen vermittelten uns den Eindruck: man nehme ... setze dies alles in der richtigen Reihenfolge zusammen und schon funktioniert es. Doch dem war nicht so! Wir mußten unsere Grenzen erkennen und können heute sagen: Leute, ohne Vorkenntnisse ist ein Radio nicht nachzubauen, und man muß auf Rückschläge gefaßt sein. Als wir im letzten Sommer unser Flugblatt herausgaben (abgedruckt im ID Nr. 292), überschätzten wir unsere Möglichkeiten. Wir bleiben dabei, wie angekündigt vorerst nur alle 14 Tage eine viertel Stunde zu senden. Versteht dies als Versuch, als Übung mit einem neuen Medium. Wir wissen auch, daß dies lange nicht ausreicht und kaum Kontinuität vermittelt. Aber wir haben einmal den Mund zu voll genommen, das soll uns eine Warnung sein. Falls alles klappt, wir genug Übung haben, die Unterstützung groß genug ist und uns die Technik keinen Streich spielt, werden wir öfter senden.

Nun zum Betrieb: unsere geheimen Probesendungen sind besser gelaufen, als wir gehofft hatten. Soweit wir feststellen konnten, erreichen wir mit jeder unserer Antennen den gesamten Stadtbereich. Teilweise können uns selbst die umliegenden Dörfer hören. Berücksichtigt diese bei der Öffentlichkeitsarbeit. Die Qualität ist jedoch sehr unterschiedlich und richtet sich auch nach der Qualität eurer Antennen. Am besten empfangt ihr uns mit einer Antenne auf dem Dach – mindestens solltet ihr eine Zimmerantenne haben. Wir werden zu hören sein zwischen 103 und 104 MHz auf UKW. Auch dies wird von Gerät zu Gerät unterschiedlich sein. Ihr müßt euch halt rechtzeitig einschalten und etwas drehen am Sendeknopf.



Wie soll es weitergehen?

Wegen der strafrechtlichen Verfolgung muß das Radio-Kollektiv, welches die Sendungen technisch möglich macht, verdeckt arbeiten und darf nicht bekannt werden. Das Herstellen einer Sendung jedoch ist nicht strafbar! Wir schlagen deshalb vor, einen "Freundeskreis Radio Zebra" zu gründen. Dieser Freundeskreis sollte die Sendungen produzieren. In dieser Gruppe könnte jeder Interessierte mitarbeiten. Gleichwohl können auch Sendungen von anderen Gruppen und Einzelpersonen hergestellt werden. Damit erfüllt sich ein Stück unserer Vorstellung, ein Radio für alle zu machen.

Zum Schluß noch eine Bitte: Wir haben durch den Bau des Senders sehr hohe Kosten gehabt. Wenn ihr das Radio finanell unterstützen wollt, dann schickt uns Spenden in jeder Höhe. Das war's erstmal. Am kommenden Montag dann über 104 MHz auf UKW mehr von uns. Die kommende Woche werden wir täglich eine Kostprobe von 5 Minuten senden. **Die erste reguläre Sendung ist dann am Mittwoch, den 19.3.1980 um 18.45 Uhr."**

Alle 14 Tage

Wir werden vorerst nur alle 14 Tage etwa eine Viertelstunde senden, weil wir verhindern wollen, daß uns Polizei und Bundespost ausfindig machen, denn wir haben noch keine praktischen Erfahrungen, wie schnell die Behörden arbeiten.

Wir wollen später mindestens einmal die Woche senden. Das ist jedoch abhängig davon, wie gut alle mitarbeiten. Wenn genug Material vorhanden ist, stellen wir auf wöchentliche Sendungen um. Nur, alleine werden wir das nicht schaffen.

Eine Sendung soll aus Musik, Nachrichten, Kommentaren, Veranstaltungshinweisen usw. bestehen sowie einem Schwerpunkt aus euren Bereichen. Dieses Tehma soll von euch auf eine Tonbandcassette bespielt werden, nicht länger als 8 Minuten sein und an die Kontaktadresse geschickt werden.

Wie jeder mitmachen kann

Dieser Sender wird nur ein wirklicher "Sender von unten" sein können, wenn er von den Hörern benutzt wird. Das heißt, wenn Sendungen zu allen möglichen Fragen von vielen gemacht werden. Nicht das perfekte Radio ist unser Ziel, als Konkurrenz zum bestehenden Rundfunk, sondern das selbständige, von Betroffenen für Betroffene gemachte Radio, in dem jeder so sprechen kann und soll, wie ihm der Schnabel gewachsen ist.

Am Radio drehen und schreiben

Um zu wissen, wo und wie gut es gehört wird, bittet RADIO ZEBRA um Empfangsberichte aus Bremen und Umgebung. Sie sollen Angaben enthalten über den Empfangsort, das benutzte Gerät, die Empfangsqualität und eventuelle Störungen. Auch wenn auf 104 MHz zur Sendezeit nichts zu hören war, ist ein Bericht (mit Adresse) wichtig.

Noch einmal die Sendezeiten:

Versuchssendungen: Montag, den 3.3. bis Freitag, den 7.3. um 18 Uhr 45 bis 50.
Ab Mittwoch, den 19.3. von 18 Uhr 45 bis 19 Uhr alle 14 Tage.
——— Ende der Information für die Bremer ID-Leser ———
Kontaktadresse: BBA-Laden (Bremer Bürgerinitiativen und Atomkraftgegner) Ostertorsteinweg 43, 2800 Bremen.

SCHORNDORFER BAHNHOFSKNEIPEN :

"ich hab 'ne rotzbremse —

Drei Wochen habe ich mich in einer der beiden Schorndorfer Bahnhofskneipen aufgehalten. Ergebnis davon sind die folgenden Notizen. Sie sind relativ aktuell (November 79) und sie sind subjektiv. Subjektiv, weil es eben Tagebuchnotizen sind und somit nicht den Kriterien einer wissenschaftlichen Untersuchung genügen. Bahnhofskneipen sind kein Milieu von Intelektuellen, sondern das Milieu vom „letzten Dreck" unserer Gesellschaft.

(. . .) Subjektiv sind die Notizen aber vor allem, weil es mir unmöglich war, dieses Milieu teilnahmslos zu beschreiben. Zum besseren Verständnis habe ich das Aufgeschriebene nachträglich teilweise gekürzt und ergänzt. Sie sind chronologisch geordnet, die Namen wurden geändert.



Hitchcock mit Frau und Tochter beim Kneipenbesuch (1936)

Montag

Peter: Etwa 40, groß, kräftig, Bauarbeiter. Er kam total betrunken, konnte kaum laufen, ohne umzufallen. Leer gaffender Blick, das Gesicht hing einfach so herunter, er hatte es nicht unter Kontrolle. Heute war Schlecht-Wetter, er wollte noch ein paar Bier trinken. Seine beiden Söhne waren dabei. Beide 14 oder 15, beide dick, bekommen vom Vater Cola bezahlt. Sie waren sehr artig, fast zu artig. Die Angst vor ihrem Vater war deutlich zu spüren.

Die anderen Gäste: Bauarbeiter („Was soll ich denn allein daheim bei Schlecht--Wetter, wenns doch schon um 5 dunkel wird. Immer den Fernseher anmachen und reinglotzen — is doch langweilig.") Renter, VFB-Fans.

Herr Krüpp verpaßte einen Bus nach dem anderen („Den nächsten nehm' ich aber"), bis er voll war („Bis dahin: Noch ein Bier, Fräulein!")

Einer hatte Krach mit seiner Frau daheim: „Aber ich sag nichts: wenns anfängt, nehme ich meinen Mantel und geh.' Wenn ich bleiben würd', käms nur zu Geschrei." Nach ein paar Bier: „So,jetzt geh ich mal heim. Mal sehn, was meine Frau macht. Wenn 'se wieder anfängt, zieh ich meinen Mantel erst gar nicht aus und komm gleich wieder."

Dienstag

Morgens und nachmittags nicht viel los. Teilweise sogar Schweigen in der Kneipe. Ab 16 h strömts, die Jobber kommen. Wieder dieselben Gesichter. Sie nennen sich beim Namen, kennen sich zum Teil gut.

Drei Betrunkene diskutieren an der Theke über Strauß: „A Bayer war in der Geschichte noch nie an der Macht und deshalb wird der Strauß auch nich Kanzler werden." — „Und wer den Strauß wählt, is doch arschblöd. . ." —

Themenwechsel: Anrede von ‚Weibern': Fräulein oder Frau? Gleich werden die merkwürdigsten Geschichten erzählt, z.B. von einer Frau, die sich auf ihr Grabmal meißeln ließ: „Als Jungfrau bin ich geboren, als Jungfrau hab ich gelebt, als Jungfrau bin ich gestorben." Lautes Gelächter.

Freitag

Judith kennengelernt. Sie ist täglich da, macht die Männer an, haut sie um einen Kaffee oder sonst was an. Judith ist sehr freundlich, sie strahlt Ruhe aus. Und: Sie wehrt sich. Wenn ihr jemand dumm kommt, fegt sie ihn runter. Die anderen lachen immer über sie, offen und hintenrum. Bei den Männern heißt sie „Germesine, die Schnelle".

Morgens sind Penner da, total verdreckt, frierend haben sie ihren ersten Schnaps runtergezogen.

Typ von der Nachtschicht war den ganzen Morgen bis Nachmittags in der Kneipe und hat sich durchgesoffen. („Was soll ich jetzt schon daheim? Da steh' ich nur im Weg und fünf Stunden Schlaf genügen mir.") Wurde dann noch von einem Jugoslawen eingeladen, der hier gearbeitet hatte und am gleichen Tag nach Jugoslawien zurückfahren wollte. Er war ein großer Angeber: Hatte sein ganzes Geld dabei, zeigte es überall rum und tat, als wäre es nichts für ihn. Für sich zählte er heute wegen dem Geld zu den „Besseren", gegenüber der Bedienung war er übertrieben höflich und weltmännisch. Ergebnis von ein paar Jahren Leben in der BRD als Ausländer.

Den Nachtschicht-Typ hat inzwischen der Frust gepackt („alles Scheiße"), er hing trübsinnig an der Theke. Robert ist wie Judith täglich da. Er ist einer der wenigen jungen Besucher, ca. 25, steht oft 5 Stunden an der Theke, spricht kaum ein Wort, trinkt ein Glas nach dem anderen. Die einzigen Regungen kommen beim Bild-Zeitungslesen von ihm. Nachmittags Diskussion an der Theke über DDR-Auswanderer: Vergleich von Hübner und Biermann: „Daß der Hübner gleich 'nen Orden bekommt, nee — da bin ich nich dafür. Mut hat er ja schon gehabt, sowas zu machen. Sonst seh' ichs ja auch ein bei ihm, wenn er unterstützt wird. Aber der Biermann, der hat ja massig Kohle bekommen. Bei so einem seh'

du hast ńe kotzbremse."

ichs nich ein. Wer von uns kriegt denn 'ne mietfreie Wohnung?" . . .

Dienstag

Heute gabs ein großes Saufgelage. Es fing nachmittags ca. um 2 an. Beteiligt waren Ebse (ehemaliger Leistungssportler), ein paar Freunde von ihm und sogen. „Nutten". Sie tranken einen Gespritzten nach dem anderen, abends waren sie dann zu wie die Ratten, aber immer noch lebhaft. Ebse spendierte eine Flasche Sekt (Sekt wird in solchen Kneipen fast nie getrunken), die Frauen fingen an, laut zu kichern. Es wurde überhaupt alles lauter: Jubel, Trubel, Heiterkeit. Dann fing ein Streit an. Wegen der Lautstärke war es nicht klar, worum es überhaupt ging. Jedenfalls brüllte Ebse auf einmal durchs ganze Lokal: „Ich geh jetzt ins Bett — udn weißt du was?: Ich wichs mir selber einen ab!!" Die „Nutten" versuchten ihn zu beschwichtigen und überredeten ihn, noch dazubleiben.

An der Theke wurde der neueste Witz vom Schah erzählt. „Haste schon gehört?: Den Schah ham se umgelegt!" — „Ehrlich? Wann denn, wie denn?!" — „Heut' isses im Radio gekommen: Von seinem jetzigen Zimmer in das nebenan." — Alles lacht.

Samstag

Gleich morgens Hochbetrieb. Die ersten kamen, um ihren Alkohol zu sich zu nehmen. Ein paar Gäste tranken zügig ihre Halbe und verschwanden dann wieder, andere blieben den ganzen Vormittag in der Kneipe und tranken ihre 3-5 Halbe. Im Laufe des Vormittags kamen immer mehr, denen der Samstagstrubel in der Stadt zu viel wurde („Meine Frau kauft grad' ein"). An der Theke füllten sich einige beim Würfeln ab, spendierten sich gengenseitig eine Runde nach der anderen.

Einer kam rein, wankte stark,Gleichgewichtsstörungen, betrunken, lallte die Bedienung hinter der Theke an: „Ich hab kein Geld mehr. Könn'n Se mir ein Glas Bier und 1,20 DM für den Bus borgen? Ich kann sonst ńich mal mehr heim." Er hat schon zuviel angeschrieben, wird rausgeworfen („Wir sind kein Wohltätigkeitsverein!"), Er war nicht mehr fähig, überhaupt noch was zu erwidern und torkelte raus.

Dienstag

Herr Krüpp kam heute mittag total besoffen an. Ein ‚Freund' hat ihn gleich ausgenommen (2 Klare, 2 teure Zigarren — eine für sich, eine für Krüpp). Krüpp stand schwankend an der Theke, wollte einen Busfahrplan, blätterte drin rum. „14.45 Uhr fährt er, der is schon raus." (Blick auf die Uhr: es ist 13.45 Uhr). Deprimiert stand Krüpp an der Theke und erzählte, daß seine drei Kinder alle nacheinander im Dezember Geburtstag, außerdem er selber Silberhochzeit hätte. „Ich muß zur Bank, ich schaffs nich mehr, muß einen Kredit aufnehmen. Aber in mei'm Zustand kann ich da nich hin". — Nach ein paar weiteren Schnaps ging er, sein neuer Fotoapparat fiel ihm dabei runter, die anderen lachten. — Ebse kam, brachte zwei Schwarze mit, radebrechte mit ihnen auf Englisch. Er lud sie zum Trinken ein und freute sich, daß er wieder mit jemandem Englisch sprechen konnte. Für die beiden wurde es immer peinlicher, als schließlich Ebse und ein paar andere anfingen, deutsche Volkslieder zu singen. Sie wollten gehen. Ebse: „Aber ihr! Daß ihr mir nich werdet wie der Amin! Den kann ich gar nich leiden!" Zeche: 38,- DM.

Kollegen von Ebse kamen, hatten alle Schlecht-Wetter. Draußen regnete es in Strömen. Sie soffen sich durch bis zum Abend, diskutierten über Strauß. Ebse klopfte seinem Kollegen auf die Schulter und gröhlte: „Du wirst mir auch noch mal ein Roter, schwarzes Aas! Was kein Roter is, is kein richtiger Arbeiter!" (ironisch). Alle lachen.

Abends: Frau und Mann kamen rein. Die Frau hatte zwei blaugeschlagene Augen, man erkannte sofort, daß sie 'ne „Hure" war, etwa 40 rum. Der Mann war etwa 30, strahlte übers ganze Gesicht. Frau ging sofort in die hinterste Ecke der Kneipe. Der Mann wurde gleich angemacht: „Wo hastn die Alte her? Haste nichts Besseres mehr gefunden?" Als die Frau an die Theke kam, um Bier zu holen, starrten sie alle an, neugierig, überlegen. Sie ließ sich keine Unsicherheit anmerken, war sehr freundlich und höflich zur Bedienung und füllte sich bis zum Abend ab.

Typ an der Theke verkündete gröhlend, daß alle Leute für ihn ‚Fritz' hiessen. Er brüllte die Bedienung an: „He Fritz!" (Sie ignorierte ihn, er gab nicht auf:) „Fritz! Fritz! Fritz. . . " Er wollte noch ein Bier, sie mußte bei dem Geschrei schließlich nachgeben, tat es unwillig und entnervt.

Dienstag

Gespräch mit Judith: „Ich such 'ne Freundin." — „Haste keine?" — Nee, kein Freund, keine Freundin, kein gar nichts. — Ich such jemand, der mir hilft, meine Wohnung aufzuräumen. Ich komm nich mehr durch." — seufzt — „Es ist alles beschissen, findste nich? — Ich bin ganz allein. Ich hab niemand. Das ist auch schwer, so in den Kneipen jemand zu finden. Da gibt's nur Männer, und die komm'n nich über ihr Bierglas rüber. Frauen triffste da kaum. Na, is ja auch der Abschaum von allem. — Aber glaubste, ich hab in Stuttgart einen kennengelernt, der hat 2 Häuser. Der is ja sowas von blöd. Da sind mir die aus der Bahnhofskneipe doch lieber."

Soweit die Notizen. Sie erfassen bei weitem nicht das ganze Spektrum der beiden Schorndorfer Bahnhofskneipen. Um mehr mitzubekommen, kann ich nur empfehlen, selbst hinzugehen.

Bierbäuche, aufgedunsene oder ganz abgezehrte, faltige Gesichter, abgeschlaffte, zittrige Hände, harte Hände mit dicken Hornhautschichten stehen für die soziale Schicht und die wesentlichste Gemeinsamkeit der meisten Kneipenbesucher: sie sind Arbeiter, und sie sind süchtig, alkoholabhängig, also: krank; ein Ausbund von Ausweglosigkeit aus dem monotonen Tagaus-Tagein des Arbeitens, im Grunde ein Ausbund menschlicher Verzweifelung. Und es betrifft nicht nur die jeweiligen Alkoholiker: Was sich in ihren Familien abspielt, sind oft Tragödien, die unweigerlich ihre Spuren bei den Frauen und Kindern hinterlassen.

Zusammenhänge mit der Wohnsituation in Schorndorf seien hier nur angedeutet: Klein-Korea (Gebiet bei der Stuttgarter Str.), Klein-Chicago (Erlensiedlung) und Wiesenstr. beherbergen bestimmt 100 Alkoholiker.

„Gleiches zu Gleichem" — dieses Prinzip trifft sowohl auf die zuvorgenannten Wohnsiedlungen als auch auf die Stammgäste der Bahnhofskneipen und anderer Schorndorfer Lokale zu. Und die Betroffenen erfahren die Verachtung der sogen. „anständigen" Bürger, wenn diese sich mehr oder weniger angewidert von ihnen abwenden. Sie sind sich ihrer ansehensmäßigen Nichtigkeit bewußt.

K.M./s'Schorndorfer Blättle

winterliches italien

Mailand/Rom Februar'80 *Die italienische "Autonomia"–Bewegung ist seit den Verhaftungen von Toni Negri und anderen "Leadern" der Autonomen am 7.April letzten Jahres aus der Defensive nicht mehr herausgekommen. Am 21. Dezember 79 wurden aufgrund der Aussagen Carlo Fioronis noch einmal an die 100 Genoss/inn/en aus der Autonomia verhaftet.*
Der folgende Artikel verfolgt die politische Diskussion über die Guerillabewegung in Italien – ausgehend von den Äußerungen Fioronis und den Antworten Negris und Pipernos. Es geht dabei weniger um kriminalistische Wahrheiten als um politische Einschätzungen, die allerdings Rückschlüsse auf die Glaubwürdigkeit eines Fioroni zulassen. Die Debatte (mit Beiträgen von Negri, Piperno, Scalzone u.a.) wurde in der Tageszeitung Lotta Continua veröffentlicht und von uns zusammengestellt.
Im letzten Teil geht der Artikel auf die politische Situation in Italien nach den jüngsten Attentaten der Guerilla ein.



"Demokratie ist das Gewehr auf den Schultern der Arbeiter." Potere Operaio

Die Aussagen Carlos Fioronis, eines engen Freundes von Toni Negri, (vgl. ID Nr. 318) haben weitere Konsequenzen nach sich gezogen: es gab im Januar neue Verhaftungen innerhalb der Autonomie; die von Fioroni Belasteten - u. a. Negri und Piperno - haben sich zu Wort gemeldet; die Guerillagruppen fühlen sich durch die neuen Repressionsgesetze und die politische Koalition hierbei zwischen Christdemokraten und Kommunisten bestätigt: sie schießen weiter; im Rahmen der Verhaftungen und Hausdurchsuchungen wurde Ende Januar Radio Onda Rossa, der freie Radiosender der Autonomia in Rom, durchsucht, geschlossen und einzelne Mitglieder verhaftet; sie werden der Mitgliedschaft zu einer kriminellen Vereinigung und verschiedener Meinungsdelikte (z.B. Staatsverleumdung verdächtigt. Ebenso erging es Radio Proletaria, einem römischen Sender, der aus Solidarität mit Radio Onda Rossa diesem täglich eine Zeitlang das eigene Radio zur Verfügung stellte.
Carlo Fioroni ist nicht der einzige geblieben, der konkrete Aussagen macht und Namen nennt. Ihm haben sich weitere, u.a. als Mitglieder der Roten Brigaden gesuchte Leute angeschlossen, wie Carlo Casirati und Mario Borromeo. Sie bestätigen insgesamt die Dinge , die Fioroni ausgesagt hat, z. B. reden auch sie von Treffen zwischen Toni Negri und Renato Curcio von den Roten Brigaden. Aufgrund ihrer Aussagen gab es Ende Januar wieder neue Verhaftungen.

Die Aussagen Carlo Fioronis

In der Zeitung Lotta Continua vom 8. Januar 80 wurden Auszüge aus den Bekenntnissen Fioronis veröffentlicht. Wir geben Teile davon wieder, um einen Eindruck davon zu geben, wie weitgespannt seine Aussagen sind: sie geben nicht nur Einzelheiten von Waffenkäufen und -transporten wieder, oder von bestimmten militanten Demonstrationen, bei denen der Ordnungsdienst der ehemaligen linksradikalen Gruppe Potere Operaio die Aufgabe hatte, Putz anzuzetteln und Auseinandersetzungen mit den Bullen zu suchen (Dinge, die sowieso jeder wußte, der es wollte), sondern sie sind zugleich die Interpretation Fioronis der gesamten Geschichte der italienischen Guerillagruppen im Zeitraum von 1971 bis 1975.

Für Fioroni gab es eine zusammenhängende politische und organisatorische Struktur zwischen den einzelnen Guerillagruppen, also zwischen einem angeblich bewaffneten Arm von Potere Operaio, der sich unterschiedliche Namen gegeben haben soll, zu den Roten Brigaden, von geheimen Gruppen der Autonomia Organizzata zu der Gruppe Prima Linea, zu den NAP (Bewaffnete Proletarische Kerne) aus Neapel. Fioroni: " Ich rede die ganze Zeit nur davon, daß Bezeichnungen ersetzt wurden und nicht Organisationen, es handelte sich immer um dieselbe organisatorische Struktur, die aus Kernen und Teilbereichen besteht, die homogene Taktiken und Strategien verfolgten und zum größten Teil sich immer aus denselben Personen zusammensetzten." Mit anderen Worten: eine einzige kriminelle Vereinigung.

Fioronis Erzählung beginnt im Jahr 1971 mit dem Kongreß von Potere Operaio in Rom. Potere Operaio und die Roten Brigaden hätten damals schon zusammengearbeitet, z.B. seien bei diesem Kongreß zwei Mitglieder der Roten Brigaden anwesend gewesen. Fioroni nennt dann einzelne

Namen von Leuten, die für den Schutz der Brigadisten verantwortlich gewesen sein sollen. Von einer kleinen Gruppe von Potere Operaio-Leuten sei bei diesem Kongreß die Bildung einer klandestinen Organisation, einem bewaffneten Arm von Potere Operaio, beschlossen worden. Die Lavoro Illegale (Illegale Arbeit) habe parallel zu Potere Operaio bestanden. Nationaler Verantwortlicher auf politischer Ebene sei Piperno gewesen, auf militärischer Ebene Morucci; die entsprechenden Funktionen in Mailand habe Vesce und Fioroni gehabt (inzwischen alle verhaftet).

Fioroni erzählt dann im Einzelnen, daß er in dieser Funktion Waffenkäufe in Liechtenstein getätigt und bei Grenzübertritten, z.B. dem Feltrinelli, geholfen habe. Toni Negri habe Fioroni Ende ,'71 damit beauftragt, in Mailand eine Wohnung zu mieten, um dort Molotow Cocktails zu deponieren. Daraufhin habe er eine Wohnung in der Via Galilei gemietet, die aber aufgeflogen sei. Die Bezeichnung Lavoro Illegale sei danach nicht mehr gebraucht worden. Unmittelbar darauf sei die FARO (Fronte Armato Rivoluzionario Operaio) gegründet worden, sie sei direkt von Piperno kontrolliert worden. Fioroni sei Mitglied geworden. Die FARO hat, so Fioroni, kurz darauf eine Polizeikaserne angegriffen; er sei darüber von Piperno informiert worden.

Nach dem Tod von Feltrinelli (der neben seiner Verlegertätigkeit die GAP, die Gruppi Armati Proletari, aufgebaut hatte) wurde Fioroni verhaftet, Richter Bevere ließ ihn nach einem Telefongespräch mit Mailänder Kripochef Allegra frei. Fioroni zeigt sich heute noch über das freundliche Verhalten von Richter Bevere erstaunt. Er flieht daraufhin in die Schweiz.

Bei einem Besuch von Negri, erzählt Fioroni weiter, habe dieser ihm eröffnet, er habe eine neue Guerillaorganisation gegründet, deren Chef er selbst sei: Centro Nord. Das gesamte Kollektiv "Rosso", eine Zeitschrift der Autonomia, bei der Negri mitarbeitete, sei der neuen Organisation beigetreten.

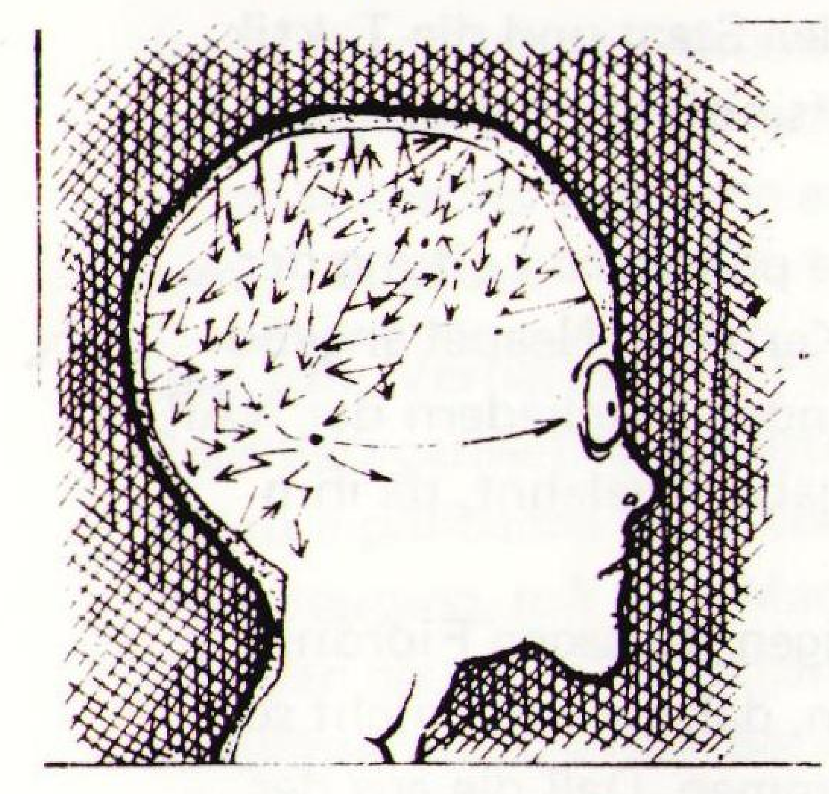
Nach dem Putsch in Chile beschloß die Centro Nord - immer nach den Aussagen Fioronis-, ein Attentat auf ein Lager der multinationalen Face-Standard zu machen. An der entscheidenden Sitzung sei u.a. auch Negri anwesend gewesen. von ihm sei der Vorschlag für die Aktion gekommen. Das Attentat richtete Millionenschäden an. Außerdem habe Centro Nord auch einige andere Überfälle zur Geldbeschaffung beschlossen und unternommen. Die Bezeichnung Centro Nord sei dann bald verschwunden, es habe für die von Negri geleitete Guerillagruppe keine besondere Bezeichnung mehr gegeben, "es hieß nur die 'Organisation' ".

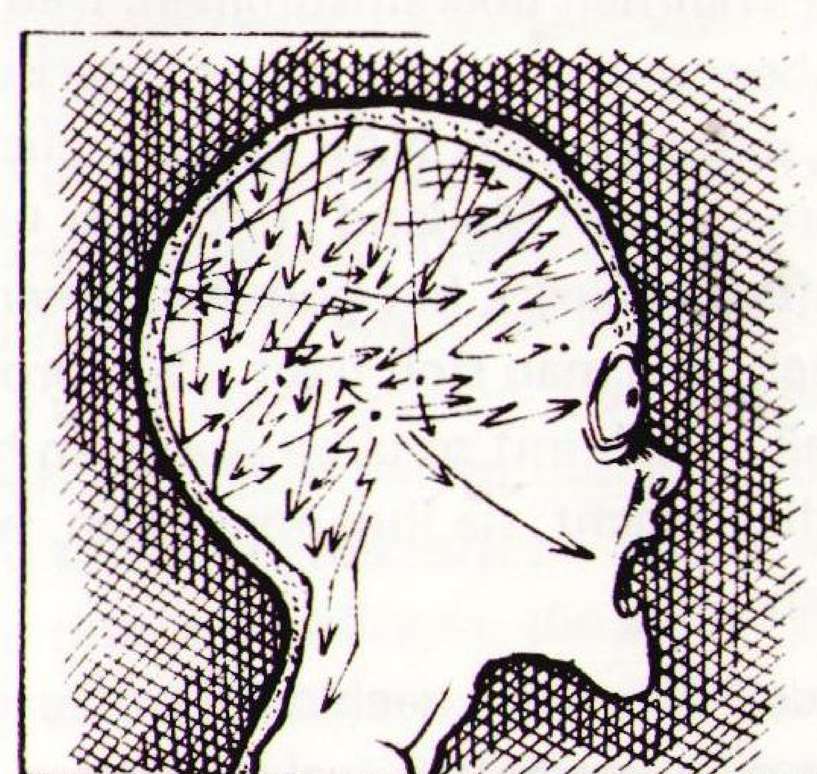
Die "Organisation" habe immer wieder Kontakt zu den Roten Brigaden gehabt, Negri und Curcio (Rote Brigaden) hätten sich schonim Winter 72/73 getroffen; " es waren Verbindungen auf höchster Ebene, die den normalen Mitgliedern der Organisationen entgehen konnten." 1974 habe es mehrmals Gespräche zwischen Negri und Curcio gegeben, bei denen u.a. er, Fioroni , dabeigewesen sei. Bei diesen Treffen hätten sich unterschiedliche Einschätzungen zwischen den beiden sowohl auf ideologischer als auch taktische r Ebene gezeigt: Negri habe sich für eine Gleichsetzung von KPI und Sozialdemokratie eingesetzt, Curcio habe sich gegen eine derartige Vereinfachung gewendet, er habe auf abspringende Kader aus der KPI gehofft, deshalb habe man die KPI nicht völlig diffamieren und als sozialdemokratisch darstellen dürfen. Auch was Diebstähle zur Finanzierung der Guerillaaktivitäten betrifft, habe es Differenzen gegeben: Negri habe sie als rein taktische Angelegenheit betrachtet, Curcio dagegen als ein Mittel, das kapitalistische System anzugreifen, in Übereinstimmung mit den allgemeinen strategischen Zielen der Roten Brigaden.

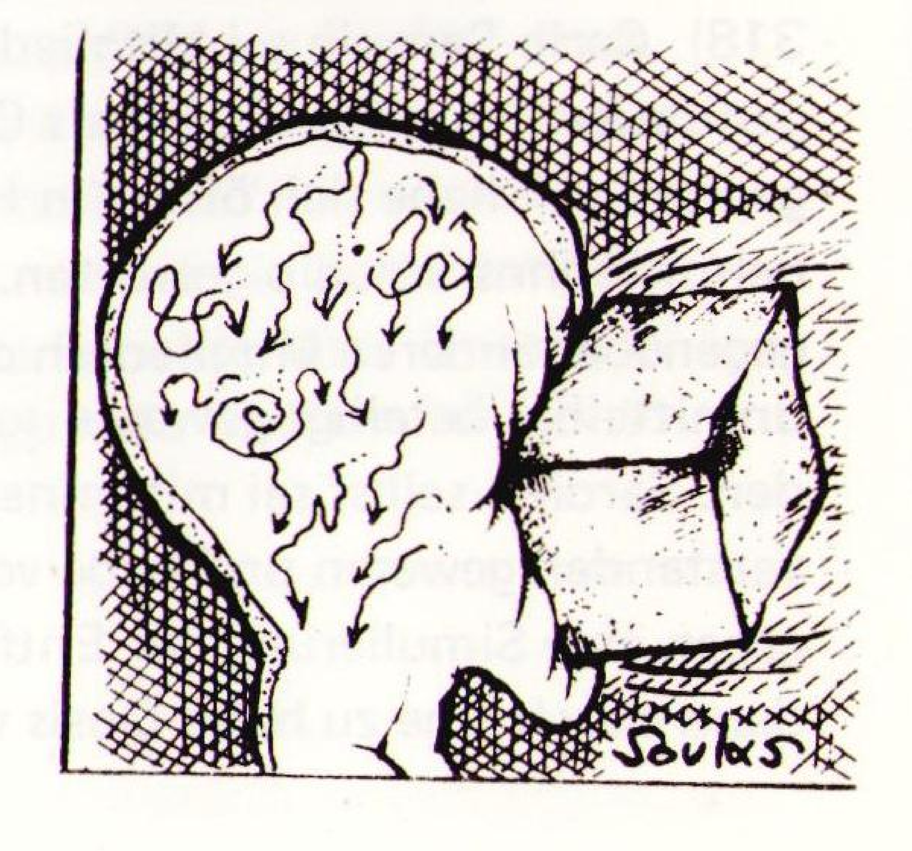
Fioroni habe von Negr i den Auftrag bekommen, mit Brigadisten zu sprechen, um Räume für entführte Personen von ihnen zu bekommen. Mittels Antonio Bellavita, der bei Controinformazione mitarbeitete und wenigstens seit 1973 Exponent der Roten Brigaden gewesen sei, habe er mit Franceschini von den Roten Brigaden geredet. Dieser habe aber abgelehnt, da jede Guerillagruppe ihre eigene Infrastruktur haben sollte.

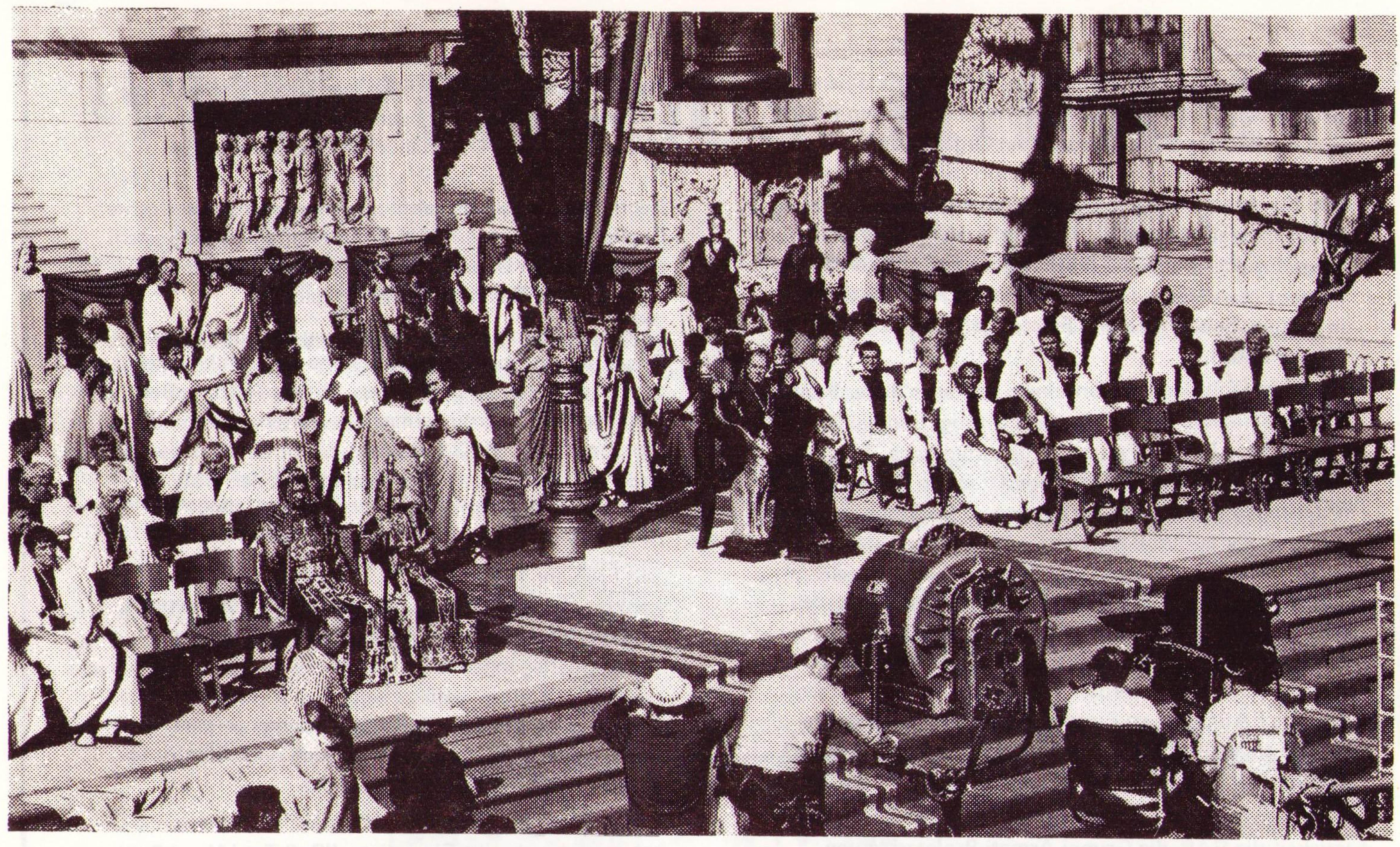
Seit Frühjahr 1974 sei in der " Organisation" Negris konkret über Entführung zur Geldbeschaffung geredet worden. Mögliche Personen seien genannt worden. Diese Überlegungen seien von den führenden Leuten der "Organisation" geführt worden, Fioroni habe selbst längere Zeit mit Negri über Entführungen geredet. Die "Organisation" sei gegenüber der sich bildenden Autonomia Organizzata geheim geblieben.

Den " Übergang" von Potere Operaio zur Autonomia Organizzata beschreibt Fioroni so: "Daß Toni Negri Potere Operaio verließ, führte nicht zu einer Modifizierung in der Struktur, der Taktik und Strategie der Organisation, die von ihm geleitet wurde. Auch nach dem Entstehen von Autonomia Operaia blieb als nächste strategische Perspektive









Die "Organisation" Negris nach den Aussagen von Carlo Fioroni

der bewaffnete Aufstand gegen den Staat und die Taktik, die sich in einer Serie von Angriffsinitiativen gegen das System ausdrückte."

Im Januar 75 habe Negri ihm die politische Leitung der NAP (Bewaffnete Proletarische Kerne) in Neapel angeboten, Kontakte zu den entsprechenden Mitgliedern der NAP seien schon hergestellt. Fioroni habe abgelehnt, da ihm die Aufgabe zu groß gewesen sei.

Hier mal 'ne Anmerkung: an einigen Aussagen Fioronis läßt sich ganz unmittelbar zeigen, daß sie wohl nicht so ganz mit der Wahrheit übereinstimmen. Daß die aus der Gefangenenbewegung und aus subproletarischem Kämpfen kommende, selbstständige NAP sich plötzlich ihren politischen Führer (!) von Mailand, und zwar unter Vermittlung des Professors Negri, hat kommen lassen, ist so unwahrscheinlich, daß man sich fragt, ob Fioroni da nicht übersieht, daß er sich mit solchen Aussagen höchstens selbst lächerlich macht; sie ihm abnehmen, wird sowieso kaum jemand.

Fiorohi wurde 1975, kurz nach der Entführung und Ermordung Saronios, verhaftet (vgl. zu dieser Affäre ID Nr. 318). Carlo Saronio sei Mitglied derselben illegalen "Organisation" mit Toni Negri als Chef gewesen. Die "Organisation" habe sich öfters in Häusern des reichen Unternehmersohns Saronio getroffen. Seine Entführung sei gegenüber anderen Mitgliedern der Organisation, die nicht unmittelbar beteiligt gewesen seien, geheimgehalten worden. Saronio selbst sei mit seiner eigenen Entführung einverstanden gewesen und habe von vornherein Einwände gegen eine Simulierung der Entführung gehabt (bei der er dann durch eine zu hohe Dosis von Chloroform umkam).

Fioroni habe, als er das Lösegeld umtauschte nicht gewußt, daß sein Freund Saronio tot sei. Er fühlte sich instrumentalisiert, weil seine enge Freundschaft zu Saronio von der "Organisation" ausgenutzt worden sei.

Einige Zeit nach seiner Verhaftung - so Fioroni - sei dann der Name Prima Linea (Vorderste Front - eine jüngere Guerillagruppe) aufgetaucht. Für ihn sei sie der Ausdruck derselben "Organisation" Negris, der er selbst angehört habe. Darauf weise die "absolute Identität in der Sprache zwischen Prima Linea und der Autonomia Organizzata, insbesondere der besonderen Komponente Negri, Piperno, Scalzone (alle am 7. April verhaftet)" hin.

Auch dazu eine Anmerkung: die Autonomia Organizzata war seit ihrem Entstehen vor rund 5 Jahren immer eher so etwas wie eine "Szene" (area) als eine geschlossene Organisation, eine nationale Organisation schon mal gar nicht. Dazu war die Autonomia von Anfang an viel zu zerstritten. Von den unter sich zerstrittenen Negri/Piperno/Scalzone als von " einer Komponente der Autonomia" zu reden (wie Fioroni es tut), unterstellt mehr Gemeinsames, als tatsächlich in den verschiedenen Fraktionen der Autonomia da war. Vom Knast aus hat Scalzone darauf hingewiesen, daß Freunde, die lange Jahre lang (in der Potere Operaio) zusammengearbeitet haben, wenn sie erst einmal richtig miteinander verfeindet sind, so schnell nicht wieder zusammenkommen. Das ist eine realistischere Beschreibung der Verhältnisse innerhalb der Autonomia als die Konstruktion Fioronis von der einheitlichen Autonomia oder der "Komponente" Negri/Piperno/Scalzone. Das Gleiche läßt sich zu der angeblichen "gleichen " Sprache zwischen den dreien (bzw. auch noch der "Prima Linea") sagen. Da hat sich jemand was zusammengereimt. Ob nur Fioroni oder auch noch andere Leute, die hinter ihm stehen, bleibt zunächst noch offen.

Negri und Piperno zu Fioronis Erzählungen

Auf die Beschuldigungen durch Fioroni, hat Toni Negri mit einer detaillierten Beschreibung seiner politischen Biographie seit 68 geantwortet, Vor allem wendet er sich gegen das Konstrukt Fioronis, es habe seit 1971 eine einheitliche Guerillaorganisation von Potere Operaio über die Autonomia Organizzata bis hin zu den Roten Brigaden gegeben, deren Chef er selbst gewesen sein soll.

So beschreibt er z.B. das Entstehen der Autonomia als einen für alle offenen Prozeß, an dem längst nicht nur die ehemaligen Potere Operaio-Mitglieder teilgehabt hätten. Von einem einfachen Überwechseln in die Autonomia könne schon deshalb keine Rede sein, weil es diese damals noch gar nicht gegeben habe. Negri: "Für die Genossen, die früher in anderen Gruppen gearbeitet hatten, bedeutete die beginnende Arbeit in der Autonomia operaia, sich wieder auf Massenebene zu begeben und auf die Interessen derer einzugehen, die aus Plan-Strategien des Kapitals immer mehr herausfielen. Es war ein Versuch, auf die mit der Restrukturierung des Kapitals sich ändernde Klassenzusammensetzung einzugehen," (Stichworte dieses Prozesses: Herauslagerung der Produktion, "zerstreute Fabrik", Zunahme an nicht offizieller, nicht fester Arbeit: der " gesellschaftliche " Arbeiter, vgl. dazu das Heft "Alternative" Nr. 130/131: Italienisches Postpolitico). " Es war ein Versuch, sich der neuen Klassenbasis wieder zu nähern. Wer die Autonomia Operaia nachträglich in eine Parteiorganisation transformieren will, fälscht die historische Wirklichkeit: die Anklage (die das macht) mystifiziert die Realität." (Toni Negri, in Lotta Continua vom 19. und 20./21. Januar 80).

Zu dem Verhältnis der Autonomia zu den Roten Brigaden sagt Negri in seiner Entgegenung folgendes: "Die Unterschiede zwischen der Autonomia und den Roten Brigaden sind so groß, daß man sehr wohl sagen kann, sie repräsentieren zwei Kulturen oder zwei Arten von Politik, die sich niemals gekreuzt haben. Es ist wirklich paradox, daß zum gegenteiligen Beweis genau die Periode angeführt wird (um das Jahr 1973)., in der sich innerhalb der linken Bewegung eine Klärung abzeichnete, die diesen Kontrast für jeden öffentlich machte... Nach der Besetzung von Fiat 1973 (vgl. dazu das Fiat-Buch von Trikont,Nr, 41) fand eine breite Diskussion statt, in der die Alternative eines vertikalen Bruchs in der Arbeiterfront über das Verhältnis von Avantgarde/Massen im Mittelpunkt stand. (Also eine Organisationsform, die insgesamt quer zu den Gewerkschaften stand) ...Die Zweideutigkeit, mit der dieses Problem in allen Gruppen, die nach ,'68 entstanden sind, angegangen wurde, mußte damals erst einmal überwunden werden. Und da gab es dann zwei Wege, derjenige einer militärischen Avantgarde gegen die Macht des Staates (Poetere dello Stato) oder jener, der von der Autonomia beschritten wurde: die Konzeption oder Macht (bzw. der Machtübernahme) selber innerhalb einer praktischen Arbeit auf Massenebene neu zu überdenken. Also entweder eine Neuaufnahme der leninistischen Partei oder eine Revision der Parteikonzeption selbst. Außerhalb eines institutionellen Horizonts gab es 1973 nur diese beiden Linien. Sie haben keine Berührungspunkte, weil sie zwei unvereinbare Verständnisse von Macht darstellen. Aus diesem Grund ist die Autonomia himmelweit von den Roten Brigaden entfernt und - im Lauf der Jahre - ist diese Distanz immer größer geworden... Die Anklage, die von der Identität der Positionen von Autonomia und Roten Brigaden ausgeht und dabei Texte heranzieht, die sich selbst widersprechen, kommt dann dazu, daß diese Vereinigung und Zentralisierung im Jahr 1978 definitiv gegeben gewesen sei: also genau in dem Moment, in dem die Polemik zwischen den Organisationen der Autonomia und den Roten Brigaden am stärksten wurde!... Die Autonomia ist seit der Entwicklung der Affäre Moro zwischen Terrorismus und Repression eingeschlossen. Ihre sozialen Spielräume sind von der wachsenden Kriminalisierung autonomer Verhaltensweisen blockiert, die die Regierung des Notstands als Antwort auf den Terrorismus theoretisiert. Das ist selber Frucht dieser Situation. Ich wollte auf diese Weise an die Positionen der Autonomia, von "Rosso" (Zeitung der Autonomia) und meine eigene insbesondere erinnern, an die fortdauernde Polemik gegnüber der Taktik , Strategie und dem Organisationsmodell, der Ideologie und der politischen Entscheidungen der Roten Brigaden. Diese Erklärungen wiederholen sich während meiner ganzen Arbeit. Von der Anklage werden sie als vorgetäuscht angesehen. Das ist falsch. Ist eigentlich auch die umfassende Entwicklung meiner Gedankengänge vorgetäuscht, jene an die 10 Bücher, die ich darüber in diesem Jahrzehnt geschrieben habe? In diesem Fall schickt mich in ein Irrenhaus, mit einem Menschenverstand, wie er in der Sowjetunion üblich ist. " (Toni Negri in seiner Antwort auf die Aussagen Fioronis).

Auch Franco Piperno, der nach Fioroni einer der Chefs der verschiedenen Ex-Potere Operaio-Guerillagruppen sein soll) hat auf die Anschuldigungen geantwortet.Zu der Guerillaformation FARO meinte er, sie habe sich derart klandestin aufgeführt, daß sie "jede Existenzäußerung vor sich selbst verheimlichte. Im übrigen hat sie gerade sechs Tage lang existiert." (Lotta Continua vom 7. Februar)'

Und zum Verhältnis von Potere Operaio zu späteren Guerillaorganisationen sagte er: " So wie es wahr ist, daß di e politische Linie von Potere Operaio, die nach '73 unterging, mit aller Macht in den "Tumulten" von '77 (der neuen italienischen Studentenbewegung) wieder aufblühte, so ist es auf der anderen Seite wahr, daß der politische und organisatorische Einfluß dieser Gruppe auf klandestine Organisationen völlig irrelevant gewesen ist. Dafür gibt es einige empirische Nachweise, die für jeden sichtbar sind. Es gibt also Gegenbeweise. Nicht einer, ich wiederhole., nicht einer der Militanten der NAP kommt aus der Potere Operaio. (Und da behauptet der Fioroni, Negri habe ihm die politische Leitung der NAP angeboten: so ein Schwachsinn – ID). Von den 300 Gefangenen oder Flüchtlingen, die als Mitglieder der Roten Brigaden angesehen werden oder es sind, haben weniger als 10 an der Erfahrung von Potere Operaio teilgehabt. Das ist ungefähr ein Fünftel derer, die aus der KPI in die Roten Brigaden gegangen sind... Das Gleiche gilt für die "Prima Linea" (eine neuere Guerillagruppierung), wenn man an die Stelle der KPI die eine oder andere außerparlamentarische Gruppe (z.B. Lotta Continua, Avanguardia Operaia,PdUP) setzt."

Fioroni gekauft?

Der Fall Fioroni geht weiter: Anfang Februar wurden Dokumente der Schweizer Fremdenpolizei bekannt, wonach Fioroni seit mindestens April 1974 mit Polizeibehörden zusammengearbeitet hat.

Nach dem Tod Feltrinellis 1971 wurde die Wohnung Fioronis durchsucht. Dabei wurden u.a. gefälschte Dokumente gefunden. Trotz dieses belastenden Materials ließ der Mailänder Richter Bevere Fioroni wieder laufen, allerdings erst nach einem Telefongespräch mit dem Chef der Mailänder Kripo, Antonio Allegra. Ließ die Polizei Fioroni gewähren, weil sie ohnehin seit Längerem ihm auf der Spur war? Oder gab es eine direkte Zusammenarbeit zwischen Fioroni und der Polizei? Fioroni bestreitet das heute.

In einem Brief an Lotta Continua erklärt er, mit derartigen Vermutungen sollten nur "die Behörden, die mit dem Kampf gegen den Terrorismus beschäftigt sind, und die demokratischen Parteien diskreditiert" werden.

Die Quelle, durch die die Dokumente bekannt wurden, ist allerdings selbst sehr mysteriös: ein ehemaliger "Freund" von Feltrinelli, der vor Gericht freigesprochen wurde und später mit den Bullen, genauer mit dem Mailänder Kripo-Chef Allegra zusammengearbeitet hat. Ob er die Dokumente aus Polizeiquellen hat?

Es gibt auch die umgekehrte Vermutung: daß er die Dokumente aus Kreisen der Autonomia zugespielt bekommen hat, die sie gefälscht haben könnten, um die Aussagen Fioronis zu entwerten. Ein weites Feld für Spekulationen.

Nachträglich sieht es so aus, als habe die italienische Polizei jedenfalls die sehr häufigen Grenzübertritte Fioronis in die Schweiz (zwecks Waffentransporte) genau beobachtet bzw. kontrolliert. Offenbar um den Waffen weiter auf der Spur zu bleiben. In Como, wo Fioroni häufig verkehrte, hatten ohnehin viele Genossen aus der dortigen Szene ein schlechtes Gefühl gegenüber Fioroni; zuviele Leute kannten ihn und seine regelmäßigen Grenzübertritte...

Die Guerilla schießt weiter

Die Guerillagruppen fühlen sich durch das verhärtete politische Klima bestätigt und schießen weiter. Anfang Februar ermordet "Prima Linea" in Mailand den angeblichen Verräter William Vaccher. Er war im Herbst'79 für einige Wochen inhaftiert , dann aber freigelassen worden. Seitdem wollte er mit der Prima Linea nichts mehr zu tun haben. Die "kämpfenden Kommunisten" der Prima Linea sahen das als Verrat an. Allerdings steht in dem sechs-seitigen Papier, das sie anläßlich der Ermordung Vacchers herausgaben, kein einziges Wort, worin sie seinen "Verrat" nachweisen, erklären oder beschreiben.

Zur Beerdigung Vacchers kommen gerade noch 200 Freunde von ihm. "Der Ausweg aus dem Terrorismus kann nicht nur Tod oder Haft heißen", steht auf einem Transparent am Grab Vacchers.

Einige Tage später sind es die Roten Brigaden, die schießen: auf dem Campus der römischen Universität erschießen sie den ranghohen Richter und Juraprofessor Vittorio Bachelet. Seine Ermordung ist für die Polizei Anlaß, die gerade verabschiedeten Repressionsgesetzte (die u.a. eine großflächige, militärische Abriegelung ganzer Stadtteile vorsehen) zum ersten Mal praktisch zu erproben. Das gesamte Universitätsgelände in Rom wird abgesperrt. Wer sich gerade drinnen befindet, kommt erst mal nicht raus. Tausende von Studenten müssen ihren Personalausweis abgeben (sonst kommen sie an den Polizeisperren nicht durch) und können ihn erst einige Stunden später auf dem Polizeipräsidium wieder abholen.

Bachelet war als Richter einer der höchsten Staatsbeamten Italiens; politisch gesehen war er ein integrer Katholik, der sich bislang aus allen Korruptionsfällen herausgehalten hat (was bei den Spitzenpolitikern Italiens eine Seltenheit ist); in den letzten Monaten hatte sich Bachelet für einen verstärkten Kampf gegen den Terrorismus eingesetzt. Die Roten Brigaden haben mit seiner Erschießung ihre Politik fortgesetzt: "das Herz des Staates treffen."

In Turin nimmt die Polizei zwei lang gesuchte Brigadisten fest, Rocco Micaletto und Patrizio Peci. Peci war der Polizei

"Vorwärts Genossen, noch einen Schlag!" So witzelte die Zeitung Lotta Continua. Einen Tag später war ihnen das Lachen vergangen: die Roten Brigaden hatten den Richter Bachelet erschossen.



angeblich im Dezember'79 knapp entkommen; in Wirklichkeit stellte sich jetzt heraus, daß die Anti-Terroreinheiten des Generals Dalla Chiesa die beiden schon seit 19 Monaten observierten! Zwei Mitglieder des engeren Kreises der Roten Brigaden wurden also seit knapp zwei Jahren von der Polizei kontrolliert.
In der Turiner Wohnung, in der die beiden verhaftet wurden, wurden u.a. Flugblätter, in denen die Roten Brigaden sich zur Ermordung Bachelets (und die Prima Linea zur Ermordung eines Chefs der Giftfabrik in Seveso) bekannten, gefunden. Man kann daraus schließen, daß die Polizei die Akteure dieser Attentate gekannt hat, sie aber trotzdem hat gewähren lassen. Ein Verdacht, der sich schon bei Fioroni gezeigt hat, bestätigt sich so: daß die italienische Polizei die Aktivitäten der Guerillagruppen schon seit Jahren diskret unter Kontrolle hat.

Sie läßt die Attentate zu und heimst die politischen Konsequenzen ein: das politische Klima in Italien wendet sich durchweg gegen den Terrorismus. Staatspräsident Pertini schlägt eine neue "Resistenza" (ähnlich der Widerstandsbewegung gegen den Faschismus) vor — diesmal gegen den Terrorismus. Die Einführung der Todesstrafe wird ein Thema öffentlicher Diskussionen. Bei einer Betriebsversammlung von Fiat-Mirafiori in Turin, bei der es um die 61 Entlassungen ging — das Gericht hatte Fiat-Chef Agnelli recht gegeben und die Entlassungen bestätigt (vgl. ID Nr. 312) —, sind die Linksradikalen einigermaßen froh darüber, daß die Fiat-Arbeiter nicht auch die Einführung der Todesstrafe fordern. So bescheiden ist die Linke geworden — und das angesichts einer Arbeiterklasse, die immer als Avantgarde Italiens angesehen wurde.

Conrad / ID



RUDOLF RAABE IN LEBENSGEFAHR

Oberursel/Dublin Februar' 80 *Von der Initiativgruppe Rudolf Raabe in Oberursel haben wir den folgenden Bericht über die Geschichte und heutige Situation Rudolf Raabes erhalten:*

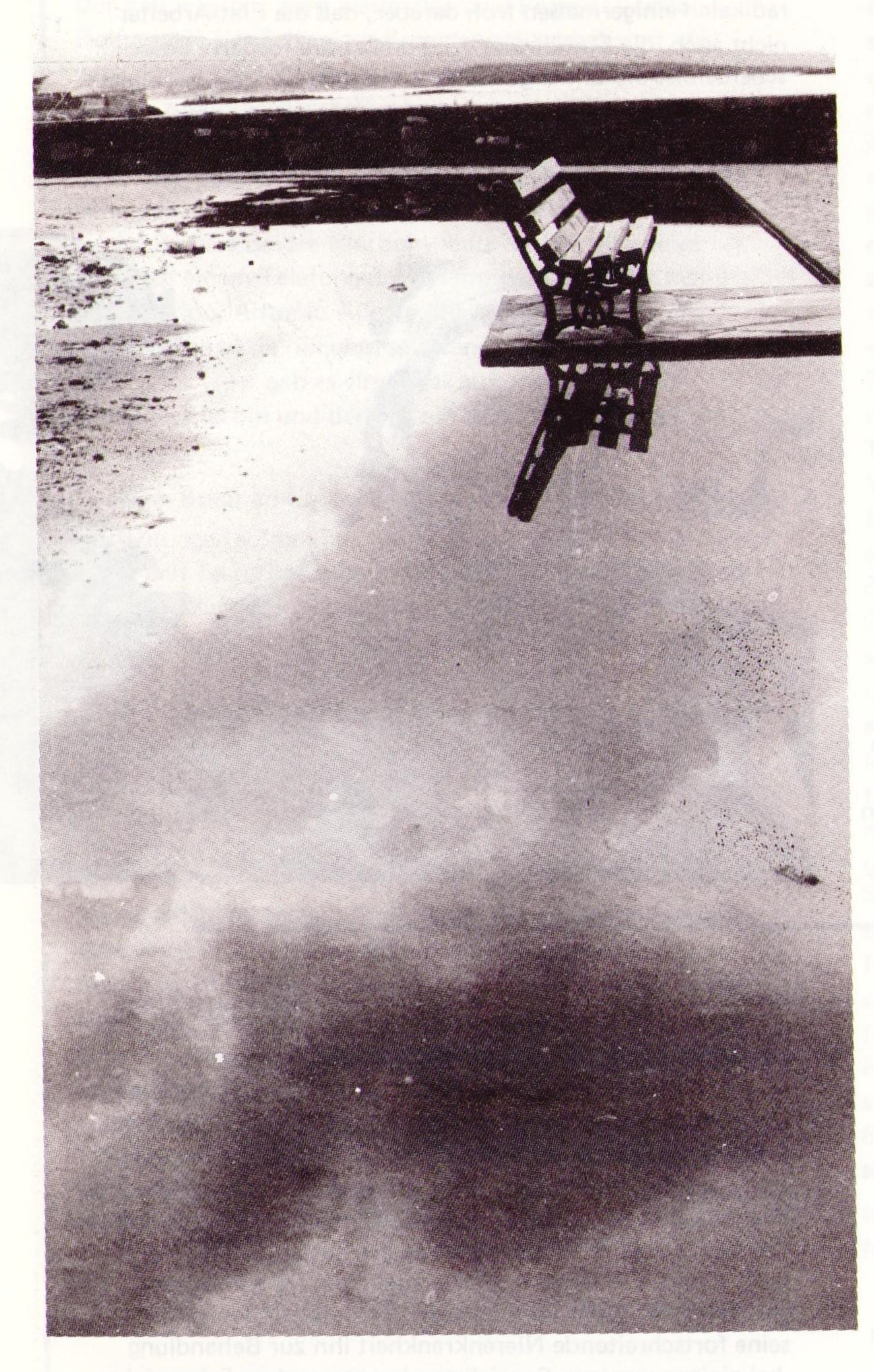
„Wie das Bundeskriminalamt Rudolf Raabe als Carlos II. entdeckt

1.AKT

Rudolf Raabe lebt und studiert in Bochum. ER ist Linker und arbeitet mit in einem politischen Buchladen, besucht Veranstaltungen an der Universität und beteiligt sich vornehmlich an antiimperialistischen Gruppen.
Er lernt Leute kennen und beschließt nach einiger Zeit, wie viele andere außer ihm, nach Frankfurt überzuwechseln, in eine Stadt, die von manch einem für das Zentrum umwälzender Ideen gehalten wird. Schließlich verläßt er, 27 Jahre alt, nach kurzem Aufenthalt Frankfurt, um aus wesentlich privaten Gründen nach Mainz zu gehen, such Anschluß dort und fährt Cola aus. Er will später hier sein Studium fortsetzen. Es fehlt ihm an GEld.
Sein Pech ist: er hat in Frankfurt andere Ex-Bochumer getroffen, die es hier bekanntlich zu Dutzenden gibt, nur, daß einige von ihnen zwischenzeitlich als angebliche Mitglieder der "Revolutionären Zellen"(RZ) verfolgt werden.

2.AKT

Rudolf Raabe erfährt davon aus den Zeitungen. Er ist besorgt. Der anderen wegen, seiner selbst wegen. Man weiß schließlich, was aus solchen Sachen werden kann. Die bekannten Fälle von KONTAKTSCHULD können dreistellig ausgedrückt werden. Rudolf Raabe beschließt, sich mit einigen Freunden zu besprechen, er will nicht voreilig sein und keinen Fehler begehen. Er verschwindet nicht! Fährt weiter Cola aus und konsultiert Ärzte, denn er ist seit langem ein nierenkranker Mensch. Er denkt an eine riskante und langwierige Operation, die er zu verschieben sucht. Hinzu kommt, daß einer seiner Lendenwirbel zerstört ist, weswegen er unter akuten Bewegungsschwierigkeiten leidet. Eine "terroristische Perspektive" steht ihm von daher objektiv kaum zur Verfügung!
Raabe merkt bald, daß er von morgens bis abends observiert wird. Das BKA begleitet ihn beim Colatransport, beim Einkaufen, bei der Müllentfernung, beim Treffen mit Freunden. Kein Wunder, daß Raabe, der an Paranoia nicht mehr glauben mag, selber konspiratives Verhalten entwickelt. Rudolf beschließt endlich, vorübergehend ins Ausland zu fahren, nach Irland. Ein längeres Fernbleiben, ein Verschwinden gar, kann ihm nicht vorschweben. Er weiß gut genug, daß seine fortschreitende Nierenkrankheit ihn zur Behandlung bei einigen wenigen Spezialisten in entsprechend eingerichteten Kliniken zwingt. Im Ausland wäre das unmöglich: nicht nur der immensen Kosten wegen, sondern seine Nieren sind im schlimmsten Sinne "berühmt", nämlich in medizinische Fachliteratur eingegangen, röntgenmäßig exakt beschrieben und erfaßt: somit wäre überall besser identifizierbar als selbst mittels Fingerabdrücke.
Ein Befund einer Mainzer Ärztesozietät sagt dazu: "Zystennieren beiderseits (also krankhafte Wucherungen!), rez. Schwere Harnwegsinfekte". Die Krankheit wird als "erblich beschrieben, als "eine sehr schwerwiegende Störung, die rasch, z.B. bei dauernd unbehandelten Infekten, zu einem Funktionsausfall der Nieren führen und somit akut lebensbedrohlich sein kann." — Rudolfs Schwester litt ebenfalls an Zystennieren und mußte operiert werden.
Derart unter Druck, erfährt Raabe die alltäglichen Observationen als zusätzliche schwere seelische Belastung. Oberservationen, die zeitweise derart dreist und offen durchgeführt werden, daß sein Fortgang offensichtlich provoziert werden soll. — Später weiß die Bundesanwaltschaft im SPIEGEL, zu sagen, daß es eben der Sinn des ausgeübten "Fahndungsdrucks"(einer rechtlichen Grauzonen-Kategorie) sei, die davon betroffenen Personen ins Ausland zu Jrängen!
Nach längerem Überlegen beschließt Raabe die Fahrt nach Irland. Will aber zuvor noch seine Familie sprechen, diese mindestens benachrichtigen, damit niemand sich Sorge



macht. Da erfährt er schon am Telefon von seiner Schwägerin im ersten Satz, das BKA habe bereits zugeschlagen. Er hängt verwirrt den Hörer auf und verschwindet in Panik Hals über Kopf.

III.AKT

Rudolf Raabe reist ordnungsgemäß nach Irland ein. Füllt die obligatorische Immigration Card aus, bewegt sich offen und lebt bei Freunden, die er anläßlich einer Irlandveranstaltung in Bochum kennengelernt hatte, die damals bei ihm gewohnt hatten.
Zwischenzeitlich dürfte er erfahren haben, daß seine Mainzer Wohnung durchsucht wurde, ohne daß dort irgendwelche ihn belastenden Spuren gefunden wurden. Raabe vermutet wohl, daß man es ernst mit ihm meint und denkt, daß ein Haftbefehl gegen ihn vorliegt und geht daran, auf amateurhafte Weise Identitätspapiere zu verfälschen; was aus vorliegenden Zeitungsberichten geschlossen werden kann.
Anfang Mai'79 wird Rudolf Raabe in Dublin beim Verlassen einer Gaststätte verhaftet. Ein Kontakt mit dem BKA wird sofort aufgenommen. Das Ergebnis ist negativ! Es gibt keinen Haftbefehl gegen Raabe, der folglich am nächsten Tag ohne Auflage entlassen wird. Er muß aufgeatmet haben und denkt nun gewiß an die baldige Rückkehr nach Deutschland. Da taucht plötzlich - einige Zeit darauf - ein Haftbefehl auf; die Entlassung Raabes wird zur Fahndungspanne erklärt. An deren Harmlosigkeit und Zufallsbedingtheit niemand geringeres als der britische Nordirlandminister Atkins öffentlich zweifelt: er verlangt von Dublin und Karlsruhe eine sofortige Begründung in der Art eines diplomatischen Donnerwetters.
In der Folge sieht sich der kranke Raabe, der sich gegen nichts wehren kann, zu einem Carlos II. aufgebaut.

Ein solcher verspäteter Haftbefehl, der erst gar nicht existierte, sondern der in den Köpfen fahndungssüchtiger Polizisten entstand, braucht allerdings eine deftige Grundlage.Die schafft man hierzulande spielend dadurch, daß man eine offenbar willige Presse vieldeutiges Spielmaterial lanciert.
BILD AM SONNTAG (2.9.79) weiß (von wem?), daß der schmerzgeplagte Raabe zu Beginn des Jahres '79 in Wiesbaden in der Taunusstraße gewesen sei, um dort "mit nordirischen Terroristen" nicht nur den Anschlag auf Lord Mountbatten vorzubereiten (was die Iren bekanntlich selber nicht können, sondern was unbedingt in Wiesbaden zu arrangieren ist), sondern um nebenbei auch noch den Warrenpoint Anschlag der IRA durchzuexerzieren, der 18 britischen Soldaten das Leben kostete.
Für den SPIEGEL (20.8.79), der sich bis heute weigert, Raabes schriftliches Dementi abzudrucken, war gleichzeitig ganz klar, daß Raabe nicht nur die IRA eigens anleiten muß, sondern zusätzlich die INLA, eine bewaffnete Formation der IRSP(Republikanisch-sozialistische Partei Irlands). Was wiederum zu dem (von wem lancierten?) Verdacht führt, der nimmermüde Raabe sei auch beim Bombenanschlag auf den britischen Konservativen Airey Neave zugegen gewesen. Beiläufig erführt man auch, Raabe habe per Brandsatz in Mainz das Wohnzimmer des dortigen Sozialdezernenten demoliert.

Später bittet die Karlsruher Bundesanwaltschaft, die offenbar nicht damit rechnete, daß Raabe sich zu Wort meldet, dessen Anwalt, er möge seinem Mandanten doch mitteilen, daß man "diese internationalen Dinge" so ernst nicht nehme.
Zunächst aber — und darum ging es nach der "Fahndungspanne" — waren derart die "konkreten Verdachtsmomente" überzeugend geschaffen; und die Bundesanwaltschaft kann nun daran gehen, Raabe zur "Zielperson bei der Vorrangsfahndung" zu erklären: jenen, den man in Mainz lange genug hätte verhaften können und den man auch in Dublin erstmal laufen ließ.
Würde Raabe n u n verhaftet, so war sichergestellt, daß man in jedem Fall einen "hochkarätigen internationalen Terroristen" ausfindig gemacht hätte, was dem BKA einen bedeutenden Fahndungserfolg einbrächte.
Doch Rudolf Raabe meldet sich sofort! In Erklärungen an die ihn beschuldigende Presse, die ihn natürlich dann nicht abdruckt, dementiert er entschieden jegliche Beteiligung an den erhobenen Vorwürfen: er hat nichts mit der IRA oder der INLA zu tun, war zur Zeit des Neave Attentates bettlägerig, erfährt vom Tod des Lord Mountbatten aus der Presse und weiß auch von General Haigs Erlebnissen gar nichts.

Wie sich das BKA den frischgeschöpften Carlos zu erhalten sucht

IV.AKT

Gegen Rudolf Raabe existiert ein simpler Haftbefehl wegen des "Verdachts auf Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung", der offenbar mit solchem Inhalt auf Raabes vermutete Illegalitätsbereitschaft so wenig positiven Einfluß hatte, daß er bereit war, sich diesem Vorwurf zu stellen. Was im übrigen die Vermutung nahelegt, daß ein zu frühes Erscheinen Raabes den Vorwürfen von Mountbatten bis Haig ein zu schnelles Ende bereitet hätte.
Der im Haftbefehl erhobene Vorwurf gegen Raabe basiert — die Bundesanwaltschaft gesteht dies zu — einzig auf der "Aussage" des Heidelbergers Hermann Feiling. Feiling wurde durch eine vorzeitig explodierte Bombe lebensgefährlich verletzt. Er ist blind und seine beiden Beine mußten amputiert werden. Unmittelbar nach der Operation befand sich der vollkommen wahrnehmungsunfähige Feiling für Wochen und Monate ohne freigewählten Anwalt und ohne Besuch. Dafür war er in seiner hilflosen Lage am Krankenbett von den Humanisten des BKA umgeben, die er als Polizisten wahrscheinlich nicht einmal zu identifizieren vermochte. Durch seine Amputation in elende Lage versetzt und von Schmerzen gepeinigt,

durch seine Blindheit furchtbar traumatisiert, in strikter Isolation gehalten, durch wirkungsstarke Psychopharmaka und Medikamenten gegen den Schmerz außerhalb jeder normalen Aussagefähigkeit gebracht, entstand im Rahmen einer intensiven "Pflege" durch das BKA eine insgesamt 1 300 Seiten umfassende "Aussage", deren Systematik und Chronologie nicht einmal ein Gesunder derart präzis hätte produzieren können.
Abgesehen davon, daß der so schlimm getroffene Hermann Feiling heute klaren Bewußtseins erklärt, den Rudolf Raabe weder je gesehen noch gekannt zu haben, hat er ihn auch in seinen angeblichen "Aussagen" niemals belastet.
In dieser "Aussage" ist lediglich die Rede davon, daß Feiling aus zweiter Hand erfahren habe, daß zu einem unbestimmten Zeitpunkt ein namentlich unbekannter und auch sonst nicht beschreibbarer Mann von Frankfurt nach Mainz gegangen sei, um sich dort an einer "Revolutionären Zelle" zu beteiligen.

Wie es Rudolf Raabe heute geht

Rudolf Raabe, der jetzt erst recht eigentlich illegal in Irland lebt, ist seit etwa Ende Dezember seiner Nierenkrankheit wegen ans Bett gefesselt. In den letzten zwei Wochen bildeten sich in seinen Beinen Wasserödeme, waren seine Füße derart geschwollen, daß er keine Schuhe mehr tragen konnte und nun fast bewegungsunfähig ist. Auch für einen medizinischen Laien ist unschwer zu erkennen, daß die normale Ausscheidungsfunktion der Nieren drastisch reduziert sein muß, sodaß sich Wasser in den Extremitäten staut. Die unabänderliche Folge dürften zusätzliche Harnwegsinfekte sein, sowie eine Erhöhung des Blutdrucks und eine Blutvergiftung. Das sichere Ergebnis ist tödliches Nierenversagen. **Rudolf Raabe schwebt ab jetzt in Lebensgefahr!**
Er müßte daher schleunigst — ohne jeden Verzug — in einer urologischen Klinik behandelt werden. Doch Raabe möchte sich einer — vom BKA organisierten — Medizin nicht überlassen. Er fürchtet eine tiefe menschliche Entwürdigung, fürchtet Zwang und Drohung zusätzlich zu seiner Krankheit. Er kann sich gewiß gut an Katharina Hammerschmidt erinnern, die sich freiwillig in Begleitung von Rechtsanwalt Schily stellte, die dann an Krebs elend umkam, der zu spät und nicht ausreichend behandelt wurde, an Siegfried Hausner, dem schwedische Ärzte Transportunfähigkeit attestierten, und der nach dem Transport prompt auch starb, an Holger Meins, an Werner Hoppe, an Herbert Soffel, und an die Behandlung, die jenem Hermann Feiling zuteil wurde, der ihn angeblich belastet haben soll.
Die einzige Forderung Raabes, der nach wie vor zur sofortigen Rückkehr bereit ist, zielt auf eine freigewählte medizinische Versorgung in einer entsprechenden Einrichtung und die damit verbundene kurzfristige Außervollzugsetzung (nicht Aufhebung!) des Haftbefehls.
Diese minimale Forderung wäre ohne jede "Großzügigkeit", nämlich im Rahmen der wohl noch geltenden Strafprozeßordnung, erfüllbar: da Raabe freiwillig zurückkommt, kann Fluchtgefahr ausgeschlossen werden, zumal er nicht fliehen kann, da er krank ist. Verdunklungsgefahr ist auch nicht gegeben, da auch die Bundesanwaltschaft davon ausgeht, daß er Kontakte zu Freunden in der BRD hat, die — gäbe es etwas zu "verdunkeln" — dies längst besorgt haben könnten.
Raabe verlangt also keinen außergewöhnlichen Bonus, sondern er strapaziert eine ansonsten ebenso häufige wie selbstverständliche rechtliche Möglichkeit. Die aber wird ihm von dem Bundesanwalt Harms nachdrücklich verwehrt. Vom Anwalt Raabes mit dem konfrontiert, was landläufig als "Baumsche Liberalität" bezeichnet wird, antwortet dieser Bundesanwalt: "Der Minister kann sagen, was er will, hier bestimme ich!"

Was tun?

Raabes Lage bezeichnet einen Zustand, der in wenigen Tagen oder Wochen in ein katastrophales, tödliches Stadium treten kann. Eine Konsequenz, die der Bundesanwaltschaft offenbar nicht die geringste Sorge macht, die in ihrem Verhalten keine kalkulierte Anwendung von Gewalt zu erkennen vermag.

Wir bitten, Briefe mit der Forderung nach angemessener, freigewählter medizinischer Behandlung für Rudolf Raabe und der Außervollzugsetzung des Haftbefehls für diesen Zeitraum loszuschicken. Wir hoffen auf eine Flut von Telegrammen und Briefen und Telefonaten an die Minister Baum und Vogel, an Abgeordnete , an Prominente, an Gewerkschaften und Publikationen. Und wir hoffen, daß diejenigen, die über Kontakte verfügen, Organisationen wie Amnesty International oder Bürgerrechtsgruppen und ähnliche Einrichtungen erreichen, damit sie in den Protest einbezogen werden. Schließlich verlangen, wir, daß der Spiegel, Rudolf Raabe ein Recht auf angemessene Entgegnung einräumt.
Wir benötigen weiter die Anschriften geeigneter Ärzte und Kliniken, wo Rudolfs Behandlung erfolgen könnte. Und wir brauchen ganz dringend Geld: für Anwaltskosten, für Rudolfs weitere Versorgung, für seine Krankenbehandlung, für eine Kur, und nicht zuletzt hat diese Informationsschrift (der der Artikel entnommen ist — ID) uns an die 2 000 DM gekostet.
Initiativgruppe Rudolf Raabe, c/o Cornelia Branscheidt, 6370 Oberursel 5, Postfach 35, Tel. 06171/73212

Spenden: Postscheckkonteo 3024 79 — 602 Frankfurt, Hans Branscheidt, Kennwort: Rudi"

Kürzel aus New York

"Ich war letztes Wochenende (9.—10. Februar) unten in New York City—zu einer Riesen-(3000)-Demo gegen die "Draft" (Wiedereinführung der Wehrpflicht). Sehr beeindruckend. Ein sehr gemischter Haufen. Der "Draft"(die Anti-Wehrpflicht-Kampane)ist -klar- der Schlüssel zur Bekämpfung eines amer amerikanischen National-Chauvinismus. Die Zeiten haben sich geändert. Es wird -dieses Mal- nicht mehr so leicht sein, eine Hysterie anzuzetteln. (Aus einem Brief von Andy B. Korporal a.D.,ehemaliger US-Soldat aus Mannheim. Mitbegründer der GI-Zeitung 'Fight Back',1972)
Daraus werden wir im ID bald wieder mehr Nachrichten bekommen und veröffentlichen. (Max Watts)

WAFFEN FÜR DEMIREL
IGM-Betriebsrat sammelt unter Opel-Arbeitern

RÜSSELSHEIM 2. Februar
Spendenquittungen mit dem Aufdruck „Stiftung zur Unterstützung des türkischen Heeres" erhalten Spender bei Opel und im Wohnheim. Organisiert wird die ganze Sache nicht von einem eingeflogenen türkischen General oder einem messerstechenden „Grauen Wolf". Nein, es ist der ehrbare IG-Metall Betriebsrat Yasar N. Akkeci, der hier im Betrieb Sammlungen für die notleidenden Militärs im Heimatland organisiert. Auf der letzten türkischen Betriebsversammlung rief er öffentlich zu diesen Spenden auf. Auch die Zeit danach sammelte er rastlos weiter. Jeder linke oder fortschrittliche Betriebsrat wäre wegen eines solchen Verstoßes gegen das Betriebsverfassungsgesetz zumindest seines Amtes enthoben worden. Wir fragen:

Warum wurde Akkeci bisher von der IGM- Fraktion im Betriebsrat gedeckt?
Ist die IGM erpressbar geworden, angesichts Akkeci's früheren Drohungen, mit einer eigenen Türken-Liste zahlreiche Stimmen abzuziehen?
Verstößt seine fortgesetzte Sammelei für rechte Militärs nicht gegen § 2 Abs. 3 der Gewerkschaftssatzung betreffend die „... Fernhaltung von neofaschistischen, militaristischen und reaktionären Elementen"?

aus: *„Unser Blättche", Betriebszeitung von aktiven IG Metallern in der Opel AG.*
Kontakt: Mathias Beltz Postf. 1359, 6093 Flörsheim

Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt
D 1870 CX
Informationsdienst
Postfach 900 343
6000 Frankfurt 90

ID-Nr: 323

Nummer des Abos | bez. bis ID Nr. | Exempl.

HERAUSGEBER:
Frankfurter Informationsdienst e.V.
Hamburger Allee 45, 6 Frankfurt 90, Tel.:0611/704352
Verantwortlicher Redakteur: *Richard Herding*

Redaktionsschluß: Mittwoch, 16.00 Uhr
ID-Bilderdienst: 0611 / 70 20 96

ABONNEMENTSBEDINGUNGEN:

Vierteljahr (12 Hefte) :	**30.– DM**
Halbjahr (24 Heftte) :	**60.– DM**
Jahresabo (48 Hefte) :	**120.– DM**

Als Bestellung gilt die Überweisung auf das **Postscheckkonto 52 52 28 – 602, Postscheckamt Frankfurt/Main (Frankfurter Informationsdienst e.V.).**
Auf dem Überweisungsabschnitt bitte entsprechende Stichworte angeben: Neuabo, Verlängerung oder Adreßwechsel. Außerdem LESERLICH die genaue Anschrift und (falls vorhanden) die Abonummer.
Wenn auf dem Adreßaufkleber das Zeichen !?! auftaucht, heißt das, daß das Abo bald ausläuft und daß schleunigst Geld auf unser Konto überwiesen werden muß.

KEIN GELD AUF'M KONTO, KEIN ID IM KASTEN!

INHALT

